

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Januar
bis zum 9. Juni 1946**

NWO-Sonderheft Nr. 81



2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar bis zum 9. Juni 1946

NWO-Sonderheft Nr. 81

Terror der Antichristen vom 01.01.1946-09.06.1946

Inhaltsverzeichnis	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar bis zum 9. Juni 1946	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar bis zum 9. Juni 1946

Zensur: Das lebendige Geständnis der Großen, daß sie nur verdummte Sklaven treten, aber keine freien Völker regieren können.

Johann Nepomuk Nestroy (1801-1862, österreichischer Dichter)

1946

Hermann Hesse stellte am 1. Januar 1946 während einer Neujahrsansprache fest (x111/121): >>... Und diesmal, so scheint es, ist das neue, das willkommene, das noch so unbefleckte Jahr etwas ganz Besonderes und Wichtiges. Nach Jahren des Schlachtens und Vernichtens ist es wieder die erste Neujahrsnacht für uns, in der kein Krieg ist.<<

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag das Deutsche Reich größtenteils in Schutt und Asche. Überall herrschten chaotische Zustände, so daß die Versorgung der einheimischen Bevölkerung kaum möglich war. In Mittel- und Westdeutschland waren fast alle Großstädte sowie das Verkehrs- und Nachrichtenwesen zerstört. Der ehemalige deutsche Binnenmarkt wurde durch Zonengrenzen unterbrochen. Millionen von geflüchteten und vertriebenen Ost- und Volksdeutschen kamen damals zwangsweise in das zerstörte Restdeutschland, in dem sich außerdem noch mehrere Millionen ehemalige ausländische Zwangsarbeiter sowie Kriegsgefangene aufhielten und ungezählte Ausgebombte und Evakuierte nach Unterkünften suchten.

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über die damalige wirtschaftliche Lage in Deutschland (x028/155): >>... Der Zustand der deutschen Wirtschaft war so schlimm, wie er nur sein konnte. Ihre industrielle Produktion erreichte nur 27 Prozent des Vorkriegsvolumens.

Dieser alarmierende Rückgang lag zum Teil an der gründlichen Demontage der deutschen Industrie, wie sie der Potsdamer Politik der "Reparationen durch Sachleistungen" entsprach, sie lag aber auch an der Verwüstung durch den Krieg, an der Spaltung des alten Wirtschaftsgefüges durch die Aufteilung in Zonen, schließlich aber auch an mangelnden Arbeitskräften, denn Millionen waren noch in Kriegsgefangenschaft, und die Menschen in Deutschland waren durch Unterernährung und Krankheiten in ihrer Arbeitsleistung deutlich beeinträchtigt. ...<<

Sämtliche Bergwerke des Saarlandes wurden am 2. Januar 1946 unter französische Verwaltung gestellt.

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952) lehnte am 3./4. Januar 1946 während einer Konferenz in Hannover jegliche Verhandlungen über Wahlbündnisse oder Verschmelzungen mit der KPD entschieden ab (x300/184): >>Die Vereinigung – also nicht die Eroberung – ist nur denkbar zwischen unabhängigen Faktoren. Der Mangel an Unabhängigkeit bei den deutschen Kommunisten geht so weit, daß sie russische Patrioten geworden und im tiefsten Grund ihnen Deutschland und der Sozialismus sekundäre Angelegenheiten geworden sind. ...

Wir wollen die Patrioten keines anderen Landes sein, wir wollen ebenso gute Deutsche wie internationale Sozialisten sein. ...<<

Die Nationalregierung beschloß am 4. Januar 1946 eine Durchführungsverordnung über die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland gemäß Beschluß des Alliierten Kontrollrats vom 20. November 1945 (x008/94E-104E): >>Die Durchführung der Aussiedlung.

Verordnung Nr. 70010/1946 B.M. des Innenministers, betreffend die Durchführung der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes XI: 1945 § 15 erlassenen Verordnung Nr. 12330/1945 ... der Nationalregierung über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland und des über den gleichen Gegenstand verfaßten Beschlusses des Alliierten Kontrollrats vom 20. November 1945.

I.

Namensverzeichnis der Umsiedlungspflichtigen

§ 1

1) Die Verordnung Nr. 12330/1945 ... (im folgenden als VO bezeichnet) über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland bestimmt in § 1:

"Nach Deutschland umzusiedeln ist derjenige ungarische Staatsangehörige verpflichtet, der sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Volkszugehörigkeit oder Muttersprache bekannt hat, oder der seinen madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließ, des weiteren derjenige, welcher Mitglied des Volksbundes oder irgendeiner deutschen bewaffneten Formation (SS) war."

2) § 2 Absatz 1 der VO sieht vor, daß sich die Umsiedlungspflicht "nicht erstreckt auf den mit einer Person nichtdeutscher Volkszugehörigkeit (Muttersprache) zusammenlebenden Ehegatten und die minderjährigen Kinder sowie die mit ihnen - schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung - im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten aufsteigender Linie (Eltern, Großeltern), wenn diese ihr 65. Lebensjahr schon vor dem 15. Dezember 1945 vollendet haben".

3) Die Vorschrift des § 2 Absatz 1 der VO ist auch für die vor dem 20. Dezember 1945 adoptierten, unmündigen Kinder und für die Verwandten aufsteigender Linie (Eltern, Großeltern) von Personen ungarischer Volkszugehörigkeit und Muttersprache maßgeblich.

§ 2

1) Die umsiedlungspflichtigen Personen sind in jeder Gemeinde (Stadt) wohnhausweise zu registrieren und nach im gemeinsamen Haushalt lebenden Familien geordnet in ein Verzeichnis aufzunehmen.

2) Gesondert zu erfassen und in ein Verzeichnis einzutragen sind diejenigen, auf die sich die Umsiedlungspflicht gemäß § 2 Absatz 1 der VO nicht bezieht. (Angehörige von Personen nichtdeutscher Volkszugehörigkeit und Muttersprache.)

3) Ein besonderes Namensverzeichnis ist auch von denjenigen Umsiedlungspflichtigen zu fertigen, die seit der letzten Volkszählung (1941) verstorben, verzogen oder im Zeitpunkt der Registrierung abwesend sind.

§ 3

1) Der Gemeindevorstand, in Städten der Bürgermeister (im Falle der Suspendierung der Selbstverwaltung die beauftragte Verwaltungsbehörde oder das Verwaltungsorgan) sind gehalten, in der von dem Ministerbeauftragten gesetzten Frist das Namensverzeichnis der

Umsiedlungspflichtigen in drei Exemplaren fertigzustellen.

2) Das Namensverzeichnis ist auf Grund der Nachweisungen über Volkszugehörigkeit und Muttersprache zusammenzustellen, die nach den Angaben der letzten Volkszählung gefertigt worden sind. Diejenigen, die Mitglieder des Volksbundes oder irgendeiner deutschen bewaffneten Formation waren, ferner diejenigen, die ihren Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließen, müssen auf Grund der Angaben, über die der Gemeindevorstand (der Bürgermeister) verfügt, in das Namensverzeichnis aufgenommen werden.

3) Alle Behörden sind verpflichtet, die in ihrem Besitz befindlichen und zur Registrierung erforderlichen Angaben dem Gemeindevorstand (Bürgermeister) zur Verfügung zu stellen. (§ 4 Absatz 3 der VO)

§ 4

1) Das Namensverzeichnis muß folgende Angaben enthalten: 1. Vor- und Familiennamen, 2. Geschlecht, 3. Lebensalter, 4. Geburtsort, 5. Beruf, 6. Familienstand, 7. Vor- und Familienname der Mutter, 8. Wohnort.

2) In der für Anmerkungen vorgesehenen Spalte des Namensverzeichnisses ist bei jeder Person anzugeben, aus welchem Grund sie aufgenommen wurde (deutsche Volkszugehörigkeit und Muttersprache, deutsche Volkszugehörigkeit, deutsche Muttersprache, Mitglied des Volksbundes, vormaliges Mitglied der SS). Bei demjenigen, der nach der Volkszählung von 1941 am Registrierungsort zugezogen ist, muß dieser Umstand - zusammen mit der Angabe seines früheren Wohnortes - in der Spalte für Anmerkungen gleichfalls aufgezeigt werden.

§ 5

1) Ein Exemplar des vom Gemeindevorstand (Bürgermeister oder beauftragten Verwaltungsorgan) unterzeichneten Namensverzeichnisses der Umsiedlungspflichtigen ist nach seiner Fertigstellung unverzüglich an der Anschlagtafel der Gemeinde (Stadt) auszuhängen. Die Anbringung des Anschlages ist in der ortsüblichen Weise öffentlich bekanntzugeben.

2) Ein Exemplar des abgeschlossenen Namensverzeichnisses ist dem Ministerbeauftragten zur Verfügung zu stellen.

§ 6

1) Gemäß § 2 Absatz 2 der VO unterliegt der Umsiedlungspflicht nicht, wer ein aktives Mitglied einer demokratischen Partei oder seit spätestens 1940 Mitglied einer in den Verband des Gewerkschaftsrates gehörenden Gewerkschaft war.

2) Gemäß § 2 Absatz 3 der VO ist derjenige auch von der Umsiedlungspflicht befreit, der sich zwar zur deutschen Muttersprache, aber zur ungarischen Volkszugehörigkeit bekannt hat, wenn er glaubhaft nachweist, daß er wegen seiner Treue zum Ungartum Verfolgungen erlitten hat.

3) Die in den vorhergehenden Absätzen erwähnte Befreiung erstreckt sich auf den Ehegatten (Witwe), minderjährige Kinder (minderjährige Waisen) sowie auf die mit ihnen - schon vor Inkrafttreten der VO (29. Dez. 1945) - im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten aufsteigender Linie (Eltern, Großeltern).

§ 7

1) Über die Frage der in den vorhergehenden §§ erwähnten Befreiung entscheidet die von mir entsandte, aus fünf Mitgliedern bestehende Kommission - unter Ausschluß von Rechtsmitteln - an Ort und Stelle endgültig (§ 2 Absatz 6 der VO).

2) Die Kommission kann mit Stimmenmehrheit die Befreiung von der Umsiedlungspflicht beschließen.

3) Von der Umsiedlungspflicht kann nicht befreit werden eine Person, die ihren madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließ oder Mitglied des Volksbundes oder irgendeiner faschistischen Organisation oder einer derartigen militärischen Formation war (§ 2 Absatz 5 der VO).

- 4) Die Zahl der Befreiten kann - zusammen mit den gemäß § 2 Absatz 4 freigestellten Familienangehörigen - höchstens 10 % der umsiedlungspflichtigen Bewohner des Kreises, der mit Selbstverwaltung ausgestatteten Stadt bzw. der Provinz betragen.
- 5) Eine aktive Tätigkeit, die bei der Freistellung berücksichtigt werden kann, kann durch eine - die aktive Tätigkeit ausführlich darstellende - Bescheinigung der Parteizentrale oder Parteiorganisation der Provinz nachgewiesen werden, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft durch einen Ausweis des Gewerkschaftsrates.
- 6) Die wegen der Treue zum Ungarntum erlittene Verfolgung kann durch eine Bescheinigung der nationalen Kommission oder der Polizeibehörde nachgewiesen werden. Daß sich jemand zur deutschen Muttersprache, aber zum ungarischen Volkstum bekannt hat, wird durch eine - auf Grund der Ausweisungen des Zentralamtes für Statistik oder Volkszugehörigkeit und Muttersprache - eingetragene Feststellung in die Spalte für Anmerkungen des Namensverzeichnisses der Umsiedlungspflichtigen nachgewiesen.
- 7) Ein Antrag auf Befreiung und die dem Nachweis dienenden Belege können spätestens am fünften Tage nach der Veröffentlichung des Namensverzeichnisses bei der Kommission eingereicht werden.
- 8) Die Kommission entscheidet unverzüglich über die Befreiungen. Die Kommission fertigt ein Namensverzeichnis der Freigestellten mit Angabe ihrer Personalien in zwei Exemplaren an. Die Kommission nimmt die Freigestellten in der Reihenfolge des Gewichtes ihrer Verdienste, die sie sich durch ihre Haltung und Tätigkeit erworben haben und die die Grundlage ihrer Freistellung bilden, in die Namensliste auf. Das Namensverzeichnis wird nach seinem Abschluß von sämtlichen Mitgliedern der Kommission unterzeichnet.
- 9) Die Kommission übergibt ein Exemplar des unterschriebenen Namensverzeichnisses innerhalb von 48 Stunden nach Ablauf der in Absatz 7 festgelegten Frist dem Ministerbeauftragten, das zweite Exemplar aber legt sie zusammen mit den Anträgen und ihren Anlagen unverzüglich dem Innenminister vor.

§ 8

1) Der Ministerbeauftragte berücksichtigt die freigestellten Personen und ihre gemäß § 2 Absatz 4 der VO befreiten Familienmitglieder in der Reihenfolge der Verdienste, die die Grundlage ihrer Befreiung bilden und streicht, wenn ihre Gesamtzahl 10 % der Umsiedlungspflichtigen des Kreises, der mit Selbstverwaltungsrecht ausgestatteten Stadt beziehungsweise der Provinz übersteigt, aus dem Namensverzeichnis der Kommission, die in der Reihenfolge weiter rückwärts kommenden und die 10 % zahlenmäßig überschreitenden Personen und schließt das Namensverzeichnis entsprechend ab.

2) Der Ministerbeauftragte fertigt von den Freigestellten - einschließlich ihrer befreiten Familienangehörigen - ein Namensverzeichnis in zwei Ausfertigungen, schließt es ab und streicht die freigestellten Personen dementsprechend aus dem Namensverzeichnis der Umsiedlungspflichtigen.

Die Freigestellten sind aus dem Namensverzeichnis der Umsiedlungspflichtigen so zu streichen, daß die Streichung augenfällig wird, der Name der gestrichenen Person aber klar lesbar bleibt. Der Grund der Streichung ist in der Spalte für Anmerkungen des Namensverzeichnisses anzugeben. Die Streichung der Freigestellten ist auch in dem an der Anschlagtafel der Gemeinde (Stadt) aushängenden Namensverzeichnis unverzüglich durchzuführen.

3) Der Ministerbeauftragte schließt nach Durchtragung der Streichungen die Namensliste ab. Im Abschlußvermerk ist anzugeben, unter welchen laufenden Nummern die gestrichenen Personen aufgenommen waren. Mit der Unterzeichnung des Schlußvermerkes erhält das Namensverzeichnis seine endgültige Form.

II.

Bestandsaufnahme und Verwahrung des Vermögens der umsiedlungspflichtigen Perso-

nen

§ 9

1) Der § 3 der VO lautet:

"Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der umsiedlungspflichtigen Personen ist - mit Wirkung vom 29. Dezember 1945 - als beschlagnahmt anzusehen, der Eigentümer kann nichts davon veräußern und kann es auch nicht belasten. Der Eigentümer (Besitzer) kann von den beschlagnahmten Beständen (Lebensmittel, Futter, Brennmaterial usw.) nur die seinen ordentlichen Haushalts- und Wirtschaftsbedürfnissen entsprechende Menge verbrauchen. Das beschlagnahmte Vermögen ist zu inventarisieren."

2) Ein Verstoß gegen die in Absatz 1 enthaltenen Verbote sowie die Beschädigung oder Vernichtung der beschlagnahmten Vermögensgegenstände ist ein Verbrechen und wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft (§ 3 Absatz 4 der VO).

§ 10

1) Die Bestandsaufnahme wird von einer aus 5 Mitgliedern bestehenden Kommission durchgeführt. Dort, wo es erforderlich ist, kann der Ministerbeauftragte die Bildung mehrerer Inventarisierungskommissionen anordnen. Mitglieder der Kommission sind: Der Gemeinde- (Kreis) Notar oder der von ihm bestimmte Gemeindebeamte, in Städten der vom Bürgermeister bestimmte Beamte, außerdem je ein Vertreter des Landwirtschaftsministers, des Finanzdirektors des Volksbetreuungsamtes und der Polizei. Der Vorsitzende der Kommission ist der beauftragte Verwaltungsbeamte.

2) Die Bestandsaufnahme hat nach der ersten Bekanntgabe des Namensverzeichnisses (§ 5 Absatz 1) der Umsiedlungspflichtigen ohne Verzögerung zu beginnen.

3) Die Bestandslisten sind sowohl von den Hofräumen als auch von den Mobilien je nach Wirtschaft bzw. Haushalt aufzunehmen.

4) Die von den Hofräumen aufgenommene Bestandsliste hat zu enthalten: die Aufzählung und kurze Beschreibung des Wohnhauses und der Wirtschaftsgebäude (Baumaterial des Gebäudes und des Dachwerkes, Zahl und Zweckbestimmung der Räume), die Größe des Grundstückes in Quadratklaftern und die Zweckbestimmung der Fläche.

5) Die Bestandsliste des beweglichen Vermögens muß folgende Angaben enthalten:

a) Die Aufzählung des gesamten lebenden und toten Inventars der Wirtschaft nach Art und Stückzahl. Der Viehbestand ist nach Alter, Rasse und Stückzahl getrennt, unter Angabe besonderer Kennzeichen, in die Bestandsliste aufzunehmen. Die Viehpässe der Tiere sind bei der Bestandsaufnahme zu übernehmen und den Bestandslisten beizufügen;

b) die Lebensmittel, Saat und Futterbestände nach Arten und nach dem auf Schätzung beruhenden Gewicht spezifiziert;

c) die Hauseinrichtung, Kleidung und übrigen beweglichen Gegenstände, gleichfalls nach Art und Stückzahl spezifiziert;

d) die Geschäfts- und Werkstatteinrichtung, der Rohstoffvorrat, das Warenlager ist unter entsprechender Anwendung obiger Bestimmungen in eine besondere Bestandsliste aufzunehmen.

6) Die Bestandsliste ist in drei Exemplaren zu fertigen. Alle Exemplare der Bestandsliste sind außer von den Mitgliedern der Kommission von dem aussiedlungspflichtigen Leiter der Wirtschaft (Werkstatt, Betrieb) beziehungsweise des Haushaltes, bzw. auch von dem Familienoberhaupt zu unterschreiben.

7) Zwei Exemplare der Bestandsliste sind dem Volksbetreuungsamt, ein Exemplar der zuständigen Finanzdirektion einzureichen, ein Exemplar schließlich ist vom Gemeindevorstand beziehungsweise vom Bürgermeister aufzubewahren.

§ 11

1) Die in die Bestandsliste aufgenommenen Vermögensgegenstände sind bis zum Abtransport der Umsiedlungspflichtigen dem Eigentümer (Besitzer) zum Gebrauch zu belassen.

2) Der Gemeindevorstand (Bürgermeister) ist bei seiner dienststrafrechtlichen und strafrechtlichen Verantwortlichkeit verpflichtet, regelmäßig zu überwachen, ob der Verbrauch der Lebensmittel, Futter und Brennstoffvorräte nicht das in § 3 der Verordnung genehmigte Ausmaß übersteigt. Der Maßstab für den zulässigen Lebensmittelverbrauch ist die jeweilige Lebensmittelration.

3) Der Gemeindevorstand (Bürgermeister) ist, falls er von einem Verstoß gegen die in § 3 der VO enthaltenen Verbote erfährt, verpflichtet, bei der Polizeibehörde unverzüglich Anzeige zu erstatten.

§ 12

1) Vor dem Abtransport der Umsiedlungspflichtigen ist der Gemeindevorstand (Bürgermeister) verpflichtet, die in die Bestandsliste aufgenommenen Vermögensgegenstände von dem Eigentümer (Besitzer) - innerhalb der von dem Ministerbeauftragten bestimmten Frist - zu übernehmen.

2) Für die Unterbringung und Verwahrung der übernommenen Mobilien hat der Gemeindevorstand (Bürgermeister) - unter Mitwirkung des Beauftragten des Volksbetreuungsamtes - zu sorgen.

3) Die häusliche Habe (Möbel usw.) und die Ausrüstungsgegenstände der Wirtschaft (Werkzeuge, Maschinen usw.) sind, um sicher verwahrt werden zu können, gesammelt in leeren Wohnhäusern oder Wirtschaftsgebäuden unterzubringen. Lebensmittel, Futter und andere Getreidevorräte sind in solchen Räumen (Speichern) unterzubringen, wo sie vor dem Verderb bewahrt bleiben und auch ihre fachkundige Behandlung sichergestellt werden kann. Auch für die sichere Unterbringung der zurückgebliebenen Brennstoffvorräte ist zu sorgen.

4) Die zurückgelassenen Viehbestände (Rind, Schwein, Pferd, Schaf, Geflügel usw.), des weiteren die Futter- und Getreidevorräte übernimmt der Vertreter des Landwirtschaftsministers von dem Gemeindevorstand (Bürgermeister). Die Übergabe des Viehbestandes sowie der Futter- und Getreidevorräte ist auf dem Exemplar der Bestandsliste, die beim Gemeindevorstand (Bürgermeister) aufbewahrt wird, zu vermerken.

5) Der Ministerbeauftragte ist verpflichtet, beim Landwirtschaftsminister (Abteilung für staatliche Güter) rechtzeitig den Zeitpunkt des Abtransportes der Umsiedlungspflichtigen anzuzeigen sowie auch bekanntzugeben, für die Übernahme und den Abtransport wie vieler und welcher Art Tiere, wie vieler und welcher Sorten Futter- und Getreidevorräte er zu sorgen hat.

6) Das Vermögen derjenigen, die freigestellt wurden, ist durch Beschluß nachträglich von der Beschlagnahme zu befreien.

§ 13

Der Ministerbeauftragte überwacht die ordnungsgemäße Bestandsaufnahme der beschlagnahmten Vermögensgegenstände und sorgt, wenn er Mängel feststellt, für ihre unverzügliche Beseitigung und trifft, falls die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichend sein sollten, Anordnungen bezüglich der Verwahrung der in die Bestandsliste aufgenommenen Gegenstände. Zur Erledigung dieser Arbeit kann er persönliche und Vorspanndienstleistungen in Anspruch nehmen.

III.

Abtransport der Umsiedlungspflichtigen

§ 14

1) Die Umsiedlungspflichtigen können, mit Ausnahme ausländischer Währung, ihr Bargeld und ihre Wertgegenstände (Schmuck) mit sich nehmen. Des weiteren können sie pro Person 7 kg Mehl oder Teigwaren (Brot), 1 kg Fett, 2 kg Fleischwaren, 2 kg Hülsenfrüchte, 8 kg Kartoffeln mit sich führen, außerdem können sie ihre notwendigste Haushaltensausrüstung (Kleider, Bettzeug, Handwerkszeug) mitnehmen.

Das zur Mitnahme zugelassene Gepäck darf - zusammen mit den 20 kg Lebensmitteln - pro

Person nicht schwerer sein als 100 kg (hundert).

- 2) Die Mitnahme von Möbeln, landwirtschaftlicher Ausrüstung, lebenden Tieren ist verboten.
- 3) Die Registrierungskommission stellt vor dem Abmarsch zu dem Verladebahnhof beziehungsweise zu der Sammelstelle durch Schätzung fest, ob das Gepäck das zulässige Gewicht überschreitet.
- 4) Die Leibesvisitation der Umsiedlungspflichtigen ist strengstens untersagt.
- 5) Bei Transporten, die im Winter durchgeführt werden, kann auch das für die ganze Reise erforderliche Heizmaterial (Holz, Kohle), unter Umständen in einem besonderen Waggon, mitgeführt werden.

§ 15

- 1) Den Zeitpunkt des Abtransportes der Umsiedlungspflichtigen gibt der Innenminister oder der mit der Überwachung oder Durchführung der Umsiedlung betraute Regierungsbeauftragte dem Ministerbeauftragten unter Benennung des Verladebahnhofs und des etwaigen Sammelplatzes bekannt.
- 2) Der Ministerbeauftragte läßt in der ortsüblichen Weise die auf die Zeitpunkte, den Ort und die Art des Abtransportes bezüglichen notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen bekanntgeben und läßt die Bevölkerung gleichzeitig durch den Gemeindevorstand (Bürgermeister) über die zwischenstaatliche Vereinbarung betreffend die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung nach Deutschland, über den Beschluß des Alliierten Kontrollrates und über die bezüglich der Umsiedlung ergangenen Verordnungen der Regierung unterrichten.

§ 16

- 1) Der Ministerbeauftragte fertigt auf Grund des Namensverzeichnisses der Umsiedlungspflichtigen das Namensverzeichnis der mit je einem Zug reisenden Personen in vier Exemplaren an. Das Namensverzeichnis muß mit laufenden Nummern, aber waggonweise getrennt (Waggon Nr. 1, Waggon Nr. 2 usw.) so zusammengestellt werden, daß die zusammengehörenden Familienmitglieder in einem Waggon untergebracht werden.
- 2) In das Namensverzeichnis sind folgende Angaben aufzunehmen: 1. Vor- und Familienna-me, 2. Alter, 3. Geschlecht, 4. Staatsangehörigkeit, 5. Beruf und 6. Wohnort. Bei der Zusammenstellung des Namensverzeichnisses ist mit der größten Gewissenhaftigkeit zu verfahren, und vor der Abfahrt des Zuges ist erneut zu überwachen, daß der Bestand der im Namensverzeichnis aufgeführten vollzählig ist.
- 3) Die in das Namensverzeichnis aufgenommenen Personen sind, bevor sie von ihrem Wohnort bzw. der Sammelstelle aus zum Verladebahnhof in Marsch gesetzt werden, einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Die ärztliche Untersuchung wird von einer aus drei Ärzten bestehenden Kommission durchgeführt. Der Ministerbeauftragte stellt die Ärztekommision aus Amtsärzten (Gemeinde, Kreis, städtischen Ärzten) zusammen.
Im Falle ihrer Verhinderung trifft auf Ersuchen des Ministerbeauftragten der erste Beamte des kommunalen Selbstverwaltungsverbandes Vorkehrungen, damit ein anderswoher entsandter Amtsarzt zur Verfügung steht. Nur wer von der Ärztekommision für gesund befunden wurde, kann die Reise antreten. Die nach Feststellung der Ärztekommision nicht transportfähigen Kranken sind aus dem Namensverzeichnis zu streichen und an ihrer Stelle können solche Personen aufgenommen werden, die von dem Arzt für gesund befunden wurden. Jeder gesunden und transportfähigen Person ist ein ärztliches Zeugnis auszustellen, das der Leiter der Ärztekommision unterschreibt.
- 4) Die ärztliche Untersuchung ist 24, evtl. 48 Stunden vor der Abreise durchzuführen. Für die Dauer der Einwaggonierung hat eine Sanitätskolonne bereitzustehen.
- 5) Nach Abschluß der ärztlichen Untersuchung ist das Namensverzeichnis mit einem Schlußvermerk zu versehen, der besagt, daß die darin aufgezählten Personen gesund sind und an keiner ansteckenden Krankheit leiden. Der Schlußvermerk wird vom Ministerbeauftragten und

dem Leiter der Ärztekommision unterzeichnet.

6) Zwei Exemplare des Namensverzeichnisses nimmt der Zugkommandant mit sich, ein Exemplar überreicht der Ministerbeauftragte nach Abgang des Transportes dem Innenminister.

§ 17

1) Der Ministerbeauftragte sorgt für die Verbringung der Umsiedlungspflichtigen an die vom Innenminister bezeichnete Sammelstelle bzw. der in je einem Zug Reisenden an den Verladebahnhof und verfügt die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Transportmittel.

2) Jeder Zug besteht aus 40 Waggons. Jeder Waggon kann nur mit 30 Personen belegt werden.

3) Jedem Zug müssen wenigstens ein Arzt und zwei Pflegerinnen - falls erforderlich - aus den Reihen der Umsiedlungspflichtigen beigegeben werden. Der Ministerbeauftragte und der Leiter der Ärztekommision sorgen gemeinsam dafür, daß jeder Zug mit den nötigsten Medikamenten und Verbandzeug ausgestattet wird.

4) Der Arzt, die Pflegerin, die etwaigen Kranken und die Medikamente sind in einem besonderen Waggon unterzubringen.

5) Es ist dafür zu sorgen, daß aus den Vorräten der Umsiedler in jedem Waggon ein für die Aufbewahrung von Wasser geeignetes größeres Gefäß (Eimer, Kanne), ein Kochkessel und ein Ofen zur Verfügung stehen.

§ 18

1) Jeder Zug wird von dem für diesen Zweck bestimmten Bahnpolizeipersonal begleitet. Der Kommandant des Bahnpolizeipersonals ist gleichzeitig der Kommandant des Zuges, dem jede im Zuge reisende Person zu gehorchen verpflichtet ist.

2) Der Zugkommandant bestimmt unter den im Zug reisenden Umsiedlungspflichtigen einen Obmann, der zusammen mit den von ihm für jeden Waggon bestellten Diensthabenden die Anordnungen des Zugkommandanten durchführt. Der Obmann und die Diensthabenden sind verpflichtet, dem Zugkommandanten von jedem Vorfall und jeder Wahrnehmung unverzüglich Meldung zu erstatten, die den ruhigen und friedlichen Verlauf der Reise, die körperliche Unversehrtheit oder Gesundheit der Reisenden gefährden könnten.

§ 19

Die zuständigen amerikanischen Behörden sind wenigstens vier Tage vor Abgang der Züge über den Zeitpunkt der Abfahrt, die Nummer des Zuges sowie über die Zahl der abreisenden Aussiedler zu unterrichten.

§ 20

1) Der Zugkommandant übernimmt den Transport mit russischen, englischen und deutschen Begleitpapieren und übergibt ihn an seinem Bestimmungsort. Die Begleitpapiere werden von dem Bevollmächtigten der Alliierten Kontrollkommission und dem Ministerbeauftragten unterschrieben.

2) Das Zugbegleitpersonal kehrt nach Übergabe des Transportes mit dem Zug unverzüglich zurück.

§ 21

Der Ministerbeauftragte erstattet dem Innenminister nach Abgang eines jeden Transportes eingehenden Bericht und ist verpflichtet, unverzüglich jeden Vorfall oder Umstand zu melden, der eine Stockung des reibungslosen Verlaufes der Durchführung verursacht.

IV.

Verschiedene Vorschriften

§ 22

Eine Anordnung, die der Ministerbeauftragte oder sein Stellvertreter im Zusammenhang mit der Umsiedlung trifft, muß jede sich in ihrem Wirkungsbereich befindliche Verwaltungsbehörde und Dienststelle - einschließlich der den Fachministern unterstellten Behörden, Ämter

und Organe - unverzüglich durchführen.

§ 23

1) Personen, die gemäß § 5 der VO in das Namensverzeichnis der Umsiedlungspflichtigen aufgenommen werden, dürfen ihren Wohnort nur mit Genehmigung der Gemeindepolizeibehörde verlassen. Eine solche Genehmigung darf nur ausnahmsweise in begründeten Fällen erteilt werden. Diejenigen, die ihren Wohnort ohne Genehmigung verlassen oder sich der Umsiedlungspflicht entziehen, sind bis zu ihrem Abtransport nach Deutschland in polizeilichem Gewahrsam zu nehmen (zu internieren).

2) Die örtliche Polizeibehörde ist ebenso wie der Kommandant der zur Mitwirkung bei der Durchführung der Umsiedlung bestimmten Sicherungskräfte strengstens verpflichtet, die Einhaltung der in Absatz (1) erwähnten Anordnungen zu überwachen und sorgt im Falle ihrer Verletzung unverzüglich für die Vornahme von Vergeltungsmaßnahmen.

§ 24

1) Der Ministerbeauftragte verfügt über die zur Durchführung der Umsiedlung erforderlichen Sicherungskräfte.

2) Aufgabe der zur Verfügung gestellten Sicherungskräfte ist es, die Anordnungen des Ministerbeauftragten durchzuführen.

3) Mit besonderer Sorgfalt ist darauf zu achten, daß die bei der Durchführung der Aussiedlung mitwirkenden Organe der Sicherungskräfte ihre Pflicht unter gewissenhaftester Einhaltung der Verordnung und der Anordnungen des Ministerbeauftragten bei weitgehendster Beachtung der Erfordernisse der Menschlichkeit erfüllen.

§ 25

Die Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Budapest, den 4. Januar 1946.

Nagy Imre m. p.

Innenminister ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1956 über die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn (x008/62E-66E): >>... Den eigentlichen Modus der Ausweisung legte eine Durchführungsverordnung vom 4. Januar 1946 fest.

Sie bestimmte, daß eine genaue Namensliste der Umsiedlungspflichtigen angelegt werden mußte, aus der neben den Personalien auch der Grund der Aussiedlung (deutsche Nationalität, deutsche Muttersprache, Volksbundmitglied, SS-Mitglied) zu ersehen war. ... Das bewegliche und unbewegliche Vermögen der Umsiedler galt ab sofort als gesperrt und sollte von 5köpfigen Kommissionen inventarisiert werden.

Die Umsiedler durften pro Person 100 kg Gepäck (Nahrungsmittel, Bettwäsche, Kleider, Handwerkszeug) mitnehmen. Die eingesetzten Transportzüge sollten aus 40 Wagen bestehen und jeder Wagen mit höchstens 30 Personen besetzt werden. In jedem Zug war ein Ärztwagen und die Begleitung durch Sicherheitspersonal vorgesehen. ...

Die Ausweisung ist dann in zwei deutlich zu unterscheidenden Phasen durchgeführt worden:

1. in einer ersten von Januar 1946 bis zum Juni desselben Jahres, dann nach einer kurzen Unterbrechung von August 1946 bis zum Ende des Jahres, in der Transporte in die amerikanische Zone Deutschlands gingen,

2. in einer zweiten ab August 1947 mit Transporten in die russische Zone, zu denen einige wenige Züge noch im Jahre 1948 kamen.

Die Versorgung der ersten Züge, die schon im Januar 1946 in der amerikanischen Zone eintrafen, entsprachen keineswegs den Grundsätzen einer humanen Durchführung. Die Vertriebenen waren durch die kommunistischen Bewachungsmannschaften ausgeplündert und kamen ohne Gepäck, schlecht bekleidet, hungernd und frierend in den Auffanglagern an. Die Zustände besserten sich dann allerdings erheblich und konnten 2 Monate später als geregelt bezeichnet

werden. Dies lag zu einem nicht geringen Teil daran, daß die zuständigen amerikanischen Dienststellen nicht nur die rollenden Transporte, sondern sogar die Einwaggonierung zu kontrollieren pflegten.

Die Ausweisung vollzog sich danach bei allen Transporten nach der festgelegten Ordnung: die Listen mit den Namen der Auszusiedelnden wurden öffentlich ausgehängt oder laut verlesen. Die namentlich Ausgerufenen hatten 2-3 Tage Zeit, ihre persönlichen Angelegenheiten zu ordnen und ihre Sachen zu packen. Sie wurden dann mit Lastkraftwagen oder Fuhrwerken zum Bahnhof gefahren, dort kontrolliert, verladen und in die amerikanische Zone abgeschoben.

Zu Übergriffen und Zwischenfällen kam es verhältnismäßig selten, ja der Abschied von den madjarischen Dorfnachbarn war meistens freundlich, wenn nicht herzlich. Die von den Ausgewiesenen zurückgelassenen Wohnungen und Geschäfte allerdings wurden in der Regel sofort erbrochen, die einzelnen Gegenstände verteilt oder der Plünderung überlassen.

... In einigen Ortschaften verschob sich z.B. die Ausweisung bis zum Ernteschluß, da die Volksdeutschen noch als Arbeitskräfte benötigt wurden. ...

Am 1. Juni 1946 wurden die Transporte von den Amerikanern gestoppt, da Ungarn das Vermögen der Deutschen auf eine Reparationsforderung, die von der amerikanischen Regierung nicht anerkannt wurde, anrechnen wollte. Nach längeren Verhandlungen wurde am 28. August ein neues Abkommen geschlossen, wonach die US-Zone noch eine Reihe von Transporten bis zum Ende des Jahres übernehmen sollte. Dann verweigerten die Amerikaner erneut die Aufnahme und ließen sich auf keine Verhandlungen mehr ein.

In dieser Phase wurden etwa 170.000 Volksdeutsche aus Ungarn in die amerikanische Zone, besonders nach Württemberg ausgesiedelt.

Die im August 1947 wieder anlaufende Aussiedlung, jetzt in die Sowjetzone, unterschied sich wesentlich in Charakter und Durchführung von der Abschiebung in die von Amerikanern besetzte Zone. ...

In dem Maße, wie der Einfluß der liberalen Parteien in Ungarn sank und die Macht der kommunistischen Partei stärker wurde, wurde die Aktion zunehmend willkürlicher durchgeführt. Die Ausweisung in dieser Phase ist kaum noch als nationalpolitische Maßnahme anzusehen, sondern eher schon als ein Mittel der Enteignungspolitik.

Jetzt mußte jeder Volksdeutsche mit der plötzlichen Ausweisung rechnen, wenn sein Besitztum unter den Kommunisten oder Neusiedlern Gefallen fand, unabhängig von seiner früheren politischen Haltung, selbst Mitglieder des madjarenfreundlichen Treuebundes wurden betroffen. Andererseits konnten sogar ehemalige Volksbundmitglieder, wenn sie ihren Besitz dem ungarischen Staat übereigneten, oder als Industrie- oder landwirtschaftliche Facharbeiter bei dem Aufbau des neuen Ungarn nicht zu ersetzen waren, mit ihrer "Enthebung" von der Ausweisung rechnen.

Eine Systematik in der regionalen Durchführung läßt sich schon ab August 1946 nicht mehr nachweisen. Anscheinend planlos wurden einzelne Gemeinden in der Schwäbischen Türkei oder dem Banat in einem oder mehreren Transporten vollständig ausgesiedelt, andere Ortschaften blieben verschont oder wurden nur zum Teil erfaßt. In vielen Fällen zog man die zur Aussiedlung Bestimmten in Lagern zusammen und fertigte von dort aus die Transporte ab. Die Durchführung der Transporte mit ihren Willkürakten erinnerte an die Zustände von 1945 während der Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie.

Dieses inhumane Vorgehen veranlaßte die noch zugelassenen bürgerlich-liberalen Blätter zu scharfen Protesten; ebenso wandte sich Kardinal Mindszenty, der selbst deutscher Abstammung war, als Vertreter der katholischen Kirche Ungarns mit einigen Briefen, in denen er die Vorgänge geißelte, an die Weltöffentlichkeit.

In dieser Phase wurden noch etwa 50.000 Volksdeutsche in provisorische Auffanglager nach

Sachsen, vor allem in das Lager Pirna, transportiert und von dort aus über die Sowjetzone verteilt. Die Willkür und Gesetzlosigkeit in den Jahren 1947/48 hatte sich so verstärkt, daß sich die Volksdeutschen in dieser Zeit wirklich aus den alten und ihnen bisher selbstverständlichen heimatlichen Bindungen zu lösen begannen und danach trachteten, das Land, in dem sie rechtlos geworden waren, zu verlassen.

Nach den zurückgekehrten ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, die wegen der Razzien und Verfolgungen möglichst schnell über die Grenze zu entkommen suchten, begannen jetzt auch die Zivilisten sich allein oder mit ihren Familien den unsicheren Verhältnissen durch die Flucht zu entziehen oder meldeten sich freiwillig zur Aussiedlung.

Die Vertreibung der ungarländischen Deutschen, dieses Fazit kann man ziehen, war also nicht das, was sie zu sein vorgab: Eine Bestrafung derjenigen, die ihre Treuepflicht gegenüber Ungarn verletzt hatten. Dagegen sprach schon allein die weite Fassung des Kreises der Auszusiedelnden in der Ausweisungsverordnung; es sprach aber auch dagegen die planlose Durchführung. Wenn zuerst nationalmadjarische Tendenzen den Ausschlag gegeben haben, so traten diese in der Endphase mehr und mehr hinter den agrarrevolutionären Plänen der Kommunisten zurück.

Was hat Ungarn schließlich mit der Ausweisung erreicht?

Für die Wiederbesetzung der verlassenen und enteigneten deutschen Höfe und Werkstätten genügte der Stamm der ungarischen Landlosen bei weitem nicht, da ja auch der gesamte enteignete Großgrundbesitz mit Arbeitskräften versorgt werden mußte. Der ursprünglichen Tendenz der Umsiedlung entsprechend wurden daher in der Regel madjarische Rücksiedler aus Rumänien, Jugoslawien und der Slowakei auf den ehemals deutschen Betrieben angesetzt.

Als besonders ungeeignet zur bäuerlichen Ansiedlung erwiesen sich die Csangos, ein madjarisches Hirtenvolk, das in der rumänischen Moldau lebte und nach ungarischen Angaben etwa 120.000 Personen zählte. Die armselig gekleideten und zigeunerhaft anmutenden Neuankömmlinge, die sich bisher ausschließlich mit Viehzucht beschäftigt hatten, fanden sich auf den Kleinbauernhöfen gar nicht zurecht ...<<

Das britische Foreign Office lehnte am 4. Januar 1946 die Übernahme von Jugoslawien-Deutschen ab (x028/121): >>... Falls die jugoslawische Regierung mit diesen Vertreibungen fortfährt, werden die britischen Behörden keine andere Wahl haben, als sie mit Gewalt zu verhindern.<<

Die US-Militärregierung kündigte am 5. Januar 1946 an, von den 616.000 nordamerikanischen Soldaten, die sich zur Zeit noch in Europa aufhielten, bis zum Juli 1946 rund 316.000 Mann abzuziehen (x043/79).

US-Präsident Truman erklärte am 5. Januar 1946 während einer Unterhaltung mit Außenminister Byrnes (x156/31-32): >>... In Potsdam sahen wir uns fertigen Tatsachen gegenüber und waren durch die Umstände geradezu gezwungen, die Besetzung Ostpolens durch die Russen und die Besetzung Schlesiens östlich der Oder durch Polen gutzuheißen. Es war ein glatter Gewaltakt.

Damals lag uns noch an der russischen Kriegsbeteiligung gegen Japan. Erst nachher stellten wir fest, daß wir Rußland gar nicht gebraucht hätten, und seither haben uns die Russen dort nichts als Kopfschmerzen bereitet.

In Moskau hast Du Dich hinsichtlich Irans wiederum einer fertigen Tatsache gegenüber gesehen. Iran war im Krieg mit uns verbündet. Es war mit Rußland verbündet. Es hat uns gestattet, Waffen, Kriegsmaterial, Lebensmittel usw. im Gewicht von vielen Millionen Tonnen über iranisches Gebiet vom Persischen Golf zum Kaspischen Meer zu transportieren.

Ohne diese materielle Hilfe wäre Rußland schmachlich geschlagen worden. Trotzdem unterhält es dort Truppen und zettelt im Gebiet des befreundeten und verbündeten Iran einen Aufstand an.

Ich zweifle keinen Augenblick, daß Rußland in die Türkei einmarschieren will, um sich der Meerengen zum Mittelmeer zu bemächtigen.

Wenn man ihm nicht die eiserne Faust zeigt und die stärkste Sprache spricht, werden wir einen neuen Krieg erleben. Es gibt nur eine Sprache, die die Russen verstehen, nämlich: Wie viele Divisionen habt ihr?

Ich glaube, wir sollten uns jetzt auf keine Kompromisse einlassen. ... Ich habe es satt, die Sowjets in Watte zu packen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Verschärfung des "Kalten Krieges" (x068/269-271): >>... 1946 versteifte sich die Haltung der USA gegenüber der Sowjetunion weiter. Man unterstellte ihr das Betreiben eines Dritten Weltkriegs und wollte ihr, so Truman am 5. Januar 1946, "eine eiserne Faust" zeigen. Die USA beendeten ab sofort ihre inoffiziellen Zusammenkünfte mit russischen Diplomaten, und bald darauf auch die in Potsdam beschlossenen Reparationsleistungen aus westdeutschen Demontagen.

Kein Wunder, daß der Kreml im Gegenzug die Sowjetisierung Osteuropas immer rücksichtsloser betrieb. Hatten zunächst nur Albanien, Jugoslawien und Bulgarien kommunistische Regierungen, so dann auch Rumänien, Polen, Ungarn und zuletzt die Tschechoslowakei.

Washington aber ging es nun bloß noch darum, Amerika umzustimmen, das heißt, das gleiche Geschäft zu besorgen wie schon im Ersten und im Zweiten Weltkrieg: die Nation mußte wieder kriegswillig gemacht und vor allem auch Westeuropa gegen Sowjetrußland mobilisiert werden.

Das amerikanische Volk aber, das nur mit Hilfe der Russen den großen Krieg gerade gewonnen, war 1945 keinesfalls bereit, die bisherigen Verbündeten plötzlich zu bekämpfen. Noch jetzt sprachen sich, laut einer Gallup-Umfrage, 55 % der Bevölkerung für ein weiteres Zusammengehen mit Rußland aus, darunter fast zwei Drittel aller gebildeten Amerikaner. (1918 hatten nur 2 % die Anerkennung des Sowjet-Staates befürwortet.) Inzwischen war die Mehrzahl prorussisch gesinnt. Dies jedoch mußte rückgängig gemacht werden. So wurde Moskau fortwährend gereizt. Es sollte immer der Nein-Sager, immer in Opposition sein zu den edlen Zielen und Taten der USA, sollte immer unbeliebter werden.

In diesen Zusammenhang gehören: der Abwurf der Atombombe zwei Tage vor dem vereinbarten Einmarsch der Russen in die Mandschurei; die Ernennung eines US- Oberkommandierenden für Japan, ohne die Russen überhaupt zu fragen; die Deklaration von Potsdam, die man publizierte, bevor die Russen ihr Einverständnis gegeben hatten; die Einfügung der Artikel 51 und 52 in die am 26. Juni 1945 in San Francisco verabschiedete Charta der Vereinten Nationen, die man damals - im Opernhaus! - aus der Taufe hob. Und noch am selben Tag bliesen ihnen, wie der Präsident der Konferenz, Edward R. Stettinius, gleich klar erkannte, die Artikel 51 und 52 das Lebenslicht aus (kick the daylight out of the world organization).

Die Einfügung war das juristische Meisterstück von John Foster Dulles, der nicht von ungefähr den Ruf genoß, der beste Rechtsanwalt der USA zu sein; assistiert hatte ihm Senator Arthur H. Vandenberg (offiziell war Dulles der juristische Beirat). Der Text beider Artikel - voller Fußangeln, nur von Experten sofort zu verstehen - hob die restlichen 109 Artikel der Charta auf und bezweckte nichts anderes als die Isolierung der Sowjetunion und eine entscheidende Verschärfung der Spaltung zwischen den beiden Machtblöcken.

L. L. Matthias nennt in seinem kaum genug zu empfehlenden Buch "Die Kehrseite der USA" das Werk von Vandenberg und Dulles den "coup d'état von San Francisco". Legten die beiden Artikel doch den juristischen Grundstein für die "Vereinten Nationen", die Spaltung der Welt in zwei Teile.

Das aber genügte noch nicht zur "Umerziehung" des amerikanischen Volkes, dem man vor dem beigebracht, sich "Uncle Joe" zu denken wie zumindest frühere christliche Generationen

den lieben Gott sich gedacht, weise, gütig und mit großem Schnurrbart. Um eine breite anti-russische Mehrheit zu erzeugen, bedurfte es einer besonders Aufsehen erregenden Aktion, wobei man sich des alten und eigentlichen Gegenspielers von Stalin bediente, der populären britischen Kriegsfurie Churchill, so konservativ im Übrigen, daß er wohl am liebsten die ganze Welt mit Kaisern und Königen bevölkert hätte.

Noch im Oktober 1944 zwar hatte Churchill in Moskau einen Toast auf "Marschall Stalin" ausgebracht, ihn "Stalin den Großen" genannt - freilich bald auch in einem Telegramm (das seine Memoiren nicht erwähnen) Marschall Montgomery angewiesen, die Deutschen zu bewaffnen, sollten die Russen die Elbe überschreiten. Bat er ja auch dringend den US-Präsidenten, keinen fußbreit besetzten Gebietes der UdSSR zu überlassen, obwohl doch die Begegnung der amerikanischen und sowjetischen Truppen an der Elbe, somit weit östlich von der in London vereinbarten Linie stattfand. ...<<

Das Jahr 1946 brachte keine Verbesserung der Lebensverhältnisse, so daß die Deutschen weiterhin hungern mußten.

In der nordamerikanischen und britischen Zone betrug die Lebensmittelzuteilungen für den "Normalverbraucher" nicht einmal 50 % des Mindestbedarfs.

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 10.12.1945 bis 6.01.1946 täglich lediglich 1.699 bzw. 1.521 Kalorien zugeteilt, obwohl ein Erwachsener, der eine normale körperliche Tätigkeit ausübte, täglich rund 3.000 Kalorien benötigte. Obgleich die Vereinten Nationen täglich 2.650 Kalorien für notwendig hielten, betrug die offizielle Tagesration der Deutschen in der ersten Nachkriegszeit höchstens 1.500 Kalorien und sank oftmals sogar erheblich unter 1.000 Kalorien (x062/584). Im Ruhrgebiet waren Anfang 1946 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt, 50 % litten an Hungerschäden und 40 % waren tuberkulosegefährdet.

Der britische Schriftsteller Victor Gollancz (1893-1967, Gegner der These einer deutschen Kollektivschuld, befürwortete nachdrücklich die britisch-deutsche Aussöhnung, Begründer des Komitees "Rettet Europa jetzt") kritisierte damals die ungenügende Lebensmittelversorgung in der britischen Zone (x131/101-102): >>... Ich möchte hungernden Deutschen etwas zu essen geben, und ich möchte Ihnen nicht aus politischen Erwägungen heraus etwas zu essen geben, sondern weil sie mir leid tun. Und ich bin fest davon überzeugt, daß ich damit nicht alleine dastehe. ...

Schenkte man den Männern unseres öffentlichen Lebens Glauben, dann müßte man meinen, daß Mitleid und Barmherzigkeit ausgesprochen schändlich seien, und das Eigennutz eine grundlegende ethische Pflicht sei. ...

Der Gedanke an Epidemien in Deutschland ist mir unerträglich, ... weil sie furchtbar sind für die Menschen, die von ihnen heimgesucht werden. ...

Es war kein Vergnügen, dies alles zu schreiben. Ich habe es mit einem immer stärker werdenden Gefühl der Scham geschrieben, das, wie ich mit Sicherheit glaube, sehr viele meiner Leser teilen werden, und ich wage zu hoffen, daß es eine Mehrheit ist.<<

Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über den Hungertod der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in der Nachkriegszeit (x131/169-171,227-228): >>... Eine der Funktionen der Mythenbildung im 20. Jahrhundert besteht darin, die Führer zu glorifizieren, die Verrat an unseren Ideen üben. Je größer der Verrat, um so größer der Mythos, der darüber errichtet wird.

Der schuldige Hitler war hinter der Großen Lüge verborgen; die ungeheuren Verbrechen der Gulags wurden hinter Stalins sechs Stockwerke hoch gemaltem, lächelndem Porträt versteckt. Die Führer, die 1945 die Ideale der französischen Zivilisation und des amerikanischen Großmuts verrieten, wurden anscheinend von mehreren Mythen geschützt darunter die selbstlosen Kriegsziele der Alliierten, ausgedrückt in der Atlantik-Charta, der weltweite Mangel an

Schiffsraum und an Lebensmitteln.

Auf Deutschland angewendet, war dieser Mythos noch viel tiefer. Es gab keinen tödlichen Lebensmittelmangel in der westlichen Welt, abgesehen von Deutschland. Der Mangel in Deutschland wurde zum Teil von den Alliierten selbst verursacht, durch die Beschlagnahme von Lebensmitteln, durch einen Mangel an Arbeitskräften, der durch die Gefangenen verursacht wurde, und durch die Abschaffung der Exportindustrie.

Obwohl der Mythos dafür dienen sollte, daß die Alliierten die Gefangenen nicht ernähren konnten, wurde die Mehrzahl der Todesfälle in den Lagern nicht durch Hunger verursacht, sondern durch den tödlichen Mangel an mühelos verfügbaren Gütern und Diensten, zum Beispiel an ... Zelten, Wasser, Wachpersonal, an Hilfe durch das Rote Kreuz, an der Verweigerung von Post und anderem.

Aber es gab keine Berichte, die den Atlantik überquerten und darüber informierten. Nicht nur die Menge an Lebensmitteln in alliierten Lagerhäusern, sondern auch der erstaunliche Reichtum Nordamerikas, insbesondere der USA, hätte jede Vorstellung von tödlichen Mängeln ad absurdum führen sollen.

Bei Ende des Zweiten Weltkrieges war Kanada, der drittgrößte Produzent der westlichen Welt, trotz seiner geringen Bevölkerungszahl so reich, daß es Großbritannien riesige Geschenke an Lebensmitteln und Geld machen konnte, die sich auf mindestens \$ 3.468.000.000 beliefen, oder sogar auf \$ 6.000.000.000 in der Währung von 1945.

In den USA, 1945 die reichste Nation, die es je in der Welt gegeben hatte, war das Bruttonationaleinkommen während des Krieges um 50 % gestiegen. Die USA besaßen jetzt mehr als die Hälfte aller Schiffe der Welt, mehr als die Hälfte der Welt-Produktionskapazität, die größte landwirtschaftliche Erzeugung und die größten Goldreserven, \$ 20.000.000.000, nahezu zwei Drittel der gesamten Weltreserven. Die erstaunliche Großzügigkeit gegenüber Großbritannien erreichte die erstaunliche Summe von \$ 25.000.000.000. ...<<

>>... Als der frühere Präsident Herbert Hoover 1946 in Deutschland war, stellte er fest, daß es unter den US-Offizieren weiterhin viele Gerüchte um die Situation in Deutschland gebe. Laut einem Hoover vorgelegten Bericht des US-Geheimdienstes " kann man den Zahlen über die wirtschaftliche Leistung nur zu einem Fünftel glauben, ... der Rest ist gefälscht, um mit den Spitzenzahlen einen guten Eindruck zu erwecken. Das niedere Personal ist vom Morgenthau-Plan durchdrungen.

Diese Politik hieß Hungertod, sowohl in den Gefangenenlagern als auch generell in der Zivilbevölkerung. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat die vorsichtige Schätzung geäußert, daß von den 15 Millionen Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, die nach dem Krieg aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland, aus Polen, der Tschechoslowakei usw. vertrieben wurden, 2,1 Millionen Zivilisten gestorben seien. Viel mehr noch starben unter den deutschen Zivilisten, die nicht deportiert wurden.

Trotz der weltweiten Lebensmittelknappheit von 1946 ist es klar, daß die alliierte Politik länger als ein Jahr, von Mai 1945 an, die Deutschen wissentlich bei dem Versuch hinderte, sich Lebensmittel zu beschaffen und zu exportieren, um die Lebensmittelimporte zahlen zu können. Auch wurde anfangs keine Hilfe von Wohltätigkeitsverbänden zugelassen.

Die Regierungen Schwedens und der Schweiz versuchten 1945, Lebensmittel nach Deutschland zu schicken. Beiden Regierungen wurde das verboten. Während die Alliierten die ganze Zeit über fehlende Mittel klagten, lieferten sie selbst den Deutschen Weizen. Jedoch nicht annähernd genug, um den Wert der demontierten Fabriken auszugleichen. Nicht einmal genug, um viele vor dem Hungertod zu retten. Gerade genug, um eine kommunistische Revolution abzuwehren.

Es ist mit Sicherheit an der Zeit, mit all den Vermutungen und Lügen aufzuhören. ... In der gesamten westlichen Welt sind entsetzliche Greuelthaten gegenüber Armeniern, Ukrainern und

Juden bekannt. Nur die Greuelthaten gegenüber den Deutschen werden abgestritten. Sind die Deutschen in unseren Augen keine Menschen? ...<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 7. Januar bis zum 3. Februar 1946 täglich nur 1.675 bzw. 1.576 Kalorien zugeteilt (x117/31).

In der britischen Besatzungszone begann am 7. Januar 1946 eine Hilfsaktion des schwedischen Roten Kreuzes, um deutsche Kinder vor dem Hungertod zu retten.

In Hamburg forderte der Schwarzhandel mit Methylalkohol (giftiger Holzgeist) wieder mehrere Todesopfer.

Vertreter der nordamerikanischen Militärregierung in Deutschland und der CSR legten am 8. Januar 1946 die Ausweisungsmodalitäten für die Sudetendeutschen fest (x004/328-331): >>1.

Besprechungsthemen am 8. Januar 1946:

a) Personalfeststellung.

... Zusätzlich zu der persönlichen Kennkarte verlangten die Vertreter der USA Namenslisten in 3facher Ausfertigung. Die Tschechen erklärten sich damit einverstanden. Eine ärztliche Bescheinigung für jede Gruppe wird Teil dieser Namensliste sein.

b) Kleidung.

Alle Auswandernden sollen nach Übereinkunft mit hinreichender Kleidung ausgerüstet werden, wie Unterwäsche, passende Anzüge, Mäntel und Schuhe. ... Wenn ihnen wesentliche Teile davon fehlen, werden die Tschechen die mangelnden Teile bereitstellen.

c) Gepäckbeschränkung.

Die Tschechen erklären, daß das Gepäck auf 30 kg je Person beschränkt sein wird.

Die Vertreter der USA wiesen darauf hin, daß dieses Gewicht nicht ausreicht, um genügend Kleidung, Bettzeug, Küchengeschirr und die notwendigsten Gegenstände mitzunehmen. ... Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Auswanderer gezwungen sind, sich in einem verwüsteten Deutschland niederzulassen und daß alle diese Gegenstände dort nicht erhältlich sind.

Die Vertreter der USA forderten, daß ein Minimum von 50 kg pro Person zugelassen würde, und die Tschechen willigten darin ein, mehr als 30 kg zu gestatten, um den Anforderungen gerecht zu werden, daß zum mindesten die notwendigsten Lebensgüter den Auswanderern in Deutschland zur Verfügung stehen.

d) Geld und Eigentum.

Die Tschechen fordern, daß jede Familie einen maximalen Geldbetrag von 1.000 RM pro Person mitnehmen darf, dagegen keine Wertgegenstände, wie Juwelen, teure Pelze, wertvolle Besitz- oder Museumsstücke.

Die Vertreter der USA äußerten sich nicht hierzu, da die Frage als eine rein tschechische angesehen wird. Die Auswanderer werden Eigentum in dem Umfang mitnehmen dürfen, welcher vom tschechischen Finanzministerium gestattet wird.

e) Lebensmittelversorgung.

Die Tschechen geben an, daß jede Familie soviel Nahrungsmittel mitnehmen darf, als sie für ihre Lebensmittelkarten erwerben können. Auf der Fahrt werden sie an den tschechoslowakischen Bahnhöfen mit heißer Mahlzeit versehen.

Die Vertreter der USA schlagen vor, daß auf ihren Wunsch hin alle Auswanderer an den Sammelstellen mit einem Vorrat von mindestens 3tägiger Ernährung eintreffen. Die Tschechen erklären sich damit einverstanden und werden allen Auswanderern, die nicht über diese Verpflegungsmenge verfügen, die fehlende Menge in jedem Zug ausgeben.

f) Ärztliche Fürsorge und Gesundheitsüberwachung.

Man kam überein, daß die ersten Transporte nur solche Auswanderer umfassen, die bei guter Gesundheit, frei von ansteckenden Krankheiten und ohne Krankenhausbehandlung nach unmittelbarem Eintreffen an ihrem Bestimmungsziel sowie ohne Geisteskrankheiten sind. ... Die Tschechen warfen dann die Frage auf, zu welchem Zeitpunkt sie die Kranken, die Hospitalfäl-

le und die Geisteskranken abtransportieren könnten. ...

Die Vertreter der USA verlangten, daß keiner dieser Fälle während der ersten Transporte befördert würde und auch nicht, bevor die verlangten Unterlagen zur Verfügung ständen ...

g) Waggonmaterial.

Die Tschechen erklärten, daß der Durchschnittszug aus 40 Wagen mit 1.200 Leuten bestehen würde.

Die USA-Vertreter gaben an, daß dies den USA-Spezifikationen von 30 Personen pro Waggon entspräche. Sie wiesen ferner darauf hin, daß bei schlechtem Wetter die USA darauf bestehen, daß alle Transporte von Flüchtlingen nur in geheizten Wagen durchgeführt werden dürfen. Nach einer langen Debatte willigten die tschechischen Vertreter darin ein, und sie bemerkten, daß der erste Flüchtlingszug Ende Januar bereitgestellt werden könnte ...

i) Die Tschechen erklären sich damit einverstanden, daß Vertreter der USA die Züge vor ihrem Übergang nach Deutschland inspizieren, aber dulden nicht, daß deutsches Personal für diese Tätigkeit innerhalb der Tschechoslowakei Verwendung findet. ...

k) ... Die Tschechen erklären sich bereit, pro Zug einen Offizier und 10 Mann als Begleitpersonal zu stellen.

l) Gestellung von Eisenbahnmaterial.

USA-Vertreter gaben bekannt, daß im Augenblick keinerlei Bahnmaterial zur Benützung innerhalb der Tschechoslowakei zur Verfügung gestellt werden kann und daß die Tschechen dieses bereitstellen müssen, um die Auswanderer zu den Empfangsstationen in Deutschland zu bringen.

Die USA-Vertreter wiesen darauf hin, daß deutsches Bahnmaterial, welches Güter und Zwangsarbeiter nach der Tschechoslowakei hineinbringt, auf dem Rückwege mit Flüchtlingen beladen werden könnte. ...

m) ... Die Vertreter der USA legten dar, daß die Erklärung von Potsdam, wonach die USA-Zone 1,75 Millionen und die Sowjetzone 750.000 Flüchtlinge aufnehmen, dahingehend ausgelegt wird, daß 70 % nach der US- und 30 % nach der russischen Zone kommen. Diese Maßnahme ist erforderlich, um die Transporte nach jeder Zone im richtigen Verhältnis durchzuführen und eine gerechte Aufteilung in dem Fall zu gewährleisten, wenn die Gesamtsumme verschieden von der geschätzten Zahl von 2,5 Millionen ausfällt.<<

Vertreter der nordamerikanischen Militärregierung in Deutschland und der CSR legten am 9. Januar 1946 weitere Ausweisungsmodalitäten für die Sudetendeutschen fest (x004/331-332):

>>... 2 b) Die Vertreter der USA erbaten eine Aufstellung der für die Evakuierung verantwortlichen Ministerien.

Oberst Dastich erwiderte, daß das Innenministerium verantwortlich sei für die Auswahl, Personalausweise, Vorbereitung, Verschickung, ärztliche Fürsorge usw. und daß das Ministerium der nationalen Verteidigung verantwortlich ist für den Transport ...

e) Die Vertreter der USA fragten, wieviel Flüchtlinge bereits offiziell in die Sowjet-Zone befördert wurden. Die Tschechen gaben an, daß 70.000-75.000 in organisierten Transporten seit dem Potsdamer Abkommen ausgewiesen wurden. ...

f) Man kam darin überein, daß Familien nicht getrennt werden sollen und daß, wenn eines der Familienmitglieder eine ansteckende Krankheit bekommt, die Familie und alle mit dem Kranken in Berührung gewesenen Personen in Quarantäne kommen und nicht weitertransportiert werden, bevor nicht (eine) einwandfreie Bescheinigung über das Erlöschen der Krankheit ausgegeben wird.

Die USA-Vertreter fragten nach der Zahl der Waisen. Die Tschechen erwiderten, daß kein Kind ohne Begleitung fahren wird. Alle Waisen oder unehelichen Kinder befinden sich bei Familien. ...

h) ... Es wird angenommen, daß die Verschickung etwa am 25. Januar im Umfang von einem

Zug pro Tag beginnen könne.

i) Reihenfolge der Transporte.

... Nach längerer Erörterung kam man zu dem Schluß, daß der beste Vorschlag der ist, gebietsweise zu evakuieren und keine Unterscheidungen zu machen, mit Ausnahme solcher in gesundheitlicher Beziehung, wie bereits früher in diesem Protokoll erörtert. Die Tschechen werden besonders geeignete Arbeiter nicht aussondern, sondern ganze Gemeinden verschicken, was auch eine gleichmäßigere Evakuierung zur Folge hat und eine praktische Methode darstellt. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Vertreibung der Deutschen aus der CSR (x004/118-126): >>Die Modalitäten für die Überführung in die amerikanische Besatzungszone wurden vorher in Verhandlungen von Vertretern der amerikanischen Besatzungsbehörden in der US-Zone mit Vertretern der tschechoslowakischen Regierung am 8. und 9. Januar (1946) festgelegt.

Nach diesem Abkommen sollten die "Auswandernden" mit hinreichender Kleidung (wie Unterwäsche, passenden Anzügen, Mänteln und Schuhen) ausgerüstet sein, Gepäck mit einem Gewicht von etwa 30-50 kg und 1.000 RM mitnehmen dürfen, von den Tschechen mit einem für mindestens 3 Tage reichenden Lebensmittelvorrat und auf der Fahrt im tschechischen Staatsgebiet mit warmer Verpflegung versehen werden, zu Transporten von durchschnittlich 1.200 Personen in 40 Eisenbahnwaggonen, die bei schlechtem Wetter geheizt werden könnten, zusammengefaßt werden; Familien sollten nicht auseinandergerissen werden.

Die Auswahl der auszusiedelnden Personen, die Vorbereitung der Ausweisung und die ärztliche Betreuung der Ausgewiesenen lag in den Händen des tschechischen Innenministeriums, für den Abtransport selbst war das Verteidigungsministerium verantwortlich.

In die ersten Transporte - der erste traf am 25. Januar 1946 aus Budweis im Grenzübergangslager Furth im Wald ein - wurden vorwiegend die bereits in den Lagern befindlichen Personen eingereiht. Bis zum 24. Februar wurden täglich 4 Züge mit 4.800 Personen abgefertigt. Meist wurden schon bestehende Konzentrations- oder Internierungslager in den einzelnen Bezirken als Sammelstellen für die Auszuweisenden eingerichtet.

Die Aufrufe zur Ausweisung ergingen vielfach noch unter ähnlichen Bedingungen wie bei den ersten Austreibungsaktionen, und nicht selten wurden die Betroffenen mit Gewalt aus ihren Wohnungen geholt und zu Fuß oder auf Pferdefuhrwerken und Lastkraftwagen in die Sammelager abgeführt, wo sie einige Tage oder auch wochenlang bis zum endgültigen Verlassen der Heimat bleiben mußten.

Im Lager nahmen Zollbeamte die Kontrolle des Gepäcks vor; häufig beraubte man hier die Ausgewiesenen noch der wertvollsten Kleidungsstücke und Gegenstände, vor allem dann, wenn das Gepäck das vorgeschriebene Gewicht von 30, später 50 bis 75 kg überschritt. Nur zu oft hingen diese Kontrollen von der Willkür der Beamten ab, die je nach ihrer politischen oder menschlichen Haltung großzügig verfahren oder radikal das Gepäck dezimierten. ... Unterschiedlich war auch die Versorgung der Transporte mit Lebensmitteln und die sanitäre Betreuung.

Entgegen den getroffenen Vereinbarungen befanden sich in vielen der Transporte Familien, deren arbeitsfähige Mitglieder in der Tschechoslowakei zurückgehalten wurden. Nach übereinstimmenden Mitteilungen ist bei fast jedem Flüchtlingstransport festzustellen, daß die abtransportierten Familien auseinandergerissen und die arbeitsfähigen Männer in der Tschechoslowakei zurückgehalten werden.

So waren beispielsweise bei dem Transportzug ... am 16.2. von Marienbad nach Würzburg unter 1.295 Personen 70 arbeitsfähige Männer; am 17.2. von Mährisch Gronau nach Bayreuth unter 1.200 Personen 80 arbeitsfähige Männer; ... am 2.3. von Znaim nach Schweinfurth unter 1.200 Personen 40 arbeitsfähige Männer.

Alle diese Mißstände führten schließlich zu Interventionen der Amerikaner bei der tschechoslowakischen Regierung, durch die im April neue Vereinbarungen des Repatriierungsausschusses des Alliierten Kontrollrats mit den tschechischen Behörden erreicht wurden. Danach sollten vom 1. Mai 1946 ab 6 Züge täglich abgefertigt werden; die Ausgewiesenen durften 50 kg Gepäck und anstelle von 1.000 RM nur 500 RM mitnehmen. ...

Auf Grund von Gesuchen deutscher Dienststellen bei der amerikanischen Militärregierung und den amerikanischen Verbindungsstäben in der CSR wurde die Absperrung der Waggontüren während des Transports im tschechoslowakischen Gebiet abgestellt, desgleichen wurden die rücksichtslosen Körpervisitationen durch tschechische Kontrollorgane verboten.

So begannen sich ab Mai 1946 die Bedingungen der Ausweisung zu bessern. ... Aber immer noch hatten die Sudetendeutschen Ursache genug zu Beschwerden und Beanstandungen. So wurde ihnen, die jeglicher Habe beraubt und meist in Lagern festgehalten waren, des öfteren von den Tschechen wertloses Zeug zugeteilt, nur damit sie das Mindestgewicht des Gepäcks vorweisen konnten. Diese Vorfälle waren der Anlaß für neue Besprechungen zwischen Vertretern der amerikanischen Militärregierung und tschechoslowakischen Regierungsstellen am 15. Juni 1946 in Prag, bei denen neue Richtlinien für die Ausweisung vereinbart wurden.

Ab Juli sollte jeder Ausgewiesene 70 kg Gepäck mitnehmen dürfen und angemessen bekleidet sein; für diejenigen, die nicht mehr über die notwendige Kleidung verfügten, sollte diese beschafft werden. Noch einmal wurde vereinbart, die Familien geschlossen, vor allem mit ihren Ernährern auszusiedeln. Die verstärkten amerikanischen Kontrollen führten dazu, daß diese Vereinbarungen auch größtenteils eingehalten wurden. Häufig kam es auch vor, daß Deutsche den amerikanischen Kontrollorganen Mißstände bei der Ausweisung verschwiegen, um ja nicht noch vor der Grenze aus dem Transport entfernt zu werden und weiter den menschenunwürdigen Lebensbedingungen in der CSR ausgeliefert zu sein.

Niedergedrückt von dem ihnen angetanen Leid meldeten sich zahlreiche Sudetendeutsche freiwillig zum Abtransport. Nicht selten suchten sie sogar ihre baldige Zulassung zu den Transporten durch persönliche Zuwendungen (Geld und Wertsachen) an die zuständigen tschechischen Funktionäre zu erkaufen. ...

Als in den Sommermonaten auch die Ausweisung in die Sowjetzone begann, drängten sich die Menschen zu den Transporten, die in die amerikanische Zone gingen, um nicht weiter im sowjetischen Einflußbereich und unter dem in ihm herrschenden System leben zu müssen. Um so größer war dann die Enttäuschung, wenn diese Züge doch in die Sowjetzone geleitet wurden.

Unter dem Eindruck der konsequenten tschechischen Entrechtungspolitik, die alle Voraussetzungen für ein Weiterleben in der CSR entzog, empfand der Großteil der sudetendeutschen Bevölkerung die Ausweisung für den Augenblick nicht in ihrer ganzen Schwere, sondern eher als eine Befreiung von einem unerträglichen Druck. Daraus läßt sich auch erklären, daß in der Schilderung der Erlebnisse, wie sie die Berichte geben, die Ausweisung selbst oft nur kurz erwähnt wird. Sie trat im Bewußtsein zurück gegenüber dem Erlebnis der Rechtlosigkeit, des kümmerlichen Vegetierens in Dachkammern, Abstellräumen und Lagern aller Art, gegenüber Erniedrigungen aller Art. Das tschechische Verfolgungssystem hatte den Deutschen die Heimat zerstört, bevor sie sie verlassen mußten.

... Im ganzen Jahr 1946 sind nach Angaben des Bayerischen Staatskommissars für das Flüchtlingswesen 1.111 Eisenbahnzüge mit 1.183.370 Ausgewiesenen aus der Tschechoslowakei in der US-Besatzungszone eingelaufen; davon gingen 661 Transporte (690.879 Personen) nach Bayern und 450 Transporte (492.491) nach Hessen und Württemberg-Baden.

Über das Lager Furth im Wald sind mit allgemeinen Transporten, Sondertransporten und Einzelpermits und als Grenzgänger insgesamt 651.648 Sudetendeutsche eingetroffen, durch das Lager Wiesau gingen rund 587.000 Personen. Außerdem wurden noch etwa 100.000 Sudeten-

deutsche, die 1945 nach Österreich ausgetrieben worden waren, in die amerikanische Besatzungszone aufgenommen. Hinzu kamen Zehntausende der 1945 in die sowjetische Besatzungszone Ausgetriebenen, die von sich aus in die amerikanische Zone gingen ...

Am 10. Juni 1946 setzte die Ausweisung in die sowjetische Besatzungszone ein, nachdem sowjetisch-tschechische Verhandlungen am 3. und 4. Mai 1946 in Berlin und am 1. Juni 1946 in Prag stattgefunden hatten. Sie hielt in unverminderter Stärke bis zum 18. Oktober an, ohne daß hierfür völlig zuverlässige zahlenmäßige Nachweise möglich sind. In dieser Zeit wurden in die Sowjetzone Deutschlands eingeschleust: Vom 10. Juni bis 21. Juni täglich 2 Züge, von da ab bis 30. Juni täglich 3 Züge, von da ab bis 18. Oktober täglich 6 Züge.

... Die schlechte Organisation des Weitertransports in die Zielorte schuf große Erbitterung unter den betroffenen Menschen. Die Züge wurden oft tagelang planlos hin und her geschoben und mußten nicht selten unterwegs um- oder ausgeladen werden, ohne daß für den sofortigen Weitertransport der Ausgewiesenen Sorge getragen war. Diese wurden durchweg erst in die Quarantänelager eingewiesen, von wo sie dann nach Wochen auf einzelne Ortschaften verteilt wurden.

Insgesamt wurden nach tschechischen Angaben bis Ende Oktober 1946 etwa 750.000 Sudetendeutsche in die Sowjetzone ausgewiesen.

Die Sperrung der westlichen Besatzungszonen für Ausweisungstransporte aus der CSR ab November 1946 bedeutete für die damals zurückgebliebenen oder in der Tschechoslowakei zurückgehaltenen Deutschen eine Fortsetzung ihrer rechtlosen Lage. Unter ihnen befanden sich Tausende von Männern, deren Familie bereits ausgesiedelt worden waren und wegen der Abwesenheit des Ernährers in bittere Not gerieten, andererseits Familien, deren männliche Angehörige nicht mehr aus der Kriegsgefangenschaft in die CSR zurückkehren konnten und in Westdeutschland geblieben waren.

Um wenigstens die Familien zusammenzuführen, gestattete die amerikanische Militärregierung Mitte des Jahres 1947 wöchentlich 50 Personen die Einreise in die amerikanische Besatzungszone.

Die Einreisegenehmigungen erteilte das "Allied high Commission Permit Office" in Prag. Die Ausreisenden durften 100 kg Gepäck mitnehmen. Verpflegung und Transportbedingungen waren wesentlich besser als bei den Transporten des vorhergehenden Jahres. In den Jahren 1947/48 konnten in solchen Transporten 5.125 Sudetendeutsche die CSR verlassen.

Daneben versuchten Hunderte illegal die Grenze zu überschreiten. Nach dem kommunistischen Staatsstreich im Februar 1948 setzte noch einmal ein von den Tschechen organisierter, nicht auf Vereinbarungen mit der amerikanischen Militärregierung beruhender Abschub von Sudetendeutschen ein. Auf Lastkraftwagen schaffte man Tausende von ihnen ins Grenzgebiet und schob sie dann in Gruppen bis zu 50 Personen nach Bayern ab.

Die deutschen Grenzwatchen besaßen die strikte Anweisung der Militärregierung, den Grenzübertritt dieser Ausgewiesenen zu unterbinden. Wenn auch im allgemeinen nicht danach gehandelt wurde, so blieb es doch nicht aus, daß der Übertritt einzelner Gruppen, die von bewaffneten Tschechen begleitet den Grenzstreifen betraten, verhindert wurde. Die Tschechen versuchten dann den illegalen Abschub an weniger gut bewachten Grenzstellen. Das Gepäck der auf solche Weise Ausgewiesenen wurde meist auf Lastkraftwagen nachgeschickt.

Im Rahmen dieser nicht auf Vereinbarungen mit den Amerikanern beruhenden Ausweisung schoben die Tschechen 24.009 Sudetendeutsche im Laufe des Jahres 1948 nach Westdeutschland ab. Insgesamt sind in den Jahren 1947/48 30.587 Sudetendeutsche nach Westdeutschland gelangt. 1949 ebte der Zustrom ab. Die Zahl der "illegalen Grenzgänger" ging auf etwa 5.000 zurück.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Vertreibung der Deutschen aus der Slowakei (x004/137,177-178): >>... Wie die Su-

detendeutschen traf auch die Karpatendeutschen das Schicksal der Vertreibung aus ihrer Heimat. Obwohl die wichtigsten gegen die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei erlassenen Gesetze und Maßnahmen für das gesamte Staatsgebiet galten, unterschied sich das Geschick der Karpatendeutschen vor und während der Vertreibung von dem der Sudetendeutschen in erheblichem Maße.

Denn aus geschichtlichen, politischen und sozialen Gründen war das Verhältnis der Karpatendeutschen zu den Slowaken ein anderes als das der Sudetendeutschen zu den Tschechen, und auch der Ablauf der politischen Ereignisse in der Slowakei bis zur Vertreibung der Deutschen unterschied sich erheblich von den Vorgängen in den Sudetenländern. Ein weiterer Unterschied ergibt sich aus der soziologischen Struktur und der Siedlungsform der beiden Volksgruppen. ...<<

>>... Wie die Sudetendeutschen unterlagen auch die Karpatendeutschen den Ausweisungsbestimmungen der Potsdamer Beschlüsse. In der Slowakei begannen die Vorbereitungen für die Ausweisungen im April 1946, später als in den Sudetenländern. Zwei zentral gelegene Lager, Novaky in der Mittelslowakei – schon aus der Partisanenzeit als Verschleppungslager bekannt – und Deutschendorf (Poprad) in der Zips wurden in Sammellager umgewandelt, dazu kam das Lager Engerau in der Westslowakei. ...

Die große Aussiedlungsaktion begann in den letzten Tagen des Juli und endete im September desselben Jahres. Die Auszusiedelnden wurden, soweit es notwendig war und die Textilien ausreichten, neu eingekleidet. Sie erhielten 1.000, später 500 RM und durften 50 bis 100 kg Gepäck mitnehmen.

Hervorzuheben ist die Tatsache, daß die beklagenswerten Begleiterscheine der Vertreibungsaktionen in den übrigen ost-mitteleuropäischen Gebieten hier im allgemeinen fehlten. Auch ist es weder zu wilden Austreibungsaktionen vor der Potsdamer Konferenz wie in Böhmen und Mähren, noch zu überstürzten organisierten Ausweisungen wie in Ungarn gekommen.

Vor allem die Internierten empfanden es als Glück, wenn ihnen eine Überweisung in eines der Aussiedlungslager angekündigt wurde. Sie taten alles, um möglichst bald einem Transport eingegliedert zu werden. ... Für sie alle war es zur Gewißheit geworden, daß ein Weiterleben in einem Lande, das keinem Deutschen mehr Bürgerrechte gewährte, auf die Dauer trotz vieler unzerreißbarer persönlicher Bindungen nicht mehr möglich war. So mußten die Deutschen in der Slowakei den gleichen bitteren Weg aus der ihnen gewaltsam entfremdeten Heimat antreten wie die Deutschen in den Sudetenländern.

Die verhältnismäßig spät anlaufende Aussiedlungsaktion in der Slowakei brachte es mit sich, daß viele der Ausgewiesenen in die Sowjetzone Deutschlands kamen, in die gerade zu diesem Zeitpunkt viele Transporte geleitet wurden. Nur 9 Transporte mit insgesamt 10.880 Personen wurden in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands geleitet.

Die Karpatendeutschen, die noch nach der großen Aussiedlungsaktion des Jahres 1946 zurückgeblieben waren - ihre Zahl wird mit 24.000 angegeben -, versuchten in den folgenden Jahren zu ihren nach Deutschland ausgesiedelten oder geflohenen Familienangehörigen zu gelangen, was allerdings bei der beschränkten Zahl der Transporte nur wenigen glückte.<<

In London fand am 10. Januar 1946 die erste Vollversammlung der Vereinten Nationen statt.

Ein Enteignungsbescheid des Städtischen Volksausschusses Agram vom 12. Januar 1946 konfiszierte das gesamte Vermögen der E. L. (x006/257E-258E): >>Agram, den 12. Januar 1946

... Entscheid:

Die Städtische Kommission für die Konfiskation in Agram ... beschließt:

1. Es wird das ganze Vermögen der E. L. aus Agram, ... Straße Nr. 17, auf dem Gebiete der FVRJ konfisziert.
2. Zum vorläufigen Kurator (Treuhänder) des konfiszierten Vermögens wird Ismet Dantbeg-

vic, Kommandant des Lagers Precko, bestellt. Dieser verwaltet das konfiszierte Vermögen, bis es die Städtische Verwaltung der Volksgüter übernimmt, und ist bis dahin verpflichtet, es mit der Sorgfalt eines guten Familienvaters zu hüten und haftet für es materiell und strafrechtlich.

3. Der vorläufige Kurator ist verpflichtet, spätestens innerhalb von 8 Tagen ein genaues Inventar des ganzen konfiszierten Vermögens zusammenzustellen und gemeinsam mit einem Bericht über seine jetzige Verwendung und seinen gegenwärtigen Stand, alles in 6 Exemplaren, dieser Kommission vorzulegen.

Begründung: E. L. ... war Mitglied der Volksgruppe. - Es ist deshalb begründet, auf Grund ... des Beschlusses des AVNOJ vom 21.11.1944 ... über die Konfiskation wie oben zu entscheiden.

Gegen diesen Entscheid hat die unzufriedene Partei das Recht der Beschwerde innerhalb (von) 8 Tagen nach Empfang dieses Entscheides ...

Tod dem Faschismus - Freiheit dem Volke!<<

In Paris einigten sich 18 Staaten über die Verteilung der deutschen Auslandsguthaben und unterzeichneten am 14. Januar 1946 ein Reparationsabkommen.

Bis 1947 wurden Reparationsforderungen in Höhe von 300 Milliarden Dollar geltend gemacht (x111/125).

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland betrug die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. Januar 1946 (x111/125): >>Nach Frankreich 286.000 t, nach Belgien 255.000 t, in die Niederlande 171.000 t, nach Dänemark 156.000 t, nach Norwegen 72.000 t und nach Luxemburg 122.000 t.<<

Der Ausschuß der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien schrieb am 17. Januar 1946 an den Alliierten Kontrollrat (x111/126): >>... Der Ausschuß wendet sich an die vereinten Besatzungsmächte mit der Bitte, gegen das in allen Zonen überhand nehmende Banditenunwesen in schärfster Weise durch den Einsatz bewaffneter Polizeistreifen und durch andere Maßnahmen vorzugehen, um die Bevölkerung endgültig von einer der schädlichsten Folgen des Krieges zu befreien.<<

Von den benutzbaren 880.000 Berliner Wohnungen belegten die Besatzungsmächte am 19. Januar 1946 ca. 150.000 Wohnungen (x116/104).

Im Lager Dachau führten 500 nordamerikanische und polnische Soldaten am 19. Januar 1946 die gewaltsame Auslieferung von Kriegsgefangenen der Wlassow-Armee durch (x133/495-496): >>Im Einklang mit unserem Abkommen mit den Sowjets wurde der Versuch unternommen, 399 ehemalige russische Soldaten, die in deutscher Uniform gefangengenommen worden waren, ... vom Sammelplatz in Dachau auf Züge zu verladen.

Alle widersetzten sich der Verladung. Sie baten, erschossen zu werden. Sie zogen ihre Kleidung aus und weigerten sich, ihre Unterkünfte zu verlassen, um nicht verladen zu werden.

Es war nötig, Tränengas und einige Gewalt anzuwenden, um sie herauszuholen. Das Tränengas zwang sie, aus den Gebäuden in den Schnee herauszukommen, wo alle, die sich Schnitt- oder Stichwunden zugefügt hatten, erschöpft und blutend in den Schnee sanken. 9 Männer erhängten sich, einer erdolchte sich, und ein anderer starb später an den sich zugefügten Schnittwunden. 20 weitere ... (brachte man) mit selbst beigebrachten Wunden ins Lazarett.

Schließlich wurde die Verladung von 368 Männern vollzogen, die in Begleitung eines russischen Verbindungsoffiziers auf einem von Amerikanern bewachten Zug abfuhren. 6 entkamen unterwegs.

Eine Reihe Leute in der Gruppe behaupteten, keine Russen zu sein. Dies wurde, nach vorheriger Überprüfung durch die örtlichen Militärbehörden, dem russischen Verbindungsoffizier mitgeteilt, und folglich wurden elf Personen von den Russen als nicht-sowjetische Staatsbürger wieder zurückgegeben.

Der Vorfall war schockierend. Unter den amerikanischen Offizieren und Mannschaften herrschte beträchtliche Unzufriedenheit darüber, daß ihnen von der amerikanischen Regierung zugemutet wurde, diese Russen zu repatriieren. ...<<

In der Tschechoslowakei begann am 19. Januar 1946 die "geregelt Ausweisung" der Sudentendeutschen nach Bayern, Hessen und Württemberg-Baden sowie in die sowjetische Besatzungszone (x039/230).

Die Studenten der Universität Berlin gelobten am 20. Januar 1945 (x111/127): >>Dir, deutsches Volk, geloben wir, daß unsere Arbeit und unser Wissen nur noch deinem Wohle und dem der Menschheit dienen soll. All unsere Kraft für ein ernstes Studium und ein neues demokratisches Deutschland! ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 20. Januar 1946 aus München (x124/103): >>Unsere zugelassenen Parteien haben sich mit einer Bittschrift an den Alliierten Kontrollrat in Berlin gewandt, in dem sie feststellen, daß das Land ein Eldorado der Verbrecher aller Nationen geworden ist und die Bevölkerung noch nie so viel Übergriffe und Gesetzlosigkeiten erdulden mußte. ...

Die Amerikaner genehmigten unserer Polizei vor einigen Tagen Waffen, verklausulierten deren Gebrauch aber derart, daß schwer zu entscheiden ist, ob er der Polizei zum Vor- oder Nachteil gereicht.

Der Kontrollrat hat angeordnet, daß die deutschen Behörden die Devise "Keine Arbeit, kein Essen" hart und genau durchzuführen haben, indem fortan die Zuteilung der Lebensmittelmarken von der Arbeitsbescheinigung abhängig gemacht wird. ...<<

Pastor Martin Niemöller erklärte am 22. Januar 1946 in Erlangen (x116/18): >>... Sind denn die anderen nicht auch schuldig?

Gewiß sind sie es, gar keine Frage! Aber - bei uns ist die Krankheit ausgebrochen und am schlimmsten in Erscheinung getreten. Ein Christ hat nie Anlaß, auf die Sünden der anderen zu sehen, er sollte erst einmal seine eigenen sehen!

Wir dürfen es Gott überlassen, was aus den anderen wird. Aber wir dürfen nicht bei diesem Schuldbekentnis, das wir ausgesprochen (haben), auf das Schuldbekentnis der anderen warten, so kann es nicht gehen! Denn dann geht es los mit dem Hin- und Herschieben der Schuld, mit dem gegenseitigen Ausrechnen, wer der letztlich Schuldige sei, und wir sind froh, wenn wir schließlich im Teufel einen gefunden haben, auf den wir alles abwälzen können.<<

Der Suchdienst des Arbeitsamtes Gera schrieb am 23. Januar 1946 (x170/192): >>Sehr geehrte Frau M.

Auf Ihre Anfrage vom 21.12.1945 müssen wir Ihnen die schmerzliche Mitteilung machen, daß Ihr Mann, der Stabsintendant Karl M., am 26.4.1945 im Geraer Teillazarett Umtermhäuser-schule gestorben ist. Wir konnten Ihnen diese Nachricht nicht eher mitteilen, da Ihre Adresse nicht bekannt war.

Ihr Mann wurde am 10.3.1945 von der Krankensammelstelle Gera mit einer Verwundung durch Weichteilstecksplinter oberhalb des linken Knies und mit Rippenfellvereiterung in das Teillazarett Umtermhäuser-schule eingewiesen. Beste ärztliche Versorgung und Pflege konnten ihn nicht am Leben erhalten. Er hat seine letzte Ruhestätte auf dem Ostfriedhof in Gera in Abt. X, Nr. 220 gefunden.

Wir senden Ihnen als Anlage das Soldbuch und die Erkennungsmarke und sprechen Ihnen zu diesem schweren Verlust die aufrichtige Anteilnahme aus. ...<<

Im Hafen von Trelleborg traf am 24. Januar 1946 ein sowjetisches Schiff ein, um die letzten deutschen Kriegsgefangenen abzuholen, die noch wegen Selbstverstümmelung oder Erkrankung in schwedischen Krankenhäusern lagen (x130/198).

Sämtliche deutschen SPD- und CDU-Politiker (Oberpräsidenten und Chefs der Landesregierungen in der britischen Zone), außer dem parteilosen Hamburger Bürgermeister, stimmten

am 25. Januar 1946 in Oldenburg gegen die Bildung von landsmannschaftlichen Flüchtlingsverbänden (x024/214): >>Die Bildung von landsmannschaftlichen Verbänden für Flüchtlinge, sowie von jeder anderen Vereinigung von Flüchtlingen, sollte für die ganze britische Zone nicht gestattet werden. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Verbot von landsmannschaftlichen Vertriebenenverbänden (x024/214-215): >>... Mit dem Koalitionsverbot, daß die Besatzungsmächte bald darauf aussprachen, konnten sie somit zwei Seiten gefallen; einmal den deutschen Politikern, die im Fall der britischen Zone selbst darum gebeten hatten, und den osteuropäischen Vertreiberstaaten, weil diese sich durch die Bildung von Vertriebenenvereinigungen hätten provoziert fühlen können. Den Vertriebenen wurde hier von seiten der Briten und Amerikaner jedenfalls erneutes Unrecht zugefügt.

Die Haltung der deutschen Politik zeigt die wohl allgemeine verbreitete Meinung, man könne sich die Schwierigkeiten vom Hals schaffen, wenn man nur den Betroffenen weder Möglichkeit zur Artikulation noch Macht zum Widerstand (Stärke durch Vereinigung) gäbe. Auch wenn dies nie ... offiziell geäußert wurde, lag doch gerade im Verbot von Vertriebenenvereinigungen der bequemste Weg, Konfrontationen und somit möglichen Konsequenzen auszuweichen.<<

Alle Münchener Filmtheater mußten am 25. Januar 1946 den Film "Die Todesmühlen" (US-Dokumentarfilm über die von den Nationalsozialisten in den Konzentrationslagern begangenen Verbrechen) zeigen.

Am 25. Januar 1946 traf der erste Vertriebenentransport aus Budweis im Grenzübergangslager Furth im Wald ein. Bis zum 24. Februar wurden täglich 4 Züge mit 4.800 Personen abgefertigt. In den einzelnen Bezirken wurden meistens schon bestehende Konzentrations- oder Internierungslager als Sammelstellen für die Auszuweisenden eingerichtet. Trotz der getroffenen Vereinbarungen wurden viele arbeitsfähige Familienmitglieder in der Tschechoslowakei zurückgehalten. Bei fast jedem Vertriebenentransport war festzustellen, daß die abtransportierten Familien auseinandergerissen und die arbeitsfähigen Männer in der Tschechoslowakei zurückgehalten wurden (x004/120).

Im Hafen von Trelleborg beobachteten am 25. Januar 1946 viele Schweden den Abtransport der deutschen und lettischen Kriegsgefangenen. Einige Kranke wurden auf Bahren an Bord des sowjetischen Schiffes gebracht. Ein lettischer Offizier erstach sich noch vor der Gangway (x130/198).

Der Alliierte Kontrollrat beschloß am 26. Januar 1946 die Einführung der 6-Tage- bzw. 48-Stunden-Arbeitswoche.

David Ben Gurion (Präsident der zionistischen Arbeitergewerkschaften) forderte am 27. Januar 1946 in München die Rückgabe Palästinas (Kanaan, das "gelobte Land"), um einen selbständigen jüdischen Staat zu gründen.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über die geschichtliche Entwicklung Palästinas (x192/458): >>... Nirgendwo ... hinterließen die europäischen Mächte ein chaotischeres Erbe als im Nahen Osten. Nach dem Weltkrieg kämpften nationalistische Bewegungen, viele mit engen Beziehungen zur Sowjetunion, um die Unabhängigkeit von der westlichen Vorherrschaft. Die erste, die Erfolg hatte, war nicht arabisch, sondern jüdisch.

Im Laufe der zwanziger und dreißiger Jahre waren jüdische Siedler in großer Zahl nach Palästina gekommen, in der Hoffnung auf eine neue Heimat, die ihnen die Briten versprochen hatten. Nach dem Krieg kamen Millionen weitere Einwanderer, darunter auch viele Überlebende des Holocaust.

Großbritannien, das um seine gute Beziehungen zu den Arabern fürchtete, suchte Ausflüchte,

um einen Judenstaat zu verhindern und provozierte damit jüdische Gruppen zu einer Welle antibritischer Terrorakte. Unfähig eine Lösung zu finden, zogen sich die Briten 1948 schließlich zurück. ...<<

Der Zahnarzt Dr. B. berichtete am 28. Januar 1946 aus dem Eichsfeld in Thüringen (x124/107): >>... Es ist schauerhaft kalt. Wir haben 13° im Haus. Für die Praxis bekommen wir Braunkohlenbriketts. Sie verbreiten eine gelinde Wärme und viel Ruß. Lieber Braunkohle als gar nichts.

Abends hocken wir mit Decken auf den Knien um den lauen Ofen ... Schlimm ist es, wenn der Strom ausfällt und wir im Finstern sitzen müssen.

In der Praxis stört es mich weniger, denn dann können wir aufhören. ... Es gibt keinen Kautschuk, kein Paladon und keine künstlichen Zähne mehr. ...<<

Die katholischen Bischöfe kritisierten am 30. Januar 1946 die unmenschliche Massenaustreibung der Deutschen (x025/122): >>Die Austreibung ist mit furchtbarer Brutalität, unter Nichtachtung aller Menschlichkeit erfolgt. ...

Wir wissen, daß ... Deutsche furchtbare Verbrechen an den Angehörigen anderer Nationen begangen haben. Aber seit wann ist es erlaubt, an Unschuldigen sich zu rächen und Verbrechen durch Verbrechen zu sühnen?

Man soll die wirklich Schuldigen unerbittlich zur Rechenschaft ziehen. Aber wer will das Massensterben von Kindern, Müttern, alten Leuten verantworten? ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 - 2005 über die Predigt des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, vom 30. Januar 1946 (x853/...): >>... Im Übrigen fand Bischof Clemens August damals auch ein warmes Wort des Dankes an die deutschen Soldaten für ihren selbstlosen Lebenseinsatz und versicherte in einer eigenen "Kanzelverkündigung" vom 30. Januar 1946 "die mehr als 10 Millionen Ostdeutschen, deren Vorfahren größtenteils schon vor sieben- bis achthundert Jahren ist ostdeutschen Raum gesiedelt und den Boden urbar gemacht haben", seiner Anteilnahme an ihrem "entsetzlichen Schicksal".

Und wie er in Teltge (1. Juli 1945) das gesamte deutsche Volk gegen den Pauschalvorwurf der Kollektivschuld in Schutz genommen hatte, appellierte Graf Galen in dieser Verlautbarung an die Weltöffentlichkeit, die Augen nicht vor der "brutalen Austreibung" seiner ostdeutschen Landsleute zu verschließen, damit verhütet wird, "daß aufs neue Macht vor Recht gehe und eine Saat des Hasses ausgestreut werde". ...<<

Der EKD-Rat protestierte am 30. Januar 1946 ebenfalls gegen die brutalen Vertreibungsmethoden (x111/130): >>... Zu Tode erschöpft, halb verhungert und unterwegs bis aufs Letzte ausgeraubt, kommen die unglücklichen Opfer der Ausweisungen in Deutschland an und finden hier oft genug nirgends ein menschenwürdiges Unterkommen.<<

Die britische Militärregierung erteilte den Lehrern in Westfalen am 30. Januar 1946 Ratschläge, wie man auch ohne Schulbücher unterrichten kann (x117/85): >>Ein einfallsreicher Lehrer (sollte) durchaus imstande sein, ... Lesen ohne Lehrbuch zu lehren. ...

Um dies durchzuführen, könnte ein Lehrer auf eigene Verantwortung Stoff aus einem Buch wiedergeben oder sich selbst Stoff zusammenstellen und diesen so verwenden, wie er es ... für geeignet hält, vorausgesetzt, daß dieser Stoff nicht im Widerspruch mit den Befehlen der Militärregierung steht. ...<<

Lord Jowitt, Lordkanzler des britischen Oberhauses, beantwortete am 30. Januar 1946 eine Anfrage des Bischofs von Chichester, warum immer noch keine geregelte und humane Übersiedlung der Deutschen erfolgen würde (x028/137): >>... Es gibt keinen internationalen Mechanismus für die Umsiedlung und die Kontrolle ihrer Durchführung.

Die Maßnahmen sollen unmittelbar zwischen der Regierung der ausweisenden Staaten und den Behörden der jeweiligen Zone in Deutschland abgesprochen werden, in die man die Ein-

wanderer schickt.<<

Die mitteldeutschen Kranken- und Sozialversicherungskassen wurden am 31. Januar 1946 verstaatlicht und zentralisiert.

170 Berliner Kinos waren am 31. Januar 1946 bereits wieder geöffnet.

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 31. Januar 1946 aus München (x124/111): >>Die ... Militärregierung ... hat die Zuteilung der neuen Lebensmittelkarten vom Nachweis abhängig gemacht, daß jeder Erwachsene den Film "Todesmühlen" über die Konzentrationslager gesehen hat. Nur Bettlägerige sind vom Kinobesuch auf ärztliches Attest hin befreit. ...<<

Das französische Oberkommando berichtete Ende Januar 1946 über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Besatzungszone (x114/3.140): >>Die milden Jahrestemperaturen haben die schlimmsten Ängste der deutschen Bevölkerung verfliegen lassen. Sie ist völlig auf das materielle Leben fixiert und fürchtet sich davor, den ersten Besatzungswinter in zerstörten Städten zu verbringen, ohne beheizte Räume, mit kritischer Lebensmittelversorgung inmitten ausländischer Soldaten. Die Konfrontation mit Armut und Elend erschien den Deutschen unerträglich. In ihrer tiefen Apathie dachten sie mehr an das Essen am nächsten Tag als an die Zukunft Deutschlands.

Da sie bisher keine Hungersnot und Kälte ausstehen hatten, ist es in der Zone ruhig geblieben. Dennoch machte der Deutsche seine ersten schmerzhaften Erfahrungen durch. Er kennt nun das Schicksal, das seine ehemaligen Politiker und Armeen Europa fünf Jahre lang zumuteten. Aber das Nichtwissen und das mangelnde Schuldgefühl der Masse erleichtern ihm nicht, die heutigen Prüfungen anzunehmen.

Trotz allem weiß er, daß fremde Hilfe nötig ist. Daher neigt er dazu, die Besatzungsmacht danach zu beurteilen, was sie ihm bringt.<<

Michael Sommer berichtete später im "Forum für Kultur und Politik" (Heft 13) über das Schicksal der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in der französischen Besatzungszone (x153/51-54): >>... Die Flüchtlingspolitik in der französischen Besatzungszone gehörte in der Periode zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland – wie alle anderen Politikfelder auch – zu den Reservatrechten der Siegermacht. Die französische Regierung wie die von ihr abhängige Baden-Badener Militärregierung waren in diesem Zeitraum bestrebt, die Flüchtlingspolitik den allgemeinen Zielen der französischen Außenpolitik der Nachkriegszeit unterzuordnen und für diese nutzbar zu machen.

Die Frage, ob und unter welchen Bedingungen Flüchtlinge in der französisch besetzten Zone aufgenommen werden sollte, hing daher entscheidend von den in Paris angestellten Überlegungen zum Problem der nationalen Sicherheit bzw. zur Organisation der europäischen Nachkriegsordnung ab. Daneben waren ökonomische Beweggründe von ausschlaggebender Bedeutung, da Frankreich den durch die Kriegseinwirkungen verursachten Status minus unter den europäischen Mächten abwerfen und sich wieder in den Stand einer europäischen Großmacht versetzen wollte. Zu diesem Zweck wurde auch die französische Flüchtlingspolitik instrumentalisiert.

Grundlegende Maxime der französischen Politik war dabei die Absicht, jede von der Vertreibung der Deutschen aus Mittel- und Südosteuropa herrührende Belastung der französisch besetzten Zone zu vermeiden. Zur Rechtfertigung der Abwehr aller von den Alliierten vorgebrachten Ansprüche auf eine gleichmäßige Verteilung der zuzugsbedingten Lasten in den Besatzungszonen verwies Frankreich (zu Recht) darauf, daß es von den Beratungen und Entschlüssen der Potsdamer Konferenz ausgeschlossen gewesen war. Die französische Regierung erklärte sich daher für frei von jeder im Zusammenhang mit den dort gefaßten Beschlüssen abgeleiteten Verantwortung für die vertriebene deutsche Bevölkerung.

Insbesondere wandte sich die französische Mission beim Berliner Kontrollrat zum Schutz vor

einer weiteren Westverschiebung deutscher Bevölkerungsteile gegen die nicht von den Potsdamer Beschlüssen gedeckten Vertreibungen in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Vergeblich bemühte sich die französische Delegation auf diplomatischem Wege um die Einstellung der von der Sowjetunion geduldeten bzw. geförderten Vertreibungsmaßnahmen in diesen Ländern.

Humanitäre Erwägungen spielten aus französischer Sicht bei den Versuchen zur Begrenzung des Vertreibungsvorgangs keine Rolle! Entscheidend war allein die Rückbindung an die übergeordneten Ziele der französischen Außenpolitik. In Paris, Berlin und Baden-Baden befürchteten die für die Bevölkerungspolitik zuständigen französischen Dienststellen bei der Aufnahme einer größeren Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen in der vor allem im Norden rückständigen Besatzungszone eine dramatische Verschärfung des ohnehin bedrohlichen Ernährungszustandes. Die Furcht vor einer durch eine Hungersnot provozierte Radikalisierung der Vertriebenen und möglicherweise auch der einheimischen Bevölkerung bestärkte die Militärregierung in ihrer Abwehrhaltung.

Aber auch die von den Kontrolloffizieren entworfenen längerfristigen Szenarien für eine vermehrte Aufnahme von Flüchtlingen ließen es in Verfolgung der französischen Sicherheitsinteressen nicht angeraten erscheinen, die Abschottung der Zonen aufzugeben. Wiederholt kam bei den Überlegungen zu den mutmaßlichen Folgen einer dauerhaften Eingliederung der Vertriebenen die Furcht auf, eine damit zwangsläufig verbundene Reindustrialisierung Deutschlands würde dessen Kriegsführungsfähigkeit wieder herstellen und so die Gefahr eines Revanchekrieges heraufbeschwören. ...

Die Abschottung der Zone bewirkte zunächst, daß eine erhöhte deutsche Bevölkerungskonzentration in der Grenzregion westlich des Rheins vermieden wurde.

Die geschah u.a. mit Blick auf die beabsichtigte Abtrennung des Saarlands von Deutschland, einer Internationalisierung des Ruhr-Kohle-Bergbaus und der dauerhaften Eingliederung Elsaß-Lothringens in den französischen Staatskörper. Keines dieser Ziele sollte durch die Existenz mutmaßlich "irredentistisch" gesonnener, "national" eingestellter und in ihrem politischen Bewußtsein "reichstreu" geprägter, "preußisch" und vornehmlich protestantisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus den Vertreibungsgebieten gefährdet werden.

Neben der strikten Abschottung der französisch besetzten Zone kam einer Reihe anderer demographisch wirksamer Maßnahmen große Bedeutung zu. Während die Absicht einer Reduktion der deutschen Bevölkerung mittels forcierter Propagierung der Geburtenkontrolle schon bald mit Rücksicht auf antizipierte negative Wirkungen im eigenen Land wieder fallengelassen wurde, bemühte sich die französische Militärmission in Berlin bis 1949 immer wieder erfolglos darum, eine von den Siegermächten sanktionierte Massenausweisung von rund acht Millionen Deutschen nach Übersee zu erreichen.

Damit sollten vor allem viele der weitgehend eigentumslosen Vertriebenen aus Westdeutschland entfernt werden. Auf diese Weise hoffte die Militärregierung, den durch die Massenvertreibung verstärkten Bevölkerungsdruck und das daraus abgeleitete, vermeintlich "natürliche Expansionsstreben" des deutschen Volkes kanalisieren und in für Frankreich ungefährliche Bereiche ableiten zu können.

Als vierte strategische Maßnahme zur Veränderung des demographischen Ungleichgewichtes wurde die verstärkte Assimilierung von geeigneten Deutschen durch die französische Bevölkerung betrieben. Die diesbezüglichen Vorhaben betrafen auch hier vornehmlich Flüchtlinge und Vertriebene. Entlassene Kriegsgefangene ostdeutscher Herkunft ohne Rückkehrmöglichkeit wurden als "freiwillige" Arbeitskräfte nach Frankreich verpflichtet, um dort die Kriegsverluste unter den französischen Männern in heiratsfähigem Alter ausgleichen zu helfen.

Zu den bedenklichsten Maßnahmen zählte die systematische Überführung von aufgrund ihres Vertreibungsschicksals elternlos gewordenen Flüchtlingskindern nach Frankreich, die dort

von französischen Adoptiveltern erzogen wurden. Dabei sollte diesen Kindern ihre wahre Herkunft auf Dauer verschwiegen werden.

Die auf Abwälzung der Kriegsfolgelasten zielende Politik Frankreichs führte zu einem Gegensatz mit den USA und Großbritannien, die nicht zuletzt durch ihre Bereitschaft zur Aufnahme der Vertriebenen eine erhebliche Belastung ihrer Besatzungszonen in Kauf genommen hatten. Da die Verzögerung von (meist amerikanischen) Lebensmittellieferungen als Druckmittel gegen die französische Militärregierung nicht zu einer Öffnung der französisch besetzten Zone geführt hatte, setzten die beiden Regierungen die französische Mission in Berlin verstärkt unter diplomatischen Druck.

In Baden-Baden erkannte man die Gefahr einer außenpolitischen Isolierung Frankreichs, die sich in dem Maße vergrößerte, in dem der fortschreitende "Kalte Krieg" ein Lavieren Frankreichs zwischen den Weltmächten und der Sowjetunion zunehmend aussichtsloser erscheinen ließ. Die Entfremdung von der Sowjetunion in der Flüchtlingsfrage gipfelte in der Vermutung, Stalin beabsichtige durch die fortdauernde Vertreibung eine Proletarisierung Westdeutschlands zu erzwingen, die dort gemäß den Entwicklungsgesetzen des Marxismus in eine Revolution münden sollte. Auch aus diesem Grund erschien der Militärregierung die Abschottung der französischen Zone als angemessene Reaktion gegen derartige Bestrebungen.

Außerdem sprachen aus der Sicht Frankreichs wirtschaftliche Gründe für die Fortgrenzung seiner Abgrenzungspolitik. Durch die strenge Kontrolle des Zuzugs konnte die französische Zone bei gleichzeitiger Kanalisierung der Bevölkerungsbewegungen als Drehscheibe für die Rekrutierung der von Frankreich so dringend benötigten deutschen Arbeitskräfte und Soldaten für die Fremdenlegion dienen.

Hingegen drohte bei einer vollständigen Liberalisierung der Zuzugsbestimmungen die Kontrolle über die Bevölkerungsbewegungen verloren zu gehen. Durch die bei einem ungebremsen Zustrom Vertriebener in die französisch besetzte Zone mittelfristig unabwendbare Einstellung der Demontagen und die Verzögerung der Reparationsleistungen mußte Frankreichs Absicht, sich die deutschen Ressourcen für den Wiederaufbau im eigenen Land nutzbar zu machen, ebenso durchkreuzt werden wie durch ein Wiedererstarken der deutschen Fertigwaren-Exportproduktion, deren Konkurrenz Frankreich auf den Weltmärkten fürchtete.

Demgegenüber gewann der amerikanische Druck auf Öffnung der französischen Zone in dem Maße für Paris an Bedeutung, in dem die Planungen zur Durchführung des Marshall-Planes Gestalt annahmen. Aus der Furcht heraus, bei der Kreditvergabe wegen der Flüchtlingspolitik in Deutschland von den USA benachteiligt zu werden, fand sich die französische Militärregierung 1949 schließlich doch zur Aufnahme von Verhandlungen über den internationalen Flüchtlingsausgleich bereit. ...<<

Im Verlauf der Kontrollen an den Sammelstellen und während der wochenlangen Transporte ereigneten sich in den deutschen Ostprovinzen vielerorts Plünderungen und Überfälle, so daß die Mehrzahl der Ausgetriebenen im Januar 1946 völlig ausgeraubt, in verzweifelter körperlicher und seelischer Verfassung westlich der Oder-Neiße-Grenze ankam.

In der sowjetischen Besatzungszone (Mitteldeutschland) wurden die Vertriebenen anschließend nicht selten monatelang in Quarantäne- und Flüchtlingslagern festgehalten (x001/147E). Die antikommunistischen tschechoslowakischen Parteien wurden im Januar 1946 zerschlagen oder verboten.

Im Januar 1946 begannen die ersten Ausweisungstransporte in die nordamerikanische Zone Deutschlands. Die ersten Transporte entsprachen nicht den Grundsätzen einer humanen Durchführung. Die Vertriebenen kamen oftmals ausgeplündert, ohne Gepäck, schlecht bekleidet, hungernd und frierend in den Auffanglagern an.

Diese Zustände konnten erst 2 Monate später als geregelt bezeichnet werden, weil die zuständigen nordamerikanischen Dienststellen nicht nur die rollenden Transporte, sondern bereits

die Einwaggonierung kontrollierten.

Die Ungarn-Deutschen erhielten 2-3 Tage Zeit, um ihre Sachen zu packen. Die Umsiedler durften pro Person 100 kg Gepäck (Nahrungsmittel, Bettwäsche, Kleider, Handwerkszeug) mitnehmen. Sie wurden mit Lastkraftwagen oder Fuhrwerken zum Bahnhof gefahren, dort kontrolliert, verladen und abgeschoben (x008/62E-63E).

Ministerpräsident Tito "säuberte" Jugoslawien. Tito ließ ab Januar 1946 alle vermeintlichen Gegner durch Geheimpolizisten "erledigen". Anschließend wurden umfangreiche Zwangskollektivierungen und Verstaatlichungen durchgeführt.

Die von der KP beherrschte FND-Partei erhielt bei den Wahlen 89 % aller Stimmen. Als die rumänischen Oppositionsparteien dieses Wahlergebnis anzweifelten, wurden alle demokratischen Parteien zerschlagen oder verboten.

Die Zeitung "Vaterland" berichtete Anfang 1946 über eine Reise durch das zerstörte Deutschland (x117/112): >>... Wenn Deutschland über die Zeiten der ärgsten Not geholfen wird – und es muß ihm nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch im Interesse Europas geholfen werden -, dann wird sich das deutsche Volk wieder erholen, gewiß unter furchtbaren Schmerzen und Verlusten, aber doch mit den Möglichkeiten eines neuen Aufstiegs.

Die Besatzungsmächte vergessen allzusehr, daß ein Toter gefährlicher sein kann als ein Lebender. Ein lebendiges Deutschland ist weniger zu fürchten als ein totes Deutschland, dessen Verwesung ganz Europa infizieren würde. Eine großzügige und großherzige Deutschlandhilfe ist ganz einfach eine europäische Aufgabe.<<

US-General Clay (1897-1978, von 1945-46 stellvertretender Militärgouverneur der nordamerikanischen Besatzungszone) berichtete über die Vertreibungstransporte im Januar 1946 (x028/137-138): >>... Die Ausgewiesenen waren ohne genügend Proviant und nur mit notdürftigstem Reisegepäck zusammengestellt worden; hungrig und armselig kamen sie an. ...

Besondere Schwierigkeiten gab es mit den Tschechen; nicht nur der persönliche Besitz der Sudetendeutschen, auch junge kräftige Arbeiter wurden zurückbehalten, während man uns die Alten, die Frauen und die kleinen Kinder schickte.

Erst als wir aus diesem Grunde die Transporte zeitweilig einstellten, erreichten wir auf dem Verhandlungsweg, daß diese Zustände behoben wurden.<<

In der britischen Zone wurde am 1. Februar 1946 die Schulspeisung eingeführt.

Die Nahrungsmittelrationen in der französischen Zone wurden am 1. Februar 1946 um 25 % gekürzt und betragen täglich nur noch 1.075 Kalorien (x111/132).

Karl Geiler (1878-1953, Ministerpräsident von Groß-Hessen) erklärte am 1. Februar 1946 während der Wiedereröffnung der Frankfurter Goethe-Universität (x111/132): >>... Das deutsche Volk bedarf heute mehr denn je der Wissenschaft. Es blutet aus so vielen Wunden, daß seine Wiedergeburt überhaupt nur vom Geistig-Seelischen her möglich ist.<<

Im US-Senat wurde am 1. Februar 1946 der Bericht eines britischen Majors zitiert (x028/226): >>... Die schlimmsten Greuel der modernen Geschichte finden in Ostdeutschland statt. Viele Millionen von Deutschen sind auf die Straße geworfen worden. ... (Sie) sterben zu Tausenden auf den Straßen an Hunger, Dysenterie und Erschöpfung. Sogar ein flüchtiger Besuch in Berliner Krankenhäusern ist ein Erlebnis, neben dem Konzentrationslager normal erscheinen. ...<<

Die "New York Times" berichtete am 4. Februar 1946 über die Tragödie der deutschen Vertriebenen (x028/139-140): >>In Potsdam war man übereingekommen, daß die erzwungene Auswanderung in "humaner und geregelter Weise" durchgeführt werden sollte.

Aber wie jedermann weiß, der den schrecklichen Anblick der Empfangsstellen in Berlin und München erlebt hat, vollzieht sich der Exodus (Auszug) unter alptraumhaften Zuständen, ohne internationale Beaufsichtigung, oder auch nur vorgespiegelte humane Behandlung.

Wir sind mitverantwortlich für Greuel, die nur (mit) den Grausamkeiten der Nazis zu verglei-

chen sind ...<<

Anton Ackermann erklärte am 5. Februar 1946 während seines Schlußwortes zur KPD-Kulturtagung (x116/149): >>... Keine Weltanschauung ist stärker als die Weltanschauung der sozialistischen Bewegung. Ihr muß und wird der Erfolg gehören, wenn wir sie uns in ihrem ganzen Reichtum aneignen und sie richtig anzuwenden verstehen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß wir nicht nur die breiten Massen des Volkes, sondern auch breiteste Schichten der Intelligenz gewinnen werden, weil ich an den Marxismus-Leninismus glaube, der allmächtig ist, weil er wahr ist.

Werbung für unsere Weltanschauung, für die Partei; um jeden einzelnen ringen, besonders um jeden einzelnen Studenten, Lehrer, Wissenschaftler und Künstler – das ist eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Die Zahl der Intellektuellen in den Reihen unserer Partei ist bedeutend gewachsen, aber sie ist uns noch zu gering.<<

Der SPD-Politiker Adolf Grimme (1889-1963) forderte am 5. Februar 1946 in der neuen pädagogischen Monatsschrift "Die Schule" neue Leitbegriffe der Erziehung und der Ausbildung eines Menschen (x111/134): >>... der fähig ist, hochwertige Arbeit zu leisten, der den Willen hat, einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu schaffen und diesen Staat in die Gemeinschaft der friedliebenden Völker einzugliedern, einen deutschen Menschen, der von dem Glauben beseelt ist, daß ein Volk allein durch die Macht geistiger und religiös-sittlicher Kräfte gerettet werden kann.<<

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 5. Februar 1946 einen Runderlaß betreffend die Übernahme des verlassenen und ehemals deutschen Vermögens durch die Behörden der allgemeinen Verwaltung (x003/106,109): >>... Um die Übernahme der Bewirtschaftung des verlassenen und ehemals deutschen Vermögens durch den Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete und durch die ihm unterstellten Behörden möglichst zu beschleunigen, ist vor der formellen Veröffentlichung dieses Dekrets mit der Übernahme der Geschäfte der vorläufigen Staatlichen Verwaltung zu beginnen. ...

Dieser Runderlaß betrifft alle nordwestlichen Wojewodschaften, d.h. sowohl diejenigen, welche ausschließlich Wiedergewonnene Gebiete umfassen (Masuren, Pommern, Niederschlesien), wie auch diejenigen, welche nur z.T. Wiedergewonnene Gebiete einschließen, wie:

1. die Wojewodschaft Schlesien-Dombrowa, und zwar die Kreise: Kreuzburg, Rosenberg, Guttentag, Stadt Oppeln, Landkreis Oppeln, Groß-Strehlitz, Hindenburg, Stadt Beuthen, Landkreis Beuthen, Stadt Ratibor, Landkreis Ratibor, Cosel, Leobschütz, Neustadt, Falkenberg, Stadt Neiße, Landkreis Neiße, Grottkau.

2. die Wojewodschaft Posen – das Land Lebus, und zwar die Kreise: Schneidemühl, Schönlanke, Friedeberg/Neumark, Stadt Landsberg, Landkreis Landsberg, Meseritz, Schwerin, Zielonitz, Frankfurt (der rechts gelegene Teil des Stadtkreises), Schwiebus, Grünberg, Crossen/Oder, Guben, Fraustadt.

3. die Wojewodschaft Danzig, und zwar die Kreise: Stadt Elbing, Landkreis Elbing, Marienburg, Stuhm, Marienwerder, Lauenburg, Bütow, Stadt Stolp, Landkreis Stolp, Rummelsburg, Schlawe.

4. die Wojewodschaft Pommerellen, und zwar die Kreise: Schlochau, Flatow. ...

5. die Wojewodschaft Bialystok, und zwar die Kreise Goldap, Treuburg und Lyck. ...<<

Das Gebiets-Volksgericht in Slawonisch Brod verurteilte am 6. Februar 1946 einen Volksdeutschen wegen Zugehörigkeit zum Kulturbund und Dienst bei der deutschen Polizei (x006/260E-262E): >>Urteil - Im Namen des Volkes!

Der Gebiets-Volksgerichtshof in Slawonisch Brod ... erließ in der Strafsache gegen den Angeklagten N. K. aus Darkowatz ... nach öffentlicher mündlicher Verhandlung am 6.2.1946 in Anwesenheit des in Haft befindlichen Angeklagten und seines Verteidigers ... folgendes Ur-

teil:

Der Angeklagte N. K. ... geboren 30.6.1915 in Darkowatz, ev. Glaubensbekenntnis, Staatsbürger der FVRJ, verheiratet, Vater von 4 Kindern, Besitzer eines Hauses, ... unbestraft wird für schuldig befunden, weil er

1. gleich nach der Gründung des Unabhängigen Staates Kroatien in den Kulturbund eintrat und in ihm während der Okkupation aktiv mitarbeitete. Er hat also im Verlauf des Krieges und der feindlichen Okkupation mit dem Feinde politisch zusammengearbeitet.

2. weil er ... im Juli 1943 der SS-Polizei beitrug. Er tat in ihr in verschiedenen Ortschaften Kroatiens Dienst und zwar bis zum Untergang des unabhängigen Staates Kroatien. Er trat also während des Krieges einer aus jugoslawischen Staatsbürgern formierten Polizeieinheit, zum Zwecke der Unterstützung des Feindes und des gemeinsamen Kampfes gegen sein Vaterland, bei. ...

Aufgrund des ... angeführten Gesetzes wird folgende Strafe verhängt:

1. eine Freiheitsstrafe mit Zwangsarbeit von 8 Jahren,
2. Verlust seiner bürgerlichen und politischen Rechte für 5 Jahre nach Verbüßung der Freiheitsstrafe.

Die Untersuchungshaft ab 10.5.1945 wird dem Angeklagten angerechnet. Die Kosten des Prozesses und Strafvollzuges trägt der Angeklagte.

Begründung: ... Der Angeklagte war geständig, als Deutscher im Jahre 1941 dem Kulturbund beigetreten zu sein. Er nahm als Dilettant an verschiedenen Veranstaltungen des Kulturbundes in seiner Gemeinde teil. Er blieb dessen Mitglied bis zum Untergang des Unabhängigen Staates Kroatien. Er ist weiterhin geständig, im Herbst 1943 dem Ruf der deutschen Militärbehörden gefolgt zu haben und in Esseg der Hilfspolizei beigetreten zu sein. ... Nach einer Dienstverrichtung in Slawonien ging er kurz vor der Befreiung nach Deutschland, unterwegs wurde er von den Bulgaren gefangengenommen.

Zu seiner Verteidigung führt der Angeklagte an, er habe als Angehöriger der deutschen Wehrmacht und Hilfspolizei weder an Kämpfen gegen die Volksbefreiungsarmee, noch gegen die Rote Armee teilgenommen.

Er verteidigt sich weiterhin, er sei wegen seiner deutschen Volkszugehörigkeit zum Kulturbund beigetreten. Als Deutscher mußte er der Ladung der Kulturbundleitung Folge leisten.

Auf Grund der Geständnisse des Angeklagten konnte sich das Gericht von der objektiven und subjektiven Seite der ihm zur Last gelegten Straftaten überzeugen. ...

Dem Angeklagten wird als strafmildernd seine bisherige Nichtbestraftheit, sowie seine unschuldige Familie, wie auch die Tatsache, daß er als Angehöriger der deutschen Wehrmacht und Hilfspolizei an keinem Kampfe gegen die Volksbefreiungsarmee und die Rote Armee teilgenommen hat, angerechnet. Als straferschwerend liegen keine Tatsachen vor. Die verhängte Strafe ist deshalb gerechtfertigt und gerecht, sowie auf gesetzlichen Vorschriften gegründet.

Tod dem Faschismus - Freiheit dem Volke!<<

Karl Geiler (1878-1953, Ministerpräsident von Groß-Hessen) erläuterte am 8. Februar 1946 während einer Veranstaltung in Wiesbaden die "Aufgaben der Erziehung" (x111/125): >>...

Es gilt eine geistig-seelische Umformung unseres Volkes herbeizuführen, einen neuen Menschentypus zu prägen, der sich wieder willig abwendet von den Unwerten des zusammengebrochenen Systems, und der zugleich die innere Kraft hat, auszuhalten in all den Nöten, die um uns und in uns sind, und sich wieder emporzuarbeiten aus all dem Dunkel und den Wirrnissen der letzten Vergangenheit.<<

In Garmisch-Partenkirchen wurde am 8. Februar 1946 das erste Sanatorium für KZ-Häftlinge eröffnet.

Die vier Parteien der sowjetischen Zone und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund veröf-

fentlichten am 10. Februar 1946 in Leipzig folgenden Aufruf (x111/136): >>Wir wollen heute den bisher zurückgehaltenen Schichten die Möglichkeit zu geistiger Arbeit geben, um damit an der geistigen Lenkung des Staates auch die bisher Ausgeschalteten beteiligen zu können. Zwei Wege werden sie zur Universität führen:

1. die Arbeiterfakultät, die neben dem eigentlichen Universitätsstudium das zusätzliche nötige geistige Wissen vermittelt;
2. die Begabtenprüfung, die die allgemeine geistige Reife zum Besuch der Vorlesungen feststellen soll.<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1933-45 fast ständig in KZ-Haft, ab Mai 1946 SPD-Vorsitzender) wies am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...

Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...

Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<

Das Präsidium der Volksversammlung der Autonomen Provinz Wojwodina, Abt. für Volksgesundheit, Sektion Lager, ordnete am 11. Februar 1946 Maßnahmen an, um Epidemien zu verhindern (x006/501): >>Betrifft: Pflichten der Ärzte in den Lagern und in den Kolonistenortschaften.

... Mit Rücksicht darauf, daß in den Zivillagern Fleckfieber aufgetreten ist, in einigen auch in Form großer Epidemien, und da die Gefahr einer Übertragung dieser Krankheit auf unsere Bürger besteht, ordne ich, damit diese Gefahr gebannt wird, folgendes an:

1. ... a) Tägliche Untersuchung der Lagerinsassen zum Zwecke der Auffindung Fleckfieberverdächtiger oder an Fleckfieber Erkrankter. Wenn die Lager groß sind, haben die Ärzte die Kranken mit Hilfe von Sanitätern ausfindig zu machen, die der Arzt selbst auszuwählen und denen er diesbezügliche Anweisungen zu geben hat.
b) Isolierung dieser Erkrankten im Lager selbst; zu diesem Zwecke sind eigene Räume zu bestimmen, je nach Lagerstand.
c) Bekämpfung der Verlausung.
d) Der Arzt hat ein Kontrollbuch und ein Krankenprotokoll anzulegen. ...
2. Wenn in dem Orte, wo ein Lager ist, auch Kolonisten sind, hat der Arzt hier denselben Dienst und auf dieselbe Art und Weise zu versehen wie im Lager. ...
3. Im Falle des Auftretens von Fleckfieber (sei es auch nur Verdacht) ist der Arzt verpflichtet, sofort seinen vorgesetzten Arzt zu verständigen und dieser hat die zuständige höhere Sanitätsbehörde zu verständigen.

Außer auf Rudolfsgnad bezieht sich diese Anordnung auf 16 weitere Lager im Banat.<<

In der britischen Besatzungszone wurden am 12. Februar 1946 alle ostdeutschen Landsmannschaften verboten (x024/212).

Die französische Regierung verlangte am 12. Februar 1946 in einem Schreiben an die Westmächte die Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zoll- und Währungssystem (x111/136).

Der CDU-Politiker Jakob Kaiser (1888-1961) erklärte am 13. Februar 1946 in Berlin (x111/137): >>... Mir scheint für Deutschland die große Aufgabe gegeben, im Ring der europäischen Nationen die Synthese zwischen östlichen und westlichen Ideen zu finden. Wir haben Brücke zu sein zwischen West und Ost.<<

Der sowjetische Ankläger Oberst Pokrovskij behauptete am 14. Februar 1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, daß deutsche Wehrmachtstruppen die Katyn-Massaker durchgeführt hätten (x046/205): >>... daß eine der wichtigsten verbrecherischen Handlungen, für die die Hauptkriegsverbrecher verantwortlich sind, die Massenvernichtung

polnischer Offiziere war, die in den Wäldern von Katyn bei Smolensk von den deutschfaschistischen Eindringlingen vorgenommen wurde. ...<<

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 14. Februar 1946 einen Runderlaß betreffend die Sicherstellung des ehemals deutschen Vermögens (x003/111-112): >>An alle Bezirks-Bevollmächtigten der Regierung in den Wiedergewonnenen Gebieten.

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete hat begonnen, die Beschlüsse des Alliierten Kontrollrates in Berlin betr. die Ermöglichung der Rückkehr der deutschen Bevölkerung ins Reich zu verwirklichen. Da es oftmals unmöglich sein wird, die von den Deutschen geräumten Höfe und Wohnungen sofort mit polnischen Ansiedlern zu besetzen, ist die entsprechende Sicherstellung des zurückgelassenen beweglichen wie auch unbeweglichen ehemals deutschen Vermögens von erstrangiger Bedeutung.

Zu diesem Zweck ordnet das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete folgendes an:

1. Das zurückgelassene ehemals deutsche Vermögen muß unverzüglich nach der Entfernung der Deutschen derart sichergestellt werden, daß eine auch noch so geringe Minderung durch Diebstahl oder Zerstörung unmöglich ist.

2. Um Wohnungseinrichtungen weitestgehend zu sichern, sind die in den Wohnungen befindlichen beweglichen Sachen in die Magazine der Vorläufigen Staatlichen Verwaltung abzutransportieren; falls dies nicht möglich ist, sind diese Gegenstände mit Hilfe der Deutschen möglichst in ein von den Deutschen geräumtes Gebäude zusammenzutragen, das versiegelt und von einem ständigen Posten der Bürgermiliz bis zur Verteilung an Repatrianten oder bis zum Abtransport in die Magazine der Vorläufigen Staatlichen Verwaltung bewacht werden soll.

3. Das zurückgelassene lebende Inventar ist in der Weise zu sichern, daß es der ansässigen polnischen Bevölkerung zur Beaufsichtigung und Benutzung übergeben oder planmäßig an die bereits angesiedelten Repatrianten und Umsiedler, welche solches Inventar nicht besitzen, verteilt wird. ...

6. Die von den Deutschen geräumten Wohnungen dürfen auf keinen Fall ohne Einverständnis der lokalen Ansiedlungsausschüsse bzw. Ansiedlungsreferate vermietet werden; diese setzen fest, welche Wohnungen in der betreffenden Ortschaft mit Rücksicht auf den Ansiedlungsplan frei bleiben müssen.

7. Um diese Aktion zur Sicherstellung des ehemals deutschen Vermögens erfolgreich durchzuführen, setzen sich die Kreisbevollmächtigten unverzüglich mit den Organen der Bürgermiliz und der Öffentlichen Sicherheit in Verbindung. ...<<

Das britisch-polnische Abkommen "Operation Schwalbe" (Aussiedlung von Deutschen aus Polen und den polnisch verwalteten Gebieten) wurde am 14. Februar 1946 beschlossen (x039/230).

Am 14. Februar 1946 vereinbarten britische und polnische Politiker noch einmal, daß die Aussiedlung und Überführung der Deutschen in "humaner und ordentlicher Weise durchgeführt werden" soll. Die Fahrtrouten wurden festgelegt, und es wurde beschlossen, daß für die Bewachung der Transporte, für Verpflegung und ärztliche Fürsorge während der Ausweisung gesorgt werden muß. Die Ausgewiesenen sollen nicht mehr als 500 RM und Gepäck mitnehmen, als sie "in den Händen tragen können" (x001/148E).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/147E-154E): >>... Das Jahr 1946 wurde in Ostdeutschland die Hauptperiode der Ausweisung. ... Zunächst unterschieden sich die Ausweisungen des Jahres 1946 wenig von denen des Jahres 1945. Noch immer waren die Kontrollen an den Sammelstellen und die wochenlangen Transporte von Plünderungen und Übergriffen aller Art begleitet, so daß die Mehrzahl der

Ausgetriebenen völlig ausgeraubt, in verzweifelter körperlicher und seelischer Verfassung westlich der Oder-Neiße-Grenze ankamen, wo sie auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone monatelang in Quarantäne- und Flüchtlingslagern festgehalten wurden.

... Am 14. Februar 1946 wurde in dem inzwischen errichteten internationalen Combined Repatriation Executive (CRX) zwischen dem britischen und dem polnischen Vertreter ein Abkommen getroffen, das noch einmal wie schon das Potsdamer Abkommen die Versicherung enthielt, "daß die Aussiedlung und Überführung der Deutschen in humaner und ordentlicher Weise durchgeführt werden" müsse.

Auch die Fahrtrouten und die Ausweisungsquoten für die einzelnen Zeitabschnitte wurden hierbei festgelegt, und es wurde vereinbart, daß für eine Bewachung der Transporte sowie für Verpflegung und ärztliche Fürsorge während der Ausweisung Sorge getragen werden müsse. Bemerkenswert ist, daß den Ausgewiesenen nicht gestattet sein sollte, mehr als 500 RM und mehr Gepäck mitzunehmen, als sie "in den Händen tragen können".

... Der eigentliche Zweck des britisch-polnischen Abkommens, eine "ordentliche und humane" Durchführung der Ausweisungen zu garantieren, ist auch bei den Massenausweisungen während des Jahres 1946 keineswegs erreicht worden.

Allein schon für Verpflegung und ärztliche Betreuung war nur in seltensten Fällen einigermaßen gesorgt. Schwerer fiel noch ins Gewicht, daß die polnischen Milizkommandos die Ausweisung der Deutschen aus ihren Wohnungen unnötig beschleunigten und in der Regel mit äußerster Strenge, ja oft geradezu in brutalen Formen durchführten. Oft standen den aus ihren Häusern Vertriebenen keinerlei Transportmittel zur Verfügung, so daß sie sich mit ihrem schweren Gepäck in kilometerlangen Märschen nach den Sammellagern schleppen mußten. Dort fehlte es meist an den primitivsten Voraussetzungen dafür, Tausende von Menschen unterzubringen, zumal es mitunter dauerte, ehe die Transporte zusammengestellt wurden.

Nach allem, was heute über den Verlauf der Ausweisungen bekannt ist, steht fest, daß die Durchführung durch die polnischen Behörden nicht nur ohne zureichende Organisation geschah, daß vielfach ganz offensichtlich auch gar nicht der Wille vorhanden war und gar keine sonderlichen Anstrengungen gemacht wurden, um eine wirklich ordnungsgemäße und humane Überführung der deutschen Bevölkerung nach Westen zu gewährleisten.

... Der wichtigste Erfolg des britisch-polnischen Ausweiseabkommens war, daß den Vertriebenen ab Ende 1946 der direkte Weg in die britische Besatzungszone offenstand, so daß sie nicht mehr von der sowjetischen Besatzungszone aus heimlich als Grenzgänger nach Westen zu fliehen brauchten.

Waren die Vertreibungen des Jahres 1945 ausschließlich nach der Sowjetzone erfolgt, so ging der Hauptteil der im Jahre 1946 Ausgewiesenen in direkten Transporten in die britische Besatzungszone. ...

Für den gesamten nördlichen Raum der Oder-Neiße-Gebiete war Stettin die Hauptstation für die Zusammenstellung und Abfertigung der Ausweisungstransporte und für ihre Übergabe an britisches Begleitpersonal. In der Umgebung von Stettin befanden sich mehrere Sammellager, in denen die zur Ausweisung Bestimmten oft wochenlang auf die Abfahrt der Transportzüge warten mußten, neben dem berüchtigten Lager Stettin-Scheune (handelte es sich) vor allem um die Lager Kreckow und Frauendorf. ...

Im Südabschnitt der Oder-Neiße-Gebiete war das Zentrum für die Ausweisungstransporte der Bahnknotenpunkt Kohlfurt (nordöstlich von Görlitz), von wo aus die Eisenbahntransporte mit Vertriebenen nach der sowjetischen und britischen Besatzungszone abgefertigt wurden.

Um eine Überschreitung der zwischen den britischen und polnischen Behörden festgelegten Ausweisungsquoten an den einzelnen Übergabestationen zu vermeiden, kam es oft zu langwierigen und umständlichen Umlegungen der Ausweisungstransporte. So wurden manche Deutsche aus Pommern erst nach Polen geleitet und von dort aus über Schlesien nach Westen

transportiert.

Neben den Ausweisungen nach der britischen Besatzungszone wurden im Jahre 1946 ebenso wie 1945 mehrere Hunderttausende von Deutschen nach der sowjetischen Besatzungszone übergeführt. Viele dieser Vertriebenen haben sich, sobald sie den Aufnahmelagern der sowjetischen Zone entkommen konnten, selbständig auf den Weg in die westlichen Besatzungszonen begeben, um nicht länger unter sowjetrussischem Regime leben zu müssen, dessen Auswirkungen sie in ihrer Heimat so schmerzlich erfahren hatten. Im Jahre 1946 waren es allein ca. 250.000 Vertriebene, die außerhalb der organisierten Transporte in Westdeutschland ankamen. ...

Neben den Ausweisungen hatten auch radikale Unterdrückungsmaßnahmen das Ihrige getan. Der Hunger und die körperliche Überbeanspruchung während der Zwangsarbeit, die Epidemien in den Städten, dazu die Mißhandlungen in den Lagern und Gefängnissen verursachten so zahlreiche Opfer unter den Deutschen, das den polnischen Ausweisungskommandos manche Arbeit vorweggenommen wurde. - Ende 1946 war der Hauptteil der Deutschen, die beim Einzug der sowjetischen Truppen in ihrer Heimat geblieben oder später zurückgekehrt waren, bereits vertrieben oder in der Zwischenzeit umgekommen. ...

Mit dem Eintritt des Winters 1946/47, als die Kälte unter den Vertriebenen bereits zahlreiche Verluste verursacht hatte, verweigerten die britischen Behörden jede weitere Übernahme von Ausweisungstransporten, da sie es nicht verantworten zu können glaubten, weitere Hunderttausende völlig verelendeter Ausgewiesener in die überfüllten Aufnahmelager einzuliefern, und da gleichzeitig die polnischen Behörden gezwungen werden sollten, für bessere Ausweisungsbedingungen zu sorgen. Verschiedene Transporte liefen deshalb wieder in ihre Ausgangsorte zurück, und die Ausweisungsaktionen flauten ganz allgemein während des Winters 1946/47 ab.

Da sich aber noch immer zahlreiche Deutsche östlich der Oder-Neiße befanden, begann mit dem Frühjahr 1947 eine neue, die letzte umfassende Etappe der Zwangsausweisungen. Auch jetzt waren die britischen Behörden noch nicht zu einer Übernahme der Transporte bereit, diese wurden deshalb ausschließlich in das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone geleitet. Sie verliefen jetzt allerdings in wesentlich geregelteren Formen als 1945 und teilweise noch 1946, obwohl auch jetzt noch in den Ausweisungslagern mitunter unverändert katastrophale Zustände herrschten und noch immer manche Deutsche die Strapazen der Ausweisung mit dem Leben bezahlen mußten.

Von den Ausweisungen im Jahre 1947 wurden die letzten bisher noch nicht oder teilweise betroffenen Orte erfaßt, und auch viele Deutsche, die bisher als unabhkömmliche Arbeitskräfte verschont geblieben waren, mußten sich nun von ihrer Heimat trennen. Während des ganzen Frühjahrs, Sommers und Herbstes 1947 wurden auf diese Weise noch einmal schätzungsweise 500.000 Deutsche aus Schlesien, Ostpommern, Westpreußen und dem Südtel Ostpreußens nach Westen transportiert.

Ende 1947 nahmen die systematischen Ausweisungen aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten im allgemeinen ein Ende, obwohl es auch später noch zu Einzelausweisungen kam und noch manche Deutsche in den folgenden Jahren selbständig versuchten, von Pommern oder Schlesien aus nach dem Westen zu gelangen.

Die Mehrzahl derer, die besonders in Oberschlesien und im südlichen Ostpreußen von der alten Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit schließlich übrigblieben, bestand z.T. aus Personen, die auf Grund ihrer polnischen Volkszugehörigkeit oder auch nur, um sich ihre Existenzgrundlage zu erhalten, freiwillig die polnische Staatsbürgerschaft erworben hatten, teils aber auch Personen, die, wie viele Masuren in Ostpreußen, von den Polen als polnische Volkszugehörige, als sog. Autochthone betrachtet wurden, die sich aber zum größten Teil entschieden als Deutsche fühlten und gegen ihren Willen zur Annahme der polnischen Staatsbür-

gerschaft gedrängt wurden.

Daneben wurden sowohl in Ostpreußen als auch in Ober- und Niederschlesien, in Ostpommern und vereinzelt auch in Ostbrandenburg Personen zurückgehalten, die lediglich auf Grund ihrer Unabkömmlichkeit als Facharbeiter oder als sonstige wertvolle Arbeitskräfte gezwungen wurden, im Lande zu bleiben.

Im Gegensatz zu den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten hatten im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens bis zum Sommer 1947 noch keinerlei Aussiedlungen stattgefunden. Anders als die Polen hatten die Sowjets kein nationales Interesse an der Vertreibung der Deutschen aus Ostpreußen, sie waren im Gegenteil sehr bemüht, durch scharfe Bewachung der quer durch Ostpreußen verlaufenden russisch-polnischen Demarkationslinie jede Abwanderung und Flucht von Deutschen aus dem von ihnen verwalteten Teil Ostpreußens zu verhindern, um aus den Deutschen an Arbeitsleistungen herauszuholen, was nur irgend möglich war. Die infolge der sowjetischen Arbeits- und Leistungsnormen eingetretene Erschöpfung der meist auf sowjetischen Kolchosen arbeitenden deutschen Bevölkerung und die katastrophalen Lebensverhältnisse im gesamten "Verwaltungsgebiet Kaliningrad" ... führten dazu, daß die deutsche Bevölkerung nichts sehnlicher wünschte, als dieses Land zu verlassen, das in kurzer Zeit unvorstellbar verelendet war, in dem ihnen nichts mehr gehörte und wohin in immer stärkerer Zahl russische Zivilpersonen einströmten.

Manchen gelang die Flucht über die Grenze nach den polnisch verwalteten Gebieten, von wo aus sie leichter nach Westen gelangen konnten; sehr viele aber fielen der Unterernährung und den Seuchen zum Opfer und starben.

Erst als die Arbeitskraft der Deutschen infolge des Zustroms von Russen mehr oder weniger entbehrlich geworden war, begann für die restliche, kaum mehr als 100.000 Menschen zählende deutsche Bevölkerung in den Jahren 1947-1949 die Aussiedlung.

Schon im Sommer 1947 hatten einige wenige Tausend aus Königsberg Ausreisegenehmigungen erhalten. Im Herbst 1947, vor allem aber 1948 und abschließend im Jahre 1949 wurden dann sowohl die ca. 20.000 noch am Leben befindlichen Deutschen aus Königsberg als auch die übrige deutsche Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Ostpreußen in geschlossenen Transporten ausgesiedelt, ohne daß an der bisherigen Bedingung von einzelnen Ausreisegenehmigungen festgehalten wurde.

Die Sowjets schlossen sich damit dem Vorgehen der Polen an, obwohl in den Potsdamer Beschlüssen von einer Aussiedlung aus dem sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens nicht die Rede gewesen war. Daß sie zu einer Zeit erfolgte, als sich die Lebensverhältnisse gerade zu bessern begannen, während in den Jahren vorher viele Tausende von Deutschen elend an Hunger und Krankheiten zugrunde gegangen waren, macht in besonderer Weise deutlich, wie wenig die Sowjets bei der Frage der Ausweisung oder Nichtausweisung von Rücksichten auf die deutsche Bevölkerung geleitet waren.

Nur jenseits der Memel, im Gebiet des 1945 der Sowjetrepublik Litauen eingegliederten Memellandes, fand keine Ausweisung der Deutschen statt. Die noch im Lande befindlichen Memel-Deutschen mußten die litauische Staatsbürgerschaft annehmen und schieden damit aus dem Kreis der umzusiedelnden deutschen Volksteile aus. Dennoch haben sich manche Deutsche aus dem Memelland wegen des sowjetischen Drucks heimlich nach Deutschland durchgeschlagen. Die Mehrzahl der Memeldeutschen, die 1944 nicht geflohen oder später zurückgekehrt waren, ist jedoch in der Heimat verblieben.

In den Jahren 1947-1949, als die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus dem nördlichen Teil Ostpreußens im Gange war, kam es auch im Gebiet des polnischen Staates zu einer Welle systematischer Ausweisungen, wodurch die Ausmerzungen des Deutschtums in Polen beendet werden sollte, die schon in den Jahren 1945/46 eingesetzt hatte. Damals, als in Polen die brutale Verfolgung aller Deutschen schlimmste Formen annahm, machten sich Tausende von de-

nen, die noch nicht verhaftet oder interniert waren, selbständig von den Orten Posens und Westpreußens auf den Weg nach dem Westen, wobei verschiedentlich auch lokale polnische Behörden den Abtransport der Deutschen vorantrieben.

Mit dem Jahre 1946 waren ... nahezu alle im westpolnischen Staatsgebiet ansässigen Deutschen in Gefängnissen eingeliefert, in Lagern konzentriert oder zur Zwangsarbeit eingesetzt, und damit gab es im großen ganzen keine Möglichkeit mehr, selbständig das Land zu verlassen. Lediglich die erst während des Krieges aus dem Reich zugezogenen Deutschen und die volksdeutschen Umsiedler aus den baltischen und südosteuropäischen Staaten wurden, sofern sie nicht bereits vorher geflohen waren, zum Teil anders als die in Polen einheimischen Volksdeutschen behandelt und schon 1945 oder 1946 des Landes verwiesen.

Gegen die alteingesessenen Deutschen, die zwischen 1919 und 1939 die polnische Staatsbürgerschaft besessen hatten und dann während der deutschen Okkupation Polens als Deutsche bevorzugt waren, richteten sich nach 1945 in erster Linie der in der Zeit der Besatzung genährte Haß und die Vergeltungsabsichten der Polen. Sie wurden nicht nur als Deutsche betrachtet, die entsprechend den Potsdamer Beschlüssen auszuweisen seien, sondern galten, wie schon dargestellt wurde, nach der polnischen Gesetzgebung als Kollaboranten und "Verräter der Nation" und wurden deshalb strafrechtlich verfolgt.

Erst nachdem sie jahrelanger Haft und Verfolgung ausgesetzt, viele von ihnen zugrunde gegangen, die anderen meist völlig verelendet und durch die Zwangsarbeit erschöpft waren, kam es im Jahre 1947 zu den ersten Entlassungen aus den Lagern, die in der Regel mit der Ausweisung der Entlassenen verbunden waren. –

Zwar war schon am 13. September 1946 das Dekret "über die Ausscheidung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Gesellschaft" erlassen worden, dessen Artikel 4 bestimmte, daß die bisher in Gefängnissen und Lagern gehaltenen, sofern ihre deutsche Gesinnung und ihr Bekenntnis zum Deutschtum erwiesen seien, ausgewiesen werden müßten. Da aber die Polen inzwischen die billige Arbeitskraft der Deutschen schätzen gelernt hatten, wurde die Ausführung dieser Bestimmung sehr verzögert bzw. zunächst nur auf die nicht arbeitsfähigen Deutschen angewandt. Diese vor allem wurden als erste in den Jahren 1947 und 1948 aus den Lagern entlassen und mit Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone gebracht.

Die Ausweisungen des Jahres 1947 aus Polen betrafen vor allem die Insassen der Lager, die meist aus Kranken und Nichtarbeitsfähigen bestanden, während die arbeitsfähigen Deutschen zwar auch in Lagern registriert waren, in der Regel sich aber nicht dort aufhielten, sondern an polnische Bauern oder Unternehmer zur Zwangsarbeit vermietet worden waren.

Da man die Arbeitsfähigen noch dabehielt, kam es bei diesen Ausweisungen oft zur Zerreißen von Familien und zur Trennung von Müttern und Kindern. - Erst im Sommer 1949 wurde auch ein großer Teil der Arbeitsfähigen erfaßt, und die Entlassungen, die Auflösung ganzer Lager, und die Ausweisungstransporte erreichten jetzt ihren Höhepunkt, bis sie im Jahre 1950 im wesentlichen beendet waren.

Die zur Entlassung Bestimmten wurden von ihren Arbeitsstellen, die überall im Lande verteilt waren, nach den für sie zuständigen Zentrallagern befördert. Dort wurden die Entlassungen vorgenommen und die Transporte zusammengestellt. Besonders vom Lager Potulice bei Bromberg und vom Lager Sikawa bei Lodz gingen 1949 zahlreiche Transporte mit je durchschnittlich 2.000 Deutschen nach Deutschland ab.

Nach den jahrelangen schweren Leiden erschien fast allen Deutschen aus Polen die Ausweisung als eine Erlösung. Die Empfindung des Dankes und die Freude darüber, die zurückliegenden Bedrängnisse und menschenunwürdigen Lebensverhältnisse überlebt zu haben und endlich von ihnen befreit zu sein, überdeckten für einen Moment die Erkenntnis des schweren Loses, das die zwangsweise Ausweisung aus der seit Generationen bewohnten Heimat bedeu-

tete.

Schon bei den Ausweisungen in den Jahren 1947 bis 1949 ließ sich erkennen, daß den polnischen Behörden nicht mehr in gleichem Maße wie vorher an einer Aussiedlung der Deutschen gelegen war. Die Ansiedlung von Polen in den ostdeutschen Städten und Dörfern machte kaum noch Fortschritte, und es zeigte sich, daß man die frühere Bevölkerungs- und Produktionskapazität der deutschen Ostgebiete nach der Ausstoßung der deutschen Bevölkerung nicht wieder erreichen würde.

Es setzte sich deshalb immer mehr die Erkenntnis durch, daß eine weitere restlose Ausweisung der noch im Lande befindlichen Deutschen eine wirtschaftliche Schädigung Polens bedeutete, zu der man es um so weniger kommen lassen durfte, als infolge der zunehmenden Stabilisierung aller Lebensbereiche, ... die Steigerung der Produktion und die Erfüllung der Wirtschaftspläne zum obersten politischen Gebot geworden waren.

Um eine weitere Verminderung der in Polen lebenden arbeitsfähigen Bevölkerung und eine dadurch bedingte Herabsetzung der wirtschaftlichen Kapazität Polens zu verhindern, wurde nach den letzten umfassenden Ausweisungen im Jahre 1949 neue Abtransporte von Deutschen zu verhindern gesucht. Der nationalpolitische Chauvinismus, der ursprünglich zur Ausweisung aller Deutschen getrieben hatte, war zwar noch lange nicht erloschen, doch er wurde durch die kommunistischen Wirtschaftsprinzipien der Warschauer Regierung in den Hintergrund gedrängt. ...<<

Der deutsche Historiker Hans-Werner Rautenberg (1938-2009) schrieb später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x035/333-335): >>Den letzten Akt des an der ostdeutschen Bevölkerung vollzogenen Dramas stellt schließlich die Vertreibung dar, die von den meisten der Betroffenen gar nicht mehr als zusätzliches Unrecht, sondern vielmehr als Erlösung empfunden worden ist. Viele Deutsche verließen sogar "freiwillig" ihre Heimat, um weiteren Drangsalierungen und Erniedrigungen zu entgehen.

Die Vertreibung erfolgte nicht erst auf Grund der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945, sondern hatte weit eher eingesetzt. Ihr Hauptmotiv war ein rein nationalistisches: Durch die Austreibung der Deutschen sollten das neue Polen und die neue Tschechoslowakei als reine Nationalstaaten wiedererstehen. Daher sollten die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland möglichst in einem Zuge von ihrer deutschen Bevölkerung "gesäubert" und durch Neubesiedlung so rasch wie irgend möglich in den polnischen bzw. tschechoslowakischen Staat integriert werden. ...

Alle polnischer- bzw. tschechischerseits angeführten Begründungen für die Notwendigkeit dieser Maßnahmen tragen den Charakter der nachträglichen Rechtfertigungen:

1.) Die Kompensationstheorie: danach habe Polen für seine Gebietsverluste im Osten entschädigt werden müssen, da es Raum für seine Landsleute gebraucht habe, die ihrerseits vertrieben worden seien. Dieses Argument traf für die Tschechoslowakei so gut wie gar nicht zu, denn die Zahl der aus Wolhynien, Rumänien und der Karpato-Ukraine umgesiedelten Tschechen und Slowaken betrug weniger als 100.000 Menschen, während annähernd 3,5 Millionen Sudetendeutsche ihre Heimat verlassen mußten.

Allerdings wurden aus den von der Sowjetunion annektierten ostpolnischen Gebieten etwa 1,5 Millionen Polen nach Westen abgeschoben; dafür aber siedelte Polen ca. 500.000 Ukrainer und Weißrussen aus, hatte also nur etwa 1 Million Menschen neu in sein Staatsgebiet aufzunehmen.

2.) Die Theorie von der angeblichen Kollektivschuld der Deutschen. Sie besagt bis heute, daß Deutschland durch sein Verhalten in Polen und in der Tschechoslowakei während der Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg sich gegenüber diesen Völkern derart versündigt habe, daß der Verlust seiner Ostgebiete als gerechte Strafe erscheint.

3.) Für die polnische Argumentation gilt zudem noch die Theorie von der ethnischen Zugehö-

rigkeit der deutschen Ostgebiete zu Polen. Danach habe es sich um ursprünglich "urpolnisches" Land gehandelt, daß man nach Jahrhunderten rücksichtsloser Germanisierung dem Mutterland "wiedergewonnen" habe. Schon 1945 habe es nämlich in diesen Gebieten Millionen Menschen polnischer Gesinnung gegeben; damit seien die Ansprüche Polens auf diese Gebiete hinreichend begründet.

4.) Einige Zeit wurde die These aufgestellt, die Vertreibung der Deutschen stelle eine logische, wenn auch gewaltsam beschleunigte Konsequenz der seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu beobachtenden Abwanderung deutscher Bevölkerung aus Ostmitteleuropa nach Westdeutschland dar, während Polen und Tschechen natürlicherweise in die von Deutschen verlassenen Räume nachgerückt seien. Die Vertreibung habe insofern nur das zeitlich vorweggenommen, was in 50 bis 100 Jahren ohnehin erfolgt wäre. ...

5.) Schließlich wird die Ausweisung der Deutschen - besonders von tschechischer Seite - mit dem Argument gerechtfertigt, daß man sich ein für allemal einer potentiellen Irredenta (einer politischen Bewegung, die den staatlichen Anschluß abgetrennter Gebiete an das Mutterland erstrebt) habe entledigen und deshalb die Nationalitäten "entflechten" müssen.

Tatsächlich aber handelte es sich bei der Vertreibung der Deutschen, wie sie zuerst von exiltschechischer Seite schon im Winter 1941/42 gefordert und im Laufe des Krieges von den alliierten Mächten akzeptiert wurde, nach den treffenden Worten von Gotthold Rhode "nur (um) die übersteigerte Fortsetzung der Vertreibung aus nationaler Intoleranz und der Nationalstaatsidee, wobei (wie im Falle der Tschechoslowakei) historische Grenzen, die nie nationale Grenzen gewesen waren, oder rein machtmäßig festgesetzte Grenzen wie die Oder-Neiße-Linie (im Falle Polens) in Zukunft nationale Scheidelinien bilden sollten."

Polnische und tschechische Kommunisten haben sich im übrigen die Forderungen der von ihnen ansonsten bekämpften Nationalisten sogleich zu eigen gemacht, als sie die Regierungsgewalt in den ihrer Verwaltung übergebenen Gebieten übernahmen. Daß Stalin der Vertreibung der Deutschen zustimmte, während die Sowjetunion sonst keine Bevölkerungsgruppen - man denke an die Krimtataren und an die Wolgadeutschen - aus ihrem Machtbereich entließ, findet seine einzig überzeugende Erklärung in der Erwartung, die "Millionen bettelarmer Vertriebener, die nach Mittel- und Westdeutschland einströmten, würden dort ein solches Element der Unruhe und Unzufriedenheit darstellen, daß über sie die Sowjetisierung ganz Deutschlands erreicht werden könne" (Rhode). ...

Die Vertreibung war und bleibt ein Unrecht, dem mehr als zwei Millionen Menschen auf deutscher Seite zum Opfer fielen. Mit Flucht und Vertreibung, die alles andere als in "geordneter und humaner Weise" vor sich ging, wie sie das Potsdamer Abkommen vorgesehen und angeordnet hatte, ging rund ein Viertel des deutschen Reichsgebiets von 1937 verloren. Von den etwa 16 Millionen Deutschen im Osten - wobei die Rußlanddeutschen nicht mitgerechnet sind - ist dabei mehr als ein Fünftel ums Leben gekommen; das ist ein Mehrfaches der Kriegsverluste der übrigen deutschen Bevölkerung.

Stalins Hoffnung, mit Hilfe der deutschen Vertriebenen ganz Deutschland revolutionieren zu können, hat sich bekanntlich nicht erfüllt, und auch die vermeintlichen Nutznießer der "nationalen Entflechtung" durch Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat, die Tschechen und Polen, können sich allen offiziellen Beteuerungen zum Trotz kaum glücklich schätzen. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x028/33,36-37, x309/88):

>>Die westlichen Alliierten waren auf die Ausweisung von 2 bis 4 Millionen Reichsdeutschen vorbereitet, niemals aber auf die Vertreibung von über 9 Millionen aus Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg und ganz Schlesien. Der entscheidende Fehler lag also darin, daß das Prinzip der Bevölkerungsumsiedlung zu weit ausgedehnt wurde. Damit war nicht mehr

die Rede von der notwendigen Umsiedlung deutscher Minderheiten dorthin, woher sie gekommen waren, wie es bei den Befürwortern der Umsiedlung oft hieß.

Die Deutschen in Ostpreußen stellten in keiner Beziehung eine Minderheit dar, und ihre Vorfahren lebten schon Jahrhunderte in Ostpreußen, ehe die Engländer Nordamerika kolonisierten. Der Vorschlag, die Ostpreußen sollten an den Rhein zurückgeschickt werden, hätte eigentlich für Roosevelt und Eden so unsinnig klingen müssen wie der absurde Vorschlag, die Amerikaner wieder nach Großbritannien oder die Briten nach Dänemark und Niedersachsen zurückzuschicken. ...<<

>>... Wenn es auch zutrifft, daß die westlichen Alliierten an eine ganz andere, die Betroffenen möglichst schonende Art der Ausweisung gedacht hatten, so spielte doch der Wunsch eine Rolle, die Deutschen für das Elend, das sie mit dem Krieg über die Welt gebracht hatten, kollektiv zu bestrafen. Man war bereit, die Entfernung von Millionen Deutschen aus dem Osten zu gestatten und einen Teil des Landes den Polen und Tschechen als Entschädigung für ihre Leiden unter nationalsozialistischer Besatzung anzubieten.

... Als sich der europäische Konflikt zum "totalen Krieg" auswuchs, wurde der deutsche Feind immer mehr mit Hitler identifiziert, die Rache über das ganze deutsche Volk heraufbeschworen. Phantasievolle Vorstellungen, etwa, daß Militarismus und Nihilismus (völlige Verneinung aller Normen und Werte) dem deutschen Wesen angeboren seien, tauchten auf und wurden von Persönlichkeiten der entscheidenden Gremien sogar übernommen. ...

So entwickelte sich aus dem natürlichen Haß gegen den Feind eine intensive und alles beherrschende Germanophobie, die keinen Unterschied zwischen Nationalsozialisten und Nicht-Nationalsozialisten in Deutschland machte, keinen zwischen den Schuldigen und Schuldlosen. Die Umsiedlung von Millionen Deutschen als Form kollektiver Bestrafung schien in der Stimmung des totalen Krieges durchaus berechtigt.

Hitler selbst hatte bereits mehrere Beispiele gegeben, wie z.B. die Deportierung von ca. 100.000 Elsässern nach Vichy-Frankreich und von mehr als einer Million Polen aus den annektierten Woiwodschaften Posen und Pommerellen in das sogenannte "Generalgouvernement Polen". ...

Der deutsche "Drang nach Osten", der jahrhundertlang von Deutschlands östlichen Nachbarn teils gefördert, teils bekämpft wurde, wich dem wiederauflebenden alten slawischen "Drang nach Westen", der jetzt von der siegreichen Roten Armee unterstützt und manchmal von den westlichen Mächten gutgeheißen wurde.

Natürlich stand für die Vereinigten Staaten und Großbritannien kein historisches Interesse auf dem Spiel, als sie den Stoß der Slawen nach Westen förderten. Es war nur die unbeschreibliche Unmenschlichkeit von Hitlers Regime, die Roosevelt und Churchill moralisch stumpf machte gegen das, was Millionen Deutschen im Osten zustoßen sollte.

Der Geruch von Bergen-Belsen und Buchenwald lag in der Luft, und viele westliche Politiker waren von dem Gefühl beherrscht, die Deutschen hätten bei weitem noch nicht genug gelitten, obwohl Deutschland in Trümmern lag und 4,3 Millionen deutsche Soldaten gefallen waren (die USA hatten 229.000 Mann Verluste): Die Deutschen konnten das unendliche Leiden, das durch eine unglückselige Politik verursacht wurde, nicht wiedergutmachen. ...<<

>>... Der Zweite Weltkrieg gab den Anlaß und die Möglichkeit der Vertreibung, war aber nicht ihre Ursache. Wesentliche Ursachen dieses weltweit beispiellosen Geschehens waren vielmehr bewußte, vielfach von langer Hand herbeigeführte politische Entscheidungen.

Dies belegen Dokumente und offene Bekenntnisse der verantwortlichen tschechischen, polnischen und sowjetischen Politiker. Zu den weiteren Ursachen gehören die geopolitischen Ambitionen Stalins und der Wille der Westalliierten, Deutschland nachhaltig zu schwächen. Entsprechende Bestrebungen tschechischer und polnischer Politiker reichen nachweislich viele Jahrzehnte vor den Beginn des Zweiten Weltkriegs und die Machtergreifung Hitlers zurück.

Somit darf die Vertreibung nicht allein aus der Perspektive des 1. September 1939 betrachtet werden. Auch der dynamische slawische Nationalismus des 19. Jahrhunderts und die Beschlüsse der Verträge von Versailles, St. Germain und Trianon von 1919 müssen als Ursachen mitberücksichtigt werden.<<

Der deutsche Historiker Günther Stökl (1916-1998) schrieb später in seinem Buch "Osteuropa und die Deutschen" über die Vertreibungsgründe in Ost-Mitteleuropa (x035/331-332): >>Dort, wo Hitler den Krieg begonnen hatte, waren ... die Folgen der Niederlage am verheerendsten. Denn hier traf der Verlust die Substanz, hier mußten Gebiete aufgegeben werden, deren Zugehörigkeit zu Deutschland noch am Ende des Ersten Weltkrieges von den Siegern nicht angezweifelt worden war.

Gewiß war dies auch Vergeltung, und gewiß waren von den polnischen Politikern schon während des Krieges Annexionen an der Westgrenze erwogen worden: das historische Argument, Schlesien sei einst im Mittelalter ein polnisches Land und Pommern zumindest ein slawisches Land gewesen, war ja immer zur Hand. Aber das Ausmaß der Annexion wird nicht allein durch polnische Vergeltungssucht und historisch verbrämte Landgier erklärt, sondern vor allem durch das politische Interesse der Sowjetunion.

Diese ergriff die Gelegenheit, ihrerseits historische Ziele zu erreichen, die Konzessionen des Friedens von Riga aufzuheben und Ostpolen bis zur Curzon-Linie zu annektieren. Die weißrussische und ukrainische Bevölkerungsmehrheit sollte mit der Weißrussischen und der Ukrainischen Sowjetrepublik "wiedervereinigt", die mehrere Millionen zählende polnische Minderheit sollte über die Curzon-Linie nach Westen abgeschoben werden. Die Polen, immerhin Befreite und Verbündete, waren auf Kompensationen im Westen verwiesen. ...<<

Der deutsche Historiker Martin Broszat (1926-1989) schrieb später über die Hintergründe der Vertreibung (x025/115): >>Was zunächst vordergründig als rigorose Neuordnung des nationalen Verhältnisses erschien, ... war im Grunde weniger ein Akt souveräner polnischer Politik als ein Akt übergeordneter großräumiger sowjetischer Strategie in der östlichen Hälfte Europas.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil erläuterte später einige Gründe, warum die Deutschen ihre Siedlungsgebiete in Ost-Mitteleuropa verlassen mußten (x025/184, x160/8): >>1945 war dann das Jahr der Ernte, die Sternstunde des polnischen Nationalismus. Die Planeten standen so günstig wie seit Jahrhunderten nicht mehr: Die Konjunktion der anglo-amerikanischen Bestrafungstheologie mit der sowjetischen Hegemonialstrategie am Ende der "unvermeidlichen deutschen Katastrophe" brachte den Spielern den erhofften "höchsten Gewinn", die größte Expansion des polnischen Siedlungsgebietes in der Geschichte; obendrein konnte sich der historische polnische Chauvinismus im Gewand der Kompensations- und Kollektivschuldtheorie in fashionablen westlichen Gesellschaftskreisen sehen lassen.

Und es bestätigte sich wieder einmal die Erfahrung, daß Propaganda weniger von der Kraft ihrer Argumente als von der Unwissenheit ihrer Adressaten lebt. ...<<

>>... Die offizielle Propaganda freilich hat die polnischen Annexionen und Vertreibungen als reine Reaktion auf Hitler dargestellt und wurde sogar von etlichen westlichen Historikern ungeprüft übernommen.

Zutreffend schreibt dagegen der unvergessene Prof. Andreas Hillgruber, einer der Großen der bundesdeutschen Geschichtsschreibung: "Die Komplexität des Geschehens wurde auf unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der Hitlerschen Expansionspolitik ... interpretiert, ohne daß die davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte viel untersucht wurden. Dabei war das gegnerische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalistische Herausforderung; es entsprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege nur zum Durchbruch kamen."

Im Zuge einer verstärkten Rückbesinnung auf die Menschenrechte hat man in den Vereinigten Staaten, in Australien und in Neuseeland neuerdings damit begonnen, die Geschichtsbücher von zweifelhaften Pionierlegenden zu befreien und den fürchterlich dezimierten Indianern, Aborigines und Maoris moralische Rehabilitierung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen – obwohl kein Weißer daran denkt, wieder in die alte Welt nach Europa zurückzukehren.

Warum sollte es nicht auch in Europa möglich sein, eine legendenfreie Geschichte im Geist der Menschenrechte und der historischen Wahrhaftigkeit zu schreiben? ...<<

Ludwig Martin (1909-2010, Generalbundesanwalt a.D., Ehrenvorsitzender der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e.V.) bemerkte später im Vorwort des Buches "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" (x025/I-V): >>... Geschichtliche Wahrheit ist nicht teilbar: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zumal solche, die den Umfang und das Gewicht eines Völkermordes annehmen, bleiben Verbrechen, gleichviel, von wem sie begangen werden und wer die Verantwortung dafür zu tragen hat.

Es geht nicht an, die marxistisch-leninistische Unterscheidung zwischen "gerechten" und "ungerechten" Kriegen auf die im Krieg, bei Kriegsende und nach dem Krieg an der Zivilbevölkerung begangenen Verbrechen zu übertragen und je nach der Zuordnung der Tätergruppe zu einem "sozialistischen" oder "imperialistischen" Regime zwischen verdammenswerten und entschuldbaren Menschenrechtsverletzungen zu differenzieren.

Die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart ist voll von Beispielen, daß auch in unserer hochentwickelten Zivilisation unter bestimmten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen Menschen jedweder Herkunft, Rasse und Nationalität zu Untaten fähig sind, die sie unter normalen Verhältnissen nie begehen würden. Man denke nur an die Völkermorde in Kambodscha und Afghanistan und an die Massaker im Libanon ...

Vor Jahren stellte ich in Jerusalem einem angesehenen jüdischen Juristen und Publizisten die Frage, ob er glaube, daß zu der Massenvernichtung im "Dritten Reich" nur Deutsche fähig gewesen seien, oder ob er es für denkbar halte, daß Gleiches unter der Zwangsherrschaft eines "Hitler" und den dadurch geschaffenen politischen und massenpsychologischen Bedingungen auch in anderen Ländern hätte geschehen können. Nach kurzer Besinnung bejahte der Gefragte das letztere.

Gleichwohl mag man es hinnehmen und sogar als Gebot der Gerechtigkeit ansehen, daß das deutsche Volk während der im "Dritten Reich" von Deutschen an Juden, Angehörigen anderer Minderheiten und politischen und weltanschaulichen Gegnern begangenen Massenmorde auch nach fast vier Jahrzehnten immer und immer wieder auf die Anklagebank gesetzt und verurteilt wird.

Schwer verständlich und durch nichts zu rechtfertigen ist es aber, daß die im Krieg und vor allem bei Kriegsende und nach dem Krieg von fremden Truppen, Widerstandskämpfern und fanatisiertem Mob an Millionen Deutschen verübten Morde und sonstigen Gewaltverbrechen auch heute noch totgeschwiegen und geleugnet oder mit dem Hinweis entschuldigt werden, daß "die Deutschen" es angesichts der auf ihnen lastenden Blutschuld nicht anders verdient hätten. ...

1. Opfer der "Vertreibungsverbrechen" waren nicht nur NS-Funktionäre, Parteigenossen und ihre Sympathisanten, sondern die Deutschen schlechthin, weil man sie mit den Nazis identifizierte und zu Untermenschen bzw. Nicht-Menschen abqualifizierte, wie etwa Ilja Ehrenburg. Damit erklärte man sie in ähnlicher Weise für vogelfrei, wie dies die Nazis hinsichtlich der Juden getan hatten.

Bei der Verbrechenshäufung handelte es sich nicht um das zufällige Ineinanderlaufen unzähliger Einzelaktionen blindwütig gewordener Soldaten oder Zivilisten, sondern um ein von führenden Kreisen der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten – mit Billigung der USA

und Großbritannien – "wohlvorbereitetes System zur Dezimierung und Vertreibung der Deutschen" aus den Ostgebieten, um "eine neuartige Form staatlich gelenkter Liquidationspolitik" (Zitat des Autors aus Jürgen Thorwald: Die große Flucht, München/Zürich 1979. Seite 91), um die gewollte Folge der von höchsten Stellen ausgegebenen Appelle an Haß, Rachsucht und Tötungsinstinkte. ...

Sehr zu Recht stellt der englische Philosoph Bertrand Russell die Frage, ob Massenvertreibungen nur dann Verbrechen seien, wenn sie "von unseren Feinden während des Krieges vorgenommen werden", dagegen gerechte Mittel für die gesellschaftliche Neuordnung, wenn "unsere Verbündeten sie in Friedenszeiten durchführen". ...

Eine schonungslose Offenlegung finsterner Kapitel der Menschheitsgeschichte ohne Rücksicht auf die Nationalität der für diese Tragödien Verantwortlichen ist ein Gebot der Wahrheit und der Gerechtigkeit; sie allein kann Grundlage gegenseitigen Verzeihens und echter Verständigung sein. Man kann nicht, wie es in Nürnberg geschehen ist, Deutsche durch die Repräsentanten von Mächten aburteilen lassen, die selbst gleiche Verbrechen angeordnet oder geduldet haben, wie sie dem deutschen Volke vorgeworfen werden.

Es verstieße gegen seine Würde und sein Selbstverständnis, wenn sich das deutsche Volk widerspruchslos auf Generationen hinaus mit der ihm zugedachten Bűßerrolle abfinden und zu all dem schweigen würde, was ihm von den Siegern an Furchtbarem angetan worden ist. Eine Besinnung hierauf - fernab von Rache- und Vergeltungsgefühlen - schulden wir Deutschen auch den Millionen der unschuldigen Opfer der Vertreibungsverbrechen, die stellvertretend für das deutsche Volk Unsägliches erduldet haben. ...

Der tschechische Staatspräsident Eduard Benesch soll die Vernichtung der sudetendeutschen Volksgruppe nach dem Krieg mit den Worten begründet haben: "Unsere Deutschen ... haben den Staat verraten, die Demokratie verraten, uns verraten, die Menschlichkeit verraten und die Menschheit verraten. ...

In Abwandlung dieser Anklage kann man die von sowjetrussischen Soldaten, von Polen, Tschechen und Jugoslawen gegenüber Deutschen begangenen Vertreibungsverbrechen mit dem Satz überschreiben. Die Initiatoren und Täter dieser Verbrechen haben die Menschlichkeit und die Menschheit verraten.

Das muß vor der Geschichte klargestellt werden.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch ("Nicht Rache, nicht Vergeltung ...") über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x024/13-14):

>>Die Solidarität, das Mitgefühl mit den Opfern der Vertreibung, den Toten, den Verletzten, den Entehrten, den Folgegeschädigten ist heute unter uns Deutschen gering oder so gut wie nicht mehr vorhanden. ... Aber die vielen Opfer dieser grausamen Zeit von Flucht und Vertreibung dürfen nicht vergessen werden - ebenso wie alle anderen Opfer des Krieges.

Wenn ihr Tod, ihr Leiden einen Sinn erhalten und behalten soll, dann muß die Erinnerung daran Ansporn zu Verständigung und Versöhnung, zur Bewahrung und zum Bau eines wirklichen Friedens sein. Die Erinnerung an das Vergangene soll zwischen den Völkern nicht alte Narben und Wunden aufreißen. Aber die wirkliche Geschichte, die Wahrheit muß genannt werden. ...

Gerade heute, da nunmehr im Osten und bei uns neue Generationen herangewachsen sind, die vieles, was die Älteren erleben mußten, gar nicht mehr wissen und begreifen können, ist eine saubere, faire Aufarbeitung dieser zeitgeschichtlichen Abläufe auch zur Beurteilung politischer Vorgänge der Gegenwart erforderlich. ...<<

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schrieb später über die letzten Umsiedlungen der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/102-103): >>... Im Februar 1946 ... begann der große Abtransport der Deutschen aus Polen. Sie

kamen in die britische und die sowjetische Zone.

Die Aktion wurde mehrmals unterbrochen, weil die Transportmittel nicht ausreichten, weil die Deutschen als Arbeitskraft in der Erntezeit gebraucht wurden, weil die Behörden in beiden Zonen sich gegen die Aufnahme kranker und arbeitsunfähiger Menschen sperrten, weil die Transporte – besonders im Winter 1946/47 – unzureichend versorgt waren, was in einigen Zügen zu Dutzenden von Todesfällen führte.

Im Spätherbst verebbte die große Welle der Zwangsumsiedlung. In den kommenden Jahren stellte sich viel öfter das umgekehrte Problem: Viele (besonders Frauen, deren Männer im Westen waren) wollten gehen, der Staat ließ sie nicht oder ließ sich zumindest lange bitten.

Für die 1948 bis 1950 vorgenommenen, zahlenmäßig geringen Umsiedlungen, deren Summe nur einen Bruchteil jener von 1946 bis 1947 erreichte (erfaßt wurden knapp 140.000 Personen), wäre schon der Begriff der Zwangsaussiedlung, geschweige denn der Vertreibung, irreführend. Bereits in diesen Jahren dürfte die Zahl der freiwillig Ausreisenden – die in Polen schlicht nicht bleiben wollten – größer gewesen sein als der der Ausgesiedelten. ...

Blickt man auf den gesamten Zeitraum von 1945 bis 1950 zurück, in dem etwa 3,5 Millionen Deutsche Polen verlassen mußten, fallen vor allem drei Umstände auf. Erstens die extrem unterschiedlichen Lebensbedingungen der Deutschen: Das meiste Leid erlitten jene, die in die Lager kamen (wobei die Unterschiede zwischen den einzelnen Lagern ebenfalls beachtlich waren). Unter den weniger als 200.000 Toten unter polnischer Herrschaft dürften gerade die Lagerinsassen die Mehrheit ausgemacht haben.

Die meisten verloren nach und nach den ganzen oder fast den ganzen Besitz. Zehntausende leisteten innerhalb und außerhalb der Lager Zwangsarbeit, ebenfalls unter unterschiedlichen Bedingungen. Zehntausende arbeiteten in polnischen Betrieben, ohne Zwangsarbeiter zu sein, ein Teil davon als unentbehrliche Fachleute, die vor dem polizeilichen Zugriff offiziell geschützt und entsprechend entlohnt wurden. ...<<

In Augsburg traf am 15. Februar 1946 ein tschechischer Vertreibungstransport aus Freudenthal ein. Unter den 595 Personen waren nur 50 arbeitsfähige Männer (x004/120).

Der Ausschuß für das deutsche Flüchtlingswesen forderte die US-Militärregierung am 15. Februar 1946 auf, Transporte, die gegen die Vereinbarungen vom 8./9. Januar 1946 verstießen, nicht zu übernehmen (x004/120): >>Nach übereinstimmenden Mitteilungen ist bei fast jedem Flüchtlingstransport festzustellen, daß die abtransportierten Familien auseinandergerissen und die arbeitsfähigen Männer in der Tschechoslowakei zurückgehalten werden. ...<<

Die ostdeutschen Landsmannschaften und die "Notgemeinschaft der Ostdeutschen" gründeten am 15. Februar 1946 in Hamburg die "Arbeitsgemeinschaft deutscher Flüchtlinge e.V."

Walter Müller-Bringmann berichtete am 15. Februar 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/35): >>In Göttingen ist ein evangelisches Hilfskrankenhaus auf dem sog. "Rohns" eingerichtet worden, das zunächst nur von Friedland belegt werden darf. In dieses ehemalige Restaurant läßt der Lagerarzt diejenigen einweisen, ... deren Kraft am Ende ist oder die der Todeshauch bereits streifte.

Bis zum 15. Februar 1946 starben von 508 aus Friedland eingelieferten Personen 99 Frauen und Männer. ... Dazu kommen viele Tote in den anderen Göttinger Krankenanstalten und Heimatkliniken. Das große Sterben hat immer noch nicht aufgehört. ...<<

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland betrug die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. Februar 1946 (x111/137): >>Nach Frankreich 260.000 t, nach Belgien 185.000 t, in die Niederlande 129.000 t, nach Dänemark 129.000 t, nach Norwegen 60.000 t und nach Luxemburg 96.000 t.<<

Der Berliner Oberbürgermeister Arthur Werner rief 16. Februar 1946 die Bevölkerung zur Selbsthilfe auf (x111/137): >>... Kein Quadratmeter landwirtschaftlich oder gärtnerisch nutzbaren Landes darf brach liegenbleiben!<<

In Würzburg kam am 16. Februar 1946 ein tschechischer Vertreibungstransport aus Marienbad an. Unter den 1.295 Personen waren nur 70 arbeitsfähige Männer (x004/120).

In Bayreuth traf am 17. Februar 1946 ein tschechischer Vertreibungstransport aus Mährisch Gronau ein. Unter den 1.200 Personen waren nur 80 arbeitsfähige Männer (x004/120).

Der deutsche Schriftsteller Wolfgang Langhoff berichtete am 18. Februar 1946 über die damaligen Lebensverhältnisse in Düsseldorf (x111/138): >>... Verschiedene Kinos lassen alte deutsche Filme laufen; Cafés und kleine Restaurants sind zwischen den Ruinen eröffnet.

Auf den Straßen wimmelt es von Menschen, die ihrem Beruf nachgehen, alle mit etwas bleichen und verschlossenen Gesichtern und ziemlich reduzierter Kleidung, aber keine Lumpen. ... Es sieht alles ein wenig nach verschämter Armut aus ...

In ganz zerfallenen Häusern haben sich einige Zimmer oder Etagen erhalten, die bewohnt sind. Ofenrohre ragen wie Kanonen aus leeren Fensterhöhlen und verraten durch den Rauch, daß in dieser Trümmerstätte Menschen hausen. ...

Die Autofahrer beschwerten sich oft, daß tollkühne Stummelsucher sich mitten auf die Fahrbahn stürzen, wenn aus einem Militärwagen so ein Stummel (Zigarettenstummel) fliegt.<<

Das "Schweizer Hilfswerk" verteilte am 19. Februar 1946 im Saarland erstmalig Speisen an hungernde Schulkinder.

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 19. Februar 1946 einen Runderlaß betreffend Maßnahmen gegen die Verwüstungen von Arbeitsstätten innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete (x003/113): >>Es kommen zahlreiche Fälle vor, daß Ansiedler (vorwiegend Umsiedler aus Zentralpolen) nach kurzem Aufenthalt in den Wiedergewonnenen Gebieten an ihre alten Wohnorte zurückkehren, willkürlich die ihnen zur Benutzung überlassenen Wohnungen, landwirtschaftlichen Höfe und Werkstätten verlassen und dabei das übernommene oder ohne Schutz zurückgelassene staatliche Vermögen verwüsten, wegführen oder veräußern.

Wie in zahlreichen Fällen festgestellt wurde, kommt ein gewisser Teil der ... Ansiedler schon mit dieser Absicht in die Wiedergewonnenen Gebiete in der Hoffnung, straflos auszugehen.

Um solche Fälle in Zukunft zu unterbinden, ordne ich folgendes an:

Die Ansiedlungsorgane sind verpflichtet, solche Fälle aufzudecken und sie unverzüglich den Delegaten der Sonderkommission zur Bekämpfung von Mißständen und Schädigungen der Wirtschaft oder der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. ...

Um derart schädlichen Vorfällen erfolgreich entgegenzuwirken, sind die Wojewodschafts- und Kreis-Bodenämter, die lokalen Organe der Vorläufigen Staatlichen Verwaltung sowie andere Behörden und Amtsstellen zur Beteiligung an dieser Aktion heranzuziehen. ...<<

Am 19. Februar 1946 wurde der Ausweisungsbescheid für die Sudetendeutschen in Radschen, Kreis Kaplitz, verkündet (x004/337): >>... Sie sind zum Transfer in Ihre Heimat (d.h. heim ins Reich) bestimmt worden und werden am 21.02.46 um 10 Uhr in die Sammelstelle in Kaplitz abtransportiert.

Zum Mitnehmen sind: 2 Decken, 4 Wäschegarnituren, 2 gute Arbeitsanzüge, 2 Paar gute Arbeitsschuhe, 1 guter Arbeitsmantel, 1 Eßschale, 1 Tasse und ein Eßbesteck, 2 Handtücher und Seife, Nähzeug, Lebensmittelkarten und die amtlichen Personalausweise und Dokumente.

... Alle ihre Sachen dürfen das Gesamtgewicht von 50 kg pro Person nicht überschreiten.

Sämtlicher Schmuck, Wertgegenstände, Geld und Einlagebücher schreiben sie auf und geben sie in einem Sack, mit ihrem Namen und der Anschrift, an dem Ort der Zusammenkunft ab.

Bei dem Verlassen Ihrer Wohnung sind sie verpflichtet, alle Eingänge zu den Wohnungs- oder Betriebsräumen zuzusperren, die Schlüssel mit einem Kartonschild mit Ihrem Namen und Anschrift zu versehen und am Ort der Zusammenkunft abzugeben.

Die Schlüssellöcher müssen mit dem beigelegten Papierstreifen überklebt werden, so daß die Türen ohne Beschädigung der Streifen nicht geöffnet werden können. Auf den Streifen unter-

schreibt ... der Haushaltsvorstand eigenhändig.

Es wird dringendst darauf hingewiesen, daß nichts von ihrem Eigentum verkauft, verschenkt, geborgt oder sonstwie veräußert werden darf.

Die Nichtbefolgung dieser Anordnung wird bestraft.

ACHTUNG! Dieser Brief ist zur Sammelstelle nach Kaplitz mitzubringen.<<

Die österreichische Schriftstellerin Ilse Tielsch (1929-2023, in Auspitz/Sudetenland geboren) schrieb später über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x035/304-306): >>... Sie liefen, rannten, packten die unsinnigsten Dinge zusammen, rafften Wäsche aus Schubladen, schnürten sie zu Bündeln, ließen Wichtiges liegen, steckten Unwichtiges in Rucksäcke, Koffer, Handtaschen, dachten nicht daran, daß sie ein zweites Paar Schuhe, eine wärmere Jacke, ein Kopfkissen für die Kinder brauchen würden, waren verwirrt, fassungslos, zu Tode erschrocken, stopften Kochtöpfe in Kinderwagen, konnten es nicht fassen, nicht glauben, nicht begreifen, dachten, sie gingen nur für kurze Zeit, würden zurückkehren, einen Teil des Zurückgelassenen wiederfinden, versteckten Schmuckstücke hinter Dachsparren, wickelten Kleinkinder in Decken, banden ihnen Kopftücher um die kleinen Köpfe, fanden keine Zeit zu trösten, Tränen zu trocknen, standen auf der Straße, liefen wieder zurück, doch noch ein Schmuckstück, ein Dokument, ein Fläschchen Milch für das kleinste Kind zu holen, steckten ein Stück Brot in die Tasche, sperren Häuser und Wohnungen ab oder ließen die Türen offenstehen.

Manche von ihnen fing man auf der Straße ein, jagte sie zu den anderen, die man schon zusammengetrieben hatte, erlaubte ihnen nicht, noch einen Mantel, ein Tuch, eine warme Decke zu holen, nach ihren Angehörigen zu suchen.

Man trieb sie wie Vieh über die Straßen, der Grenze entgegen, die Alten und Schwachen brachen unterwegs zusammen, kreppten wie Tiere, wurden später verscharrt oder auf Haufen geworfen, mit Benzin übergossen, angezündet und verbrannt.

In den Dörfern setzte man Fremde in die Bauernhöfe, ließ die ehemaligen Besitzer die Arbeit von Knechten verrichten, solange man sie brauchte, steckte sie dann in Lager, pferchte sie in Ställe, man schleppte sie in Keller, folterte sie, quälte und erniedrigte sie auf jede nur denkbare Weise, man ließ sie auf den Knien über Glasscherben kriechen, man schlug sie wie Ungeziefer tot, ertränkte sie in Löschteichen, kennzeichnete jene, die am Leben bleiben durften, mit weißen Armbinden, auf die ein schwarzes N gedruckt war, N, das hieß Nemeč, also Deutscher, es war das Letzte, das Niedrigste, was man sein konnte.

Manchen gelang die Flucht aus Lagern, Gefängnissen, sie krochen wie Tiere über die Grenzen, manche nahmen sich das Leben, manche banden Alte und Kinder an sich fest und sprangen in Flüsse, das Wasser riß die Menschenbündel mit sich fort, spülte sie irgendwo an Land, wo sie liegenblieben, bis sich einer erbarmte und sie begrub.

Andere brachte man später zu Bahnhöfen, stopfte sie in Güterwaggons oder in offene Kohlewaggons, in denen sie aneinandergesprengelt standen, schob sie über die Grenzen nach Österreich oder gleich nach Deutschland ab, "heim ins Reich", sagte man ihnen, das hätten sie immer gewollt, dort gehörten sie hin.

Aber auch einzelne, in kleinen, elenden Gruppen, zogen sie über die Straßen, winzige Reste ihrer Habe in Bündeln, Rucksäcken, Koffern tragend, auf klapprigen Wägelchen hinter sich herziehend, in Kinderwagen gestopft.

Manchen von ihnen hatte ein barmherziger Nachbar, ein Freund, zu gehen geraten, ehe die anderen, die vielen gingen, zum Gehen gezwungen würden. Oft war es eine gute Tat, ein Freundesdienst, eine Hilfe in der Not gewesen, die jetzt durch einen guten Rat, durch die heimliche Aufforderung zum raschen Weggehen vergolten wurde.

Sie schlepten sich über die Grenzen, hockten, lagerten auf den Feldern, wußten nicht, wohin sie sich wenden sollten, sahen von weitem aus wie traurige Riesenvögel, zogen dann weiter,

bettelten um Unterkünfte, um ein Nachtlager im Stroh, in einer Scheune, in einem leerstehenden Stall, in irgendwelchen Winkeln, die vor dem Regen, vor der Kälte der Nächte schützen konnten.

Sie arbeiteten für einige Kartoffeln auf fremden Feldern, viele trugen ihre unterwegs verstorbenen Säuglinge, Kleinkinder mit, um sie auf fremden Dorffriedhöfen zu begraben, ... viele brachten ihre alten, halbtoten Eltern nur noch zum Sterben jenseits der Grenzen mit. Unzählige verreckten an Typhus, an der Ruhr, die sie dann auch in die Grenzgebiete einschleppten.

Tragödien, wie sie sich im Laufe der Jahrhunderte immer wieder, in vielen grausamen Varianten ereignet haben? Diesmal war es anders, diesmal war es mehr. Zwei Völker verschiedener Muttersprache hatten sehr lange Zeit hindurch in einem Land gelebt, das beiden Heimat gewesen war. Nun hatte ein Volk das andere aus dieser gemeinsamen Heimat verjagt, entschlossen, es für immer daraus zu verstoßen.

Diesmal bestand keine Möglichkeit mehr, nach überstandenen Kriegsgreueln, nach überwundenen Schrecken, gemeinsam mit- oder wenigstens nebeneinander das verwüstete Land in Ordnung zu bringen, die Häuser neu aufzubauen, die Toten zu begraben, eine neue Ordnung zu schaffen. ...<<

Im Rahmen der sog. "Operation Schwalbe" wurden am 20. Februar 1946 die ersten Vertriebenen in die britische Zone verfrachtet.

Bis Mitte 1947 transportierte man rund 1.360.000 deutsche Heimatlose mit Güterzügen in den Westen (x039/230).

Der 15jährige Kurt N. berichtete am 20. Februar 1946 über die Haftbedingungen im sowjetischen Internierungslager Ketschendorf bei Fürstenwalde (x126/61-63): >>... Bevor man mich am 20. Februar ins Lazarett schleppte, verabschiedete ich mich von einem Kölziger Kumpel, als sähen wir uns zum letzten Mal – mit Gruß nach Hause, falls er durchkommen sollte, und der Übergabe meiner Habseligkeiten. ...

In meinem Krankenzimmer sah ich fast nur Eiternde. Im Raum standen aus Holz gezimmerte schmale Pritschen mit je einem apathisch daliegenden Kranken. Die meisten hatten offene, als Folge von Ödemen geplatzte Beine ...

Ein Sanitäter gab mir einen Platz im hinteren Teil des Raumes zwischen 2 Pritschen auf dem Fußboden. Ich überlegte trotz meiner geschundenen Psyche. ... Zuerst ... brauchte ich einen Platz auf den Pritschen, um nicht getreten zu werden. Es klingt makaber, aber meine Aufmerksamkeit galt dem rechten Nebenmann. Ich hatte genug Erfahrung, um einschätzen zu können, daß sein leises Stöhnen nicht mehr lange dauern würde. Noch war es wahrnehmbar. Ich versuchte deswegen, nach dem Dunkelwerden wach zu bleiben, um den Sanis zuvorzukommen und die Platzfrage selbst zu regeln.

Irgendwann war es dann auch so weit, daß der Kamerad neben mir ausgelitten hatte. Ich tauschte den Platz mit ihm. Der Vorzug der Pritsche konnte ihm ohnehin nichts mehr nützen.

...

Durch den Tod des Nebenmannes kam ich unverhofft zu seinem letzten Brot, das am Kopfende lag, sowie zu seinen Schuhen, weil meine eigenen mir erst bei der letzten Entlassung weggekommen waren und ich immer Angst davor hatte, nur meine selbstgebauten Pantinen an den Füßen zu tragen, wenn es einmal auf (den) Transport gehen sollte.

Ich habe oft darüber nachgedacht, ob mein Umgang mit dem toten Kameraden richtig war. Eine Antwort konnte ich mir nicht geben. Genau ein Jahr danach, im strengen Frost des Februar 1947, war es in (dem sowjetischen Internierungslager) Jamlitz normal, daß die nachts Verstorbenen morgens unbedeckt auf ihrer Pritsche lagen. So verbesserte der Tod des einen die Chancen der anderen. In Ketschendorf wußten wir, daß die Sanis Goldzähne an die Russen weitergaben und Speck dafür bekamen.

Meine nächtliche Tat blieb unbemerkt. Der Kumpel wurde hinausgetragen und ich behielt

meinen Platz, ohne daß die Sanis mitbekamen, wer nun wer war. Es ging sowieso alles namenlos zu ...<<

Am 20. Februar 1946 kamen während einer Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion im Bergwerk "Monopol Grimberg" bei Unna 418 deutsche Bergleute und 3 Briten ums Leben (x114/1.137).

Papst Pius XII. warnte am 20. Februar 1946 vor dem Vorwurf der Kollektivschuld (x268/44): >>... Es gehen verhängnisvolle Irrtümer um, die einen Menschen für schuldig und verantwortlich erklären nur deshalb, weil er Glied oder Teil irgendeiner Gemeinschaft ist, ohne daß man sich die Mühe nimmt, nachzufragen und nachzuforschen, ob bei ihm wirklich eine persönliche Tat- oder Unterlassungsschuld vorliege.<<

Dr. Kurt Schumacher traf sich am 21. Februar 1946 mit Otto Grotewohl und anderen SPD-Politikern.

Schumacher lehnte damals die Gründung der SED (Verschmelzung von SPD und KPD) entschieden ab (x156/25): >>... Eine Einigung beider Parteien ist noch nirgends in der Welt erfolgt, obwohl in anderen Ländern die traditionellen und dogmatischen Spannungen nicht so stark sind wie in Deutschland. Wäre die Einigung möglich, dann wäre sie schon anderswo vorgemacht worden. ...

Die Kommunistische Partei ist unlösbar an eine einzige der Siegermächte, und zwar an Rußland als nationalen und imperialistischen Staat und an seine außenpolitischen Ziele gebunden.

...

Die politische Lage in der Ostzone ist dauernden Veränderungen unterworfen. Nach einer relativ großen Freiheit beim Aufbau der politischen Organisation hat jetzt eine Periode eines sonst in Deutschland nicht gekannten Zwanges bei der Eroberung der Partei für die Zwecke der Besatzungsmacht eingesetzt. ...

Die Kommunistische Partei ist und bleibt eine Partei der Kader, d.h. eine Partei, die eine rücksichtslose Meinungsdictatur von oben herab verhängt und keine Abweichung duldet. Es steht außer Frage, daß die Kommunistische Partei den Schritt der Vereinigung als eine Tat der Eroberung ansieht. ...

Ich halte die Führung der KP zudem nicht für vertragstreu und bin der Ansicht, daß alle Zusicherungen, die in den vereinbarten "Grundsätzen und Zielen" enthalten sind, nur auf die Erreichung des Vereinigungszieles abgestellt sind. – Der Sozialdemokratismus einer solchen Partei würde sich nicht in seinem Inhalt und in seiner Politik ausdrücken, sondern Aushängeschild für die Realitäten einer fremden Machtpolitik sein. –

Meines Erachtens ist trotz der zahlen- und ideenmäßigen Überlegenheit der SPD das Gesetz des Handelns an die KPD bzw. an die hinter ihr stehende Macht übergegangen. ... Wenn der Zentralausschuß noch weiterhin Schwierigkeiten machen würde, könnte er damit dennoch nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Tage des "Zeitgewinns" längst vorüber sind. ...

Wir werden euren Weg verfolgen, wir werden den Weg eines jeden einzelnen von euch verfolgen. Ich hoffe, daß er uns nicht allzuweit auseinanderführt.<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) berichtete am 22. Februar 1946 aus der US-Botschaft in Moskau über die Ziele der sowjetischen Politik (x111/139): >>... Die Erfordernisse ihrer eigenen vergangenen und gegenwärtigen Position sind es, die die sowjetische Führung dazu zwingen, ein Dogma zu verkünden, nach dem die Außenwelt böse, feindselig und drohend, aber zugleich von einer schleichenden Krankheit befallen und dazu verurteilt ist, von immer stärker werdenden inneren Kräften zerrissen zu werden, bis sie schließlich von der erstarkenden Macht des Sozialismus den Gnadenstoß erhält und einer neuen besseren Welt weicht.<<

Konrad Adenauer (ab 1949 deutscher Bundeskanzler) schrieb am 23. Februar 1946 (x095/40-

41): >>... Nach meiner Meinung trägt das deutsche Volk und tragen auch die Bischöfe und der Klerus eine große Schuld an den Vorgängen in den Konzentrationslagern.

Richtig ist, daß nachher vielleicht nicht viel mehr zu machen war. Die Schuld liegt früher. Das deutsche Volk, auch Bischöfe und Klerus zum großen Teil, sind auf die nationalsozialistische Agitation eingegangen. Es hat sich fast widerstandslos, ja zum Teil mit Begeisterung ... gleichschalten lassen. Darin liegt seine Schuld.

Im übrigen hat man aber auch gewußt – wenn man auch die Vorgänge in den Lagern nicht in ihrem ganzen Ausmaße gekannt hat -, daß die persönliche Freiheit, alle Rechtsgrundsätze, mit Füßen getreten wurden, daß in den Konzentrationslagern große Grausamkeiten verübt wurden

...

Ich glaube, daß, wenn die Bischöfe alle miteinander an einem bestimmten Tage öffentlich von den Kanzeln aus dagegen Stellung genommen hätten, sie vieles hätten verhüten können. Das ist nicht geschehen und dafür gibt es keine Entschuldigung.

Wenn die Bischöfe dadurch ins Gefängnis oder in Konzentrationslager gekommen wären, so wäre das kein Schade, im Gegenteil.

Alles das ist nicht geschehen und darum schweigt man am besten. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 25. Februar 1946 über die nordamerikanisch-tschechischen Umsiedlungsverhandlungen (x124/133): >>Die Tschechen drängen nun darauf, alle Deutschen loszuwerden, die sie nicht als Arbeitsklaven gebrauchen können. Sie verlangen, daß wir zusätzliche Auffanglager errichten. ...

Wie sollen wir mit der Lawine ausgeplündelter, hilfsbedürftiger Menschen fertig werden, wenn uns nicht wenigstens Zeit bleibt, sie auf das Land zu verteilen? ...<<

Der Alliierte Kontrollrat veröffentlichte am 26. Februar 1946 Entnazifizierungsrichtlinien (x116/16-17): >>Anordnung. - Um den Einfluß des Nationalsozialismus und Militarismus in dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben völlig auszumerzen und die Entwicklung wahrer demokratischer Einrichtungen zu fördern, wird hiermit angeordnet:

1. Es ist ungesetzlich ... nationalsozialistische Parteimitglieder anzustellen oder in ihren Stellungen zu belassen, die mehr als nominell an den Tätigkeiten der NSDAP teilgenommen haben oder die dem Vorhaben der Alliierten feindlich gegenüber stehen. ...

5. Sie sollen durch solche Personen ersetzt werden, die sich durch ihre politischen oder moralischen Eigenschaften als fähig erwiesen haben, zur Entwicklung echter demokratischer Einrichtungen in Deutschland beizutragen.<<

Die "Berliner Zeitung" veröffentlichte am 27. Februar 1946 folgende Meldung der britischen Nachrichtenagentur "REUTERS" (x043/119): >>... General Koenig (französischer Oberbefehlshaber in Deutschland) erklärte, Frankreich bestehe darauf, daß, bevor die zentrale Verwaltung gebildet wird, die westlichen Grenzen Deutschlands festgelegt werden, wie es im Osten der Fall gewesen sei.

Wenn dies geschehe, werde es nicht nötig sein, seine Erzeugungskapazität zu beschränken. Die Produktion Deutschlands, insbesondere die Kohlenförderung, werde für den Wiederaufbau Deutschlands selbst und der alliierten Länder dienen, während die Produktionsüberschüsse die Bezahlung der Einfuhr fördern würden.

Das Rheinland, das im Laufe der letzten 75 Jahre der Ausgangspunkt der 3 deutschen Angriffskriege gegen Frankreich gewesen sei, müsse auf längere Zeit hinaus militärisch besetzt werden.

"Wenn das Ruhrgebiet in Zukunft nicht einer internationalen Kontrolle unterstellt wird", erklärte Koenig, wird Frankreich die restlose Zerstörung des gesamten Wirtschaftspotentials mit Ausnahme dessen fordern, was für die lebensnotwendigsten Bedürfnisse Deutschlands gebraucht wird.

Wenn das Ruhrgebiet internationalisiert wird, wünscht Frankreich die Ausnützung der gesam-

ten industriellen Möglichkeit dieses Gebietes für die Bedürfnisse Europas.<<

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 27. Februar 1946 eine Verordnung betreffend die Zusammenarbeit der militärischen und zivilen Behörden sowie der Bevölkerung zwecks Aufrechterhaltung der Sicherheit in den Wiedergewonnenen Gebieten (x003/115-116): >>Um die zivilen Behörden und die Organe der Bürgermiliz und des Sicherheitsapparates bei der ihnen anbefohlenen Aufrechterhaltung der Sicherheit des Landes zu unterstützen, hat der Minister für Nationale Verteidigung durch Befehl vom 3. Dezember 1945 allen Militäreinheiten die sofortige aktive Beteiligung bei der Bekämpfung des Bandentums und bei der Wiederherstellung normaler Sicherheitsverhältnisse innerhalb des Landes befohlen. Im Zusammenhang damit weise ich alle Bezirksbevollmächtigten der Regierung an:

1. sich sofort mit den zuständigen Kommandeuren der Wehrbezirke über die Grundsätze und Art der Zusammenarbeit bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit innerhalb der unterstellten Gebiete zu verständigen; ...
5. alle Fälle von Trunksucht unerbittlich dadurch zu bekämpfen, daß bei jedem Alkoholmißbrauch auf öffentlichen Plätzen ohne Rücksicht auf die gesellschaftliche Stellung der betreffenden Person strenge Polizei- und Verwaltungsstrafsanktionen verhängt werden, bei Personen dagegen, die eine öffentliche Stellung bekleiden, sofortige Dienstenthebung erfolgt;
6. die geheimen Brennereien sowie der Schwarzhandel und den illegalen Ausschank von Branntwein durch eine einmalige Mobilisierung aller staatlichen Vollzugsorgane sowie aller politischen und gesellschaftlichen Amtswalter endgültig auszurotten; ...
13. unabhängig davon, die Vorbereitungsarbeiten zur Organisierung der Bürgerwehr einzuleiten, welche ... ein Hilfsorgan der Bürgermiliz ist.<<

Nach amtlichen polnischen Angaben befanden sich am 28. Februar 1946 in den "Wiedergewonnenen Gebieten" erst 2.719.320 Polen, davon waren 992.000 "Autochthone", die teils auf Grund freiwilliger oder erzwungener Option als Angehörige des polnischen Volkes betrachtet wurden (x001/119E).

In Nürnberg traf am 28. Februar 1946 ein tschechischer Vertreibungstransport aus Kaplitz ein. Unter den 1.200 Personen waren nur 64 arbeitsfähige Männer (x004/120).

Das IKRK und andere Hilfsorganisationen wurden Ende Februar 1946 weiterhin daran gehindert, Hilfsgüter für deutsche Kinder und Kranke in die US-Zone zu bringen (x131/87).

Die britische Militärregierung berichtete im Februar Jahre 1946 über die katastrophale Lage in der britischen Besatzungszone (x114/1.143): >>... Während des Winters haben sich die Lebensbedingungen der Deutschen wegen Mangel an Lebensmitteln und Brennstoff verschlechtert.

Es ist vorstellbar, daß unsere Unterkünfte von einer Menge von Leuten angegriffen werden. Die Unterkünfte und Hauptquartiere werden aber nur von wenigen Leuten besetzt sein, die in diesem Fall wohl versuchen werden, auf die Menge zu schießen oder selbst hergestellte Bomben durch die Fenster hinauszuerwerfen.<<

Der Ökumenische Rat verurteilte im Februar 1946 die UN-Organisation wegen des Ausschlusses der deutschen Vertriebenen und wies auf das Elend und die unsägliche Not der deutschen Vertriebenen hin (x024/217): >>... Die Vorschläge der Potsdamer Konferenz sind nicht ausgeführt worden; vielmehr haben die Umsiedlungsmaßnahmen große Härten, Not und Leid für Millionen Menschen, einschließlich vieler Frauen und Kinder, mit sich gebracht. Krankheit und Tod in erschreckendem Ausmaß sind die Folge. Dieser Zustand ist eine Herausforderung des christlichen Gewissens.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 1. März 1946 in ihrem Tagebuch über die Funktionärskonferenz der SPD im Berliner Admiralspalast (x111/141): >>... Gewitterschwüle lastet im Raum. Von Minute zu Minute wird die Stimmung gereizter. Schon ehe das Hauptreferat beginnt, gehen am Vorstandstisch Dut-

zende von Diskussionsmeldungen ein.

Jetzt besteigt Otto Grotewohl das Pult. "Befehlsempfänger", bricht aus einer Ecke der erste Zuruf los. "Geh nach Karlshorst, Otto!" –

Herr Grotewohl läßt sich nicht beirren. "Schädlicher Separatismus ... Die Reaktion auf der Lauer ... Aktivität des Vatikans ... Drohende Rückkehr des Nazitums ...", beschwört er die Folgen einheitsfeindlicher Haltung. –

"Wir wollen keine Zwangsverschmelzung", antwortet es feindselig aus dem Parkett. Getrappel und Zwischenrufe ... "Wir lassen uns nicht vergewaltigen!"

Immer zahlreicher prasseln die Proteste. Immer wütender, immer leidenschaftlicher wie eine Springflut spülen sie über die Worte des Redners. "Verrat ... Betrug ... abtreten ... aufhören ..." Ein paar vereinzelte Zustimmungen verhallen kläglich im allgemeinen Lärm.

"Urabstimmung! Wir fordern Urabstimmung!" schält es sich immer deutlicher aus dem Getöse. Hände fliegen in die Höhe. Mit überwältigender Mehrheit wird der Beschluß zur Urabstimmung angenommen.

Irgendwo beginnt einer zu singen: "Brüder zur Sonne, zur Freiheit" ...<<

Der Politiker Erich Gniffke schrieb später über diese SPD-Funktionärskonferenz (x111/141):

>>... Zurufe wie "Keine Unterwerfung!", "Du lügst!" hagelten von allen Seiten.

Die Protestrufe gegen seine Ausführungen wurden immer zahlreicher. Sprechchöre bildeten sich. Auf Trillerpfeifen und Hausschlüsseln wurde ein ohrenbetäubendes Konzert vollführt. ...<<

Die polnische Regierung beschloß am 1. März 1946 ein Dekret über die Bildung einer Bürgerwehr innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete (x003/119-121): >>... Art. 1. Innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete wird in den ländlichen Gemeinden und kreisgebundenen Städten eine Bürgerwehr (Straz Obywatelska) gebildet.

Art. 2. Zu den Aufgaben der Bürgerwehr gehören:

- a) die Zusammenarbeit mit den Organen der Bürgermiliz zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutz des öffentlichen Eigentums,
- b) die Hilfeleistung und Verteidigung bei einer Bedrohung der persönlichen Sicherheit der Mitbürger oder ihres Vermögens.

Art. 3. Die Bürgerwehr wird vom Starosten im Einvernehmen mit dem Kreiskommandanten der Bürgermiliz auf Antrag der Gemeinde- oder Stadtverwaltung einberufen. Dieselbe Behörde bestimmt die Stärke der Bürgerwehr in den einzelnen Landgemeinden und den kreisgebundenen Städten.

Art. 4. Die Anwärter für den Dienst in der Bürgerwehr werden von der Gemeinde- oder Stadtverwaltung aus den Reihen der volljährigen, in der betreffenden Gemeinde wohnhaften Männer mit gutem Leumund ausgewählt. Der Starost bestimmt nach Begutachtung des Kommandanten der Bürgermiliz unter den vorgeschlagenen Kandidaten die zum Dienst in der Bürgerwehr berufenen Personen. Negative Gutachten des Kreiskommandanten der Bürgermiliz sind bindend.

Art. 5. Der Dienst in der Bürgerwehr ist Pflicht, unentgeltlich und wird nur innerhalb des Gebietes der Gemeinde, in welcher die zum Dienst berufene Person ihren Wohnsitz hat, ausgeübt.

Art. 6 Vom Dienst in der Bürgerwehr sind befreit:

... c) Geistliche und Ordensleute anerkannter Konfessionen, ... e) Männer über 60 Jahre. ...

Art. 7. Die Bürgerwehr untersteht in ihrer Dienstausbübung den zuständigen Kommandanten der Bürgermiliz.

Art. 8. Der Dienst darf wöchentlich nicht mehr als 16 Stunden betragen.

Art. 9. Die Mitglieder der Bürgerwehr sind im Dienst berechtigt, Schußwaffen zu tragen. Vor der Aushändigung der Waffe muß jedes Mitglied der Bürgerwehr einer entsprechenden Schu-

lung unterzogen werden.

Art. 10. Die Mitglieder der Bürgerwehr sind im Dienst berechtigt, verdächtige Personen ... festzunehmen. Festgenommene Personen sind unverzüglich dem nächsten Posten der Bürgermiliz zuzuführen. ...

Art. 12. Von der Waffe darf nur in Fällen der offensichtlichen Notwehr Gebrauch gemacht werden, wenn der beabsichtigte Zweck nicht mit anderen Mitteln zu erreichen ist. ...

Art. 13. Für Vergehen, die im Dienst begangen wurden, unterliegen die Mitglieder der Bürgerwehr den gleichen Straf- und Disziplinarbestimmungen wie Funktionäre der Bürgermiliz. ...

Art. 15. Die Mitglieder der Bürgerwehr genießen im Dienst denselben Rechtsschutz wie die Funktionäre der Bürgermiliz. ...<<

In einem Brief an den nordamerikanischen Botschafter forderte der französische Außenminister Bidault am 1. März 1946 weiterhin die Zerstückelung Deutschlands (x058/395-396):

>>... Sie haben schließlich ihr volles Verständnis für den Wunsch der französischen Regierung ausgedrückt, sich gegen die Wiederkehr deutscher Aggressionen zu sichern und zu diesem Zweck Abänderungen des territorialen Status der ihrer Grenze benachbarten Gebiete vorgenommen zu sehen.

Die französische Regierung ihrerseits kann, wenn sie in Übereinstimmung mit der amerikanischen Regierung die längere Besetzung Deutschlands als die beste Garantie der Sicherheit betrachtet, nicht übersehen, daß diese Besetzung eines Tages ein Ende nehmen wird.

Sie macht sich bereits jetzt Gedanken über die Vorsichtsmaßnahmen, die zu treffen sind, um zu vermeiden, daß Deutschland, wenn diese Besetzung ein Ende nimmt, wieder eine Bedrohung für den Frieden wird. Es scheint ihr, in Anbetracht des Menschenpotentials dieses Landes, daß die deutsche Gefahr so lange bestehen bleiben wird, wie eine deutsche Regierung, unter der Wirkung eines Nachlassens der internationalen Wachsamkeit, so wie sie zwischen den beiden Weltkriegen eingetreten ist, die Möglichkeit behält, über industrielle Hilfsquellen zu verfügen, die geeignet sind, die Wiederherstellung ihrer militärischen Macht zu sichern.

Die Erfahrung der letzten 25 Jahre hat gezeigt, daß die territorialen Klauseln die letzten sind, welche die revisionistischen Staaten wieder in Frage zu stellen wagen. Diese Klauseln sind es auch, die am leichtesten mit einer wirksamen und präzisen internationalen Garantie zu versehen sind.

Aus diesen Gründen schlägt die französische Regierung vor, daß der Entzug gewisser Gebiete aus dem Bereich der deutschen Souveränität den unwiderruflichen Charakter der auf diese Weise erfolgten Begrenzung der deutschen Möglichkeiten unterstreicht und diese auch tatsächlich unwiderruflich macht. ...

Aus allen diesen Gründen hält die französische Regierung an ihrer Ansicht fest, daß es nicht angebracht ist, daß die Besatzungsmächte, wenn sie eine Politik der Dezentralisierung verfolgen wollen, damit beginnen, verzweigte Verwaltungen mit eigener Entscheidungsgewalt zu schaffen. Sie könnte auf keinen Fall ihre Zustimmung zur Ausdehnung der Zuständigkeit solcher Verwaltungen auf die Gebiete der Ruhr, des Rheinlands oder, noch weniger, der Saar erteilen.

Das soll nicht heißen, daß meine Regierung die Notwendigkeit einer Koordinierung der Bemühungen in den verschiedenen Zonen verkennt. Sie ist jedoch der Ansicht, daß die Rolle der Koordinierung dem Interalliierten Kontrollrat zukommt und das dieser Rat beim augenblicklichen Stand der Dinge allein die Befugnis behalten muß.<<

Während der ersten KPD-Reichskonferenz vom 2. März 1946 kündigte Walter Ulbricht "freie Wahlen" an (x111/142): >>... Wir werden sie so durchführen, daß unter Garantie in allen Städten und Orten eine Arbeitermehrheit zustande kommt.<<

In Schweinfurth traf am 2. März 1946 ein tschechischer Vertreibungstransport aus Znaim ein.

Unter den 1.200 Personen waren nur 40 arbeitsfähige Männer (x004/120).

Die "Rheinische Post" berichtete am 2. März 1946 über die schwierige Versorgungslage in der britischen Zone (x114/1.132): >>Feldmarschall Montgomery erstattet der englischen Regierung Bericht und weist auf den Ernst der Ernährungslage hin.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 4. März 1946 aus München (x124/137): >>In ein paar Tagen tritt das Entnazifizierungsgesetz in Kraft.

Es stellt den Versuch dar, ein ganzes Volk zu kriminalisieren. Jeder volljährige Deutsche muß in der US-Zone den Fragebogen mit 132 Fragen ausfüllen, was bisher nur für Leute galt, die beim Amerikaner in der Verwaltung oder im Geschäftsleben unterkommen wollten. Diese Listen werden von Kommissionen bearbeitet, die Strafen bis zu 10 Jahren Zwangsarbeit und Vermögensentzug verhängen können.

Die Dragonaden der Religionskriege nehmen sich damit verglichen bescheiden aus. Die Amerikaner rechnen in ihrer Zone mit 1.000.000 Betroffenen.

Das Erbauliche der Prozedur liegt darin, daß wir uns selbst richten müssen. ...<<

Die Besatzungsbehörden verstärkten am 5. März 1946 ihre Entnazifizierungsmaßnahmen (Gesetz Nr. 104 "zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus").

In dem "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" vom 5. März 1946 hieß es (x114/2.141): >>Artikel 1 (1) Zur Befreiung unseres Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus und zur dauernden Befriedung werden alle, die sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigensüchtige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantwortlich gemacht haben, von der Einflußnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausgeschlossen und zur Wiedergutmachung verpflichtet.

(2) Wer verantwortlich ist, wird zur Rechenschaft gezogen. Zugleich wird jedem Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben. ...<<

Die deutsche Bevölkerung wurde in Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete aufgeteilt.

In der nordamerikanischen Zone wurden später fast 13 Millionen Fragebögen ausgefüllt und geprüft (x092/938). Der Fragebogen enthielt 133 Fragen (Lebenslauf, Beruf, politische Vergangenheit usw.) und mußte von allen Deutschen, die älter als 18 Jahre waren, ausgefüllt werden.

Churchill wies am 5. März 1946 während seiner Rede in Fulton/Missouri darauf hin, daß die Inbesitznahme der deutschen Ostgebiete durch den polnischen Staat unrechtmäßig sei, weil die endgültige polnische Westgrenze erst durch einen Friedensvertrag festgelegt werden soll. Polen würde die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens mißachten.

Churchill bedauerte damals außerdem erstmalig die Folgen der Austreibung (x156/32): >>...

Es ist ein Schatten auf die Erde gefallen, die erst vor kurzem durch den Sieg der Alliierten hell erleuchtet worden ist.

Niemand weiß, was Sowjetrußland und die kommunistische internationale Organisation in der nächsten Zukunft zu tun gedenken oder was für Grenzen ihren expansionistischen und Bekehrungstendenzen gesetzt sind, wenn ihnen überhaupt Grenzen gesetzt sind. ...

Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein eiserner Vorhang über den Kontinent gezogen. ...

Die von Rußland beherrschte polnische Regierung ist ermächtigt worden, sich in unrechtmäßiger Weise und in gewaltigem Ausmaße in deutsche Angelegenheiten einzumischen und Massenausweisungen von Deutschen anzuordnen, wie man sie bisher noch nicht kannte.

Die kommunistischen Parteien, die in allen diesen östlichen Staaten Europas bisher sehr klein waren, sind überall großgezogen worden, sie sind zu unverhältnismäßig hoher Macht gelangt und suchen jetzt überall, die totalitäre Kontrolle an sich zu reißen.

Fast in jedem Fall herrscht eine Polizeiregierung, und bisher ist mit Ausnahme der Tschechoslowakei noch nirgends die Demokratie eingeführt.

Die Türkei und Iran sind beide höchst beunruhigt über die Forderungen, die an sie gestellt werden, und über den Druck, den die Moskauer Regierung auf sie ausübt.

In Berlin haben die Russen den Versuch unternommen, in ihrer Zone die Kommunistische Partei großzuziehen. Wenn die Sowjetregierung jetzt durch eigenmächtige Handlungen versucht, in diesen Gebieten ein kommunistisches Deutschland großzuziehen, dann wird dies in den britischen und amerikanischen Zonen ernste Schwierigkeiten zur Folge haben und die geschlagenen Deutschen in die Lage versetzen, sich den Russen oder den westlichen Demokraten anzubieten. ...

Das ist sicher nicht das befreite Europa, für dessen Aufbau wir gekämpft haben.

Ich glaube nicht, daß Sowjetrußland den Krieg will.

Was es will, das sind die Früchte des Krieges und die unbeschränkte Ausdehnung seiner Macht und die Verbreitung seiner Doktrin. Was wir aber heute, solange noch Zeit vorhanden ist, in Erwägung ziehen müssen, das sind die Mittel zur dauernden Verhinderung des Krieges und zur Schaffung von Freiheit und Demokratie in allen Ländern.

Nach dem zu schließen, was ich während des Krieges bei unseren russischen Freunden und Verbündeten gesehen habe, bewundern sie nichts so sehr wie die Kraft und Macht, und nichts verachten sie so sehr wie militärische Schwäche.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Churchills Rede in Fulton/Missouri (x068/271-272): >>... Im Augenblick seines höchsten Triumphes, während der Konferenz in Potsdam, durch eine Wahlniederlage von Labour zur Abdankung gezwungen, reiste der Brite im folgenden Frühjahr als Privatmann in die USA und heizte dort den Kalten Krieg an.

Es geschah in einer Rede am 5. März 1946 im Westminster College von Fulton, einer kleinen Stadt in Missouri, dem Heimatstaat Trumans, der Churchill eingeladen hatte und gemeinsam mit ihm per Bahn angereist war. In seiner Ansprache, in vier Erdteile und mehr als 40 Sprachen verbreitet, warnte der illustre Gast alle Welt "vor den zwei finsternen Mordbrennern ... - dem Krieg und der Tyrannei". Zwar bekundete Churchill "viel Bewunderung für meinen Kriegskameraden Marschall Stalin", zwar glaubte er "nicht, daß Sowjetrußland den Krieg wünscht. Was sie wünschen, sind die Früchte des Krieges ..."

Doch das war schlimm genug, denn die wünschten auch andere. "Ein eiserner Vorhang hat sich über den Kontinent gesenkt", rief Churchill. Und fiel auch weder hier, wie man oft meint, das Wort vom Eisernen Vorhang zuerst, noch in Churchills vertraulichem Telegramm an Truman vom 12. Mai 1945, sondern im Tagebuch von Hitlers Propagandaminister Goebbels, der es da gegen Kriegsende wiederholt gebraucht - Churchill hat es aufgegriffen und das weltpolitische Klima der nächsten Jahre entscheidend beeinflußt, selbstverständlich in Übereinstimmung mit der US-Regierung.

Und verlangte er auch noch keinen "Kreuzzug", längst hatte er gefordert, "den Sozialismus in der Wiege zu ersticken", hatte er den von Labour erstrebten Sozialismus fast mit Kommunismus, ja, ein Leben bereits unter einer Labour-Regierung mit dem Dasein unter der nazistischen Gestapo gleichgesetzt.

Die Fronten waren gewechselt, und es schien, als habe man den Zweiten Weltkrieg nur beendet, um einen Dritten zu beginnen.

Neben Churchill auf dem Podium im Westminster College in Fulton saß seinerzeit US-Präsident Harry Truman. Und hatte dieser gerade, ganz in der Nachfolge seines dahingegangenen Chefs und Parteigenossen, Stalin noch geschätzt, zumindest so getan und geschwärmt: "I like Joe", nun plötzlich war der für ihn der verhaßte "son of a bitch". Und ein halbes Jahr später hatte sich, nach einer neuen Gallup-Umfrage, die Nation umorientiert: statt 55 %, die

für Fortsetzung des Bündnisses mit Sowjetrußland plädierten, waren es jetzt nur noch 46, dann 38 %

Die Akzente, die Churchill und Truman mit ihren Reden gesetzt hatten, bestimmten die Amerika-, die Europa-, die Deutschland-Politik, sie veränderten die Welt. Es war auf einmal, als stünde der Dritte Weltkrieg schon vor der Tür. In Wirklichkeit fürchteten die USA nicht einen Krieg mit der Sowjetunion, nicht den "Eisernen Vorhang" oder den internationalen Kommunismus, sondern sie fürchteten - einen Erfolg der russischen Planwirtschaft.

Dies gestand kein anderer als der Präsident der Vereinigten Staaten, Harry Truman, in einer Rede am 6. März 1947 in Texas. Wenn Amerika nicht handle, so sagte er, könne diese Planwirtschaft das Vorbild für das nächste Jahrhundert werden. Die USA müßten dann das gleiche System praktizieren, das freie Unternehmertum würde verschwinden und damit "unsere Freiheit". Ergo, schloß Truman: "Die ganze Welt sollte das amerikanische System übernehmen, denn das amerikanische System kann nur überleben, wenn es das System der ganzen Welt wird".

Am amerikanischen Wesen soll die Welt genesen.<<

Die "Freie Deutsche Jugend" (FDJ) wurde am 7. März 1946 gegründet. Erich Honecker übernahm den Posten des FDJ-Vorsitzenden.

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 7. März 1946 einen Runderlaß über die Sicherstellung des beweglichen und unbeweglichen Eigentums der repatriierten Deutschen (x003/122-124): >> ... Für die Zeit der Repatriierung der Deutschen aus den Wiedergewonnenen Gebieten wird in jeder städtischen und ländlichen Gemeinde eine Kommission zum Schutze des ehemals deutschen Vermögens gebildet, deren Aufgabe es ist, dieses Vermögen vor Verwüstung, Raub und Zerstörung zu bewahren. ...

§ 4 Zu den Aufgaben der Kommission zum Schutze des Vermögens gehören:

- a) die Sicherstellung der von den Deutschen geräumten Wohnungen, ...
- e) die Sicherung der Magazine und Aufbewahrungsräume, in denen die abtransportierten Sachen deponiert wurden,
- f) die Einrichtung von Tages- und Nachtposten an den einzelnen Objekten sowie die Kontrolle dieser Wachposten, ...

Gemäß der geltenden Gesetzgebung geht das von den repatriierten Deutschen zurückgelassene Vermögen kraft Gesetzes in das Eigentum des Staates über.

§ 5 Die Kommission zum Schutze des Vermögens ist berechtigt, den Organen der Bürgermiliz und anderen öffentlichen Funktionären sowie den zur Zusammenarbeit mit der Kommission berufenen Privatpersonen Anordnungen und Befehle zu erteilen, soweit diese die Sicherstellung des Vermögens bezwecken.

(4) Die Mitglieder der Kommissionen zum Schutze des Vermögens tragen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit am linken Arm eine weiß-rote Binde. ...

§ 9 (1) Der Kreisbevollmächtigte der Regierung benachrichtigt drei Tage vor Beginn der Repatriierung der Deutschen aus der betreffenden Gemeinde die Kommission zum Schutze des Vermögens, wann die Repatriierung erfolgt, welche Deutschen der Repatriierung unterliegen und wo diese Personen wohnen. ...

§ 11 Der Kreisbevollmächtigte der Regierung stellt für die Zeit der Aussiedlung der Deutschen aus der betreffenden Gemeinde der Kommission zum Schutze des Vermögens erforderlichenfalls zur Verfügung:

- a) 80 Prozent der ihm zur Verfügung stehenden Bürgermiliz, mit Ausnahme des Büropersonals,
- b) 50 Prozent der Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung und Selbstverwaltung ...
- c) alle Angestellten des Kreisamtes ...<<

Der Alliierte Kontrollrat erklärte am 8. März 1946 (x111/144): >>1. Deutschland besteht aus

dem gegenwärtigen deutschen Gebiet zwischen Oder-Neiße-Linie und den gegenwärtigen Westgrenzen.

2. Im Jahre 1949 wird die Bevölkerung innerhalb dieser Grenzen 66,5 Millionen betragen.

3. Auf ausländischen Märkten werden deutsche Exporte keinen Sonderbestimmungen unterworfen.

4. Deutschland wird in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen als wirtschaftliche Einheit behandelt.<<

Die "Neue Berliner Illustrierte" informierte am 8. März 1946 in einem Bericht, daß man aus schlichten Tüchern moderne Kopfbedeckungen "zaubern" kann.

Der bayerische SPD-Politiker Wilhelm Hoegner (1887-1980) erklärte am 8. März 1946 in München vor ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen (x111/144): >>... So wollen wir in diesen Tagen, aber auch Wochen und Jahren nachher, unsere Finger blutig kratzen, bis wir wieder in den Besitz eines anständigen Lebens und einer wirklichen positiven politischen und wirtschaftlichen Freiheit gelangen können.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 8. März 1946 aus München (x124/138-139): >>... Die Flüchtlingskommissare in den Landkreisen haben diktatorische Vollmachten, überflüssigen Wohnraum auszukundschaften und zu beschlagnahmen. Eine Beschwerdeinstanz für ihre Entscheidungen gibt es nicht.

Hinter der Aktion steht nicht nur die Regierung, sondern die Besatzungsmacht, die sich im November 1945 verpflichtet hat, in Übereinstimmung mit den Briten und Russen die 6.500.000 noch in Osteuropa lebenden Deutschen aufzunehmen.

Diese Übereinkunft geht wieder auf das Potsdamer Abkommen zurück, an dem sich die Franzosen nicht beteiligten. Daher lehnt de Gaulle eine Übernahme dieses Kriegserbes für seine Zone ab.

Da die Opfer dieser Manipulation nur Deutsche sind, können die Sieger die Bewältigung dieses Transfers, wie die triste Völkerwanderung beschönigend heißt, zu einer rein deutschen Angelegenheit machen. ...

Abends studierte ich das Entnazifizierungsgesetz, das die Tageszeitung im Wortlaut veröffentlicht. ...

Unsere Regierungen, denen die Durchführung obliegt, sind nicht zu beneiden. Sie müssen nicht nur in ein zerstörtes Land Millionen ausgeplünderter Menschen aufnehmen, sondern gleichzeitig einen Feldzug gegen unsere Vergangenheit führen, für den es in der Geschichte keine Parallele gibt.

Nach US-Schätzungen werden durch das Gesetz 1.000.000 Menschen ihre Existenz und Hunderttausende ihre Habe verlieren.

Uns allen wird ein kollektiver Schuldkomplex injiziert und eine Umwertung aller bisherigen Anschauungen anbefohlen, deren Auswirkungen sich gar nicht absehen lassen.<<

Die polnische Regierung beschloß am 8. März 1946 ein Dekret über das verlassene und ehemals deutsche Vermögen (x003/126): >>... Art. 1. 1. Verlassenes Vermögen im Sinne dieses Dekrets ist jedes Vermögen (bewegliches und unbewegliches), dessen Eigentümer im Zusammenhang mit dem am 1. September 1939 begonnenen Kriege den Besitz ihres Vermögens verloren und ihn später nicht wieder erlangt haben. ...<<

Die "Nürnberger Nachrichten" berichteten am 9. März 1946 (x111/145): >>... Im Anschluß an die Verhaftung des Rüstungsmagnaten Friedrich Flick wurden innerhalb der amerikanischen Zone 33 Direktoren und Aufsichtsräte deutscher Großbanken verhaftet. ...

Der frühere amerikanische Präsident Herbert Hoover wird auf Einladung Präsident Trumans nach Europa fliegen, um festzustellen, wo Lebensmittellieferungen zur Vermeidung einer Hungersnot erforderlich sind.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 9. März 1946 aus München

(x124/139-141): >>... Die Kommunisten gelten nicht nur bei den Amerikanern, sondern auch bei unseren Demokraten als besonders zuverlässige Garanten der neuen Ordnung. Waren sie nicht im KZ? Haben sie die Nazis nicht erbittert bekämpft? Ist nicht, wer im KZ war, ... besser als jeder, der nicht hineinkam? Die Logik scheint schlüssig, taugt nur nicht für die Wirklichkeit. ...

Wir fahren nach Allach, einem Industrievorort Münchens von 14.000 Einwohnern. Das erste Barackenlager, das wir besuchten, hatten Russen, die vorher darin hausten, völlig demoliert. Nun leben in den wiederhergestellten Resten Flüchtlinge, die in die umliegenden Fabriken zur Arbeit gehen.

Der Lagerleiter, ein abgehärmte Mann, ... führte uns durch einige Räume. Größtes Elend, verhungerte Gestalten; der Lagerarzt klagte namentlich über die Unterernährung der Kinder. Die Tagesration der Gemeinschaftsverpflegung liegt unter 1.200 Kalorien.

In einer Stube trafen wir eine Sudetendeutsche mit 6 Kindern. Den Mann hatten die Tschechen verschleppt, ebenso hatten sie ihr allen Hausrat bis auf 2 angeschlagene Töpfe weggenommen.

Mir kamen die Insassen wie Verdammte vor. Die Kinder besuchen keine Schule, da dauernd Infektionsfälle vorkommen, die Quarantäne notwendig machen. Die Leute gleichen Schatten; man fragt sich unwillkürlich, ob man diese grausige Szenerie in unmittelbarer Nachbarschaft der einst lebensfreudigsten deutschen Großstadt träumt oder ob es Wirklichkeit ist.

Der US-Journalist war abgebrüht, er drängte weiter. ...

Ein krank aussehender Arzt schloß sich uns an; er sprach ein wenig Englisch. Die Transporte seien sehr unterschiedlich. ... Die Leute hätten ihre besten Sachen an und benähmen sich wie beim Kirchgang. Welche Schwierigkeiten auf sie warten, ahnten nur wenige. "Sie machen sich also Illusionen", bemerkte der Journalist. "Das ist verständlich", erwiderte der Arzt. "Die meisten haben Furchtbares erlebt und sind froh, der Hölle entronnen zu sein.

Außerdem rechnen sie mit keinem Daueraufenthalt. Wenn die Leidenschaften verglüht und die Vernunft wieder eingekehrt ist, hoffen sie auf die Rückkehr. Es gibt auch schrecklich Verelendete in den Transporten; solche, die monatelang in Lagern ohne sanitäre Einrichtungen leben mußten. Diese sind abgerissen, ausgezehrt und voller Läuse." ...<<

General König, der französische Oberkommandierende in Deutschland, schlug seiner Regierung am 9. März 1946 vor, geeignete Deutsche (mehrheitlich Vertriebene und Kriegsgefangene) in Frankreich anzusiedeln, um dort die Kriegsverluste unter den Franzosen auszugleichen und um die deutsche Bevölkerung zu reduzieren (x153/53).

Walter Müller-Bringmann berichtete am 10. März 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/33): >>10. März 1946: 682.028 Menschen sind bisher durch Friedland "gelaufen", wie es in der Amtssprache heißt.

Seit Anfang des Jahres fährt eine englische Heilsarmeegruppe unter Leitung von Majorin Mitchell, dem "guten Engel" des Lagers, mit einer Kantine jeden Tag an den Schlagbaum nach Besenhausen, um die unendlich Vielen mit Kakao, belegten Broten und Kleidern zu empfangen. Welche Genüsse in unserem ausgehungerten Land.

Im unentgeltlichen Dienst der Nächstenliebe arbeiten auch englische Kriegsdienstverweigerer, heben Gräben für Behelfslatrinen aus, kümmern sich um die Alten und Schwachen, legen Hand an, wo Hilfe fehlt. Ein Vorbild für so manchen Deutschen, der hart die Augen vor der Elendstragödie verschließt, die da vor uns allen abrollt. Wann wird sie zu Ende sein? ...

"Friedland", so sagte Lagerleiter R. Krause, "wird noch lange bestehen bleiben. Das dauert Jahre, bis diese Baracken wieder verschwinden."

Wenn man jetzt Friedland sagt, dann meint jeder das Lager. Von dem Dorf, das den Namen geliehen hat, spricht niemand.<<

Der "Manchester Guardian" berichtete am 10. März 1946 über die polnischen Vertreibungs-

maßnahmen (x028/138-139): >>Trotz der Potsdamer Vereinbarung, wonach die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus dem Osten geregelt und human vor sich gehen sollte, vertreiben die polnischen Behörden Deutsche aus den neuerdings polnischen Gebieten. Sie kündigen die Ausweisung 10 Minuten vorher an und schicken die Menschen ohne Nahrungsmittel in überfüllten Zügen in die britische Besatzungszone.

Ein 73jähriger Mann und ein Kind von 18 Monaten wurden tot im ersten Transport gefunden, der in Lübeck ... am 3. März ankam. Im zweiten Transport lagen 3 Tote. Im allgemeinen packt man 1.500 Menschen in einen Zug mit 26 Waggons, die ungeheizt und zum größten Teil beschädigt sind. Der 4. Transport brachte aber 2.070 Menschen, so daß die Leute kaum stehen, geschweige denn sitzen konnten.

Die britischen und polnischen Behörden waren übereingekommen, daß die Polen den Ausgewiesenen Rationen für eine Reise von ein bis zwei Tagen mitgeben sollten, aber es wird kaum jemals etwas verteilt.

Im ersten Transport erhielt jede Person ein halbes Brot, im zweiten wurde ein Dreipfundbrot unter 8 Leuten verteilt, dazu ein Pfund Zucker unter sechzig. Im dritten Zug gab es keine Nahrungsmittel, nur heißes Wasser und Tee. Die Rationen sollen nur für die Reise von Stettin nach Lübeck reichen, die 22 Stunden dauert, doch bis zum Sammelpunkt in Stettin sind die Flüchtlinge oft 7 Tage unterwegs, so daß sie schließlich 10 Tage lang keine ordentliche Mahlzeit erhalten. Sie kommen erschöpft und krank in den Durchgangslagern an.

Im ersten Transport waren 350 Menschen krank, von denen 250 in ein Lübecker Krankenhaus geschafft werden mußten. In den späteren Transporten war die Zahl der Kranken noch größer. Die meisten leiden an Krätze, Typhus ist noch nicht aufgetreten.

Im allgemeinen ist ihre körperliche Verfassung schlechter als die der früheren Flüchtlinge aus der russischen Zone, und manche tragen noch die Spuren von Mißhandlung. Die britischen Sanitätsoffiziere haben festgestellt, daß die meisten Frauen vergewaltigt worden sind, darunter ein Kind von 10 Jahren, eines von 16 Jahren. Die meisten Leute sind über 50 Jahre alt, manche in den achtzigern. Es sind Kranke und Krüppel darunter, obwohl Polen und Briten verabredet hatten, daß keine Kranken geschickt werden sollten. Es kommen auffallend wenig junge Leute, die offenbar in Polen zur Zwangsarbeit zurückgehalten werden. ...

Die Verhältnisse haben sich leicht gebessert, seit eine britische Sanitätsschwester in Stettin die Zusammenstellung der Züge überwacht. Wahrscheinlich gibt es jetzt etwas bessere Nahrung; mit DDT-Puder, der aus der britischen Zone kommt, verringert man die Seuchengefahr; und wahrscheinlich wird man die Verschickung der Kranken und der Kinder ohne Begleitung einstellen. Doch bisher ist noch nichts geschehen, um die Behandlung der Flüchtlinge auf der ersten Etappe ihrer Reise, von ihrem Zuhause bis Stettin, zu überwachen.

Man rechnet damit, daß insgesamt im Laufe der nächsten Monate anderthalb Millionen Flüchtlinge ankommen werden, täglich 1.500 mit der Bahn, 1.000 mit Schiffen. Die Zahl aber liegt vermutlich näher an der Zweimillionengrenze. ...<<

Der Regierungspräsident forderte die Landräte und Oberbürgermeister des Ruhrgebietes am 11. März 1946 schriftlich auf, alle Schulen mit Rundfunkgeräten auszustatten (x117/86):

>>Die Landräte und Oberbürgermeister sind dafür verantwortlich, daß jede Schule sofort mit wenigstens einem Empfangsgerät versehen wird.

Wenn sich keine andere Möglichkeit der Beschaffung ergibt, sind die Geräte aus Privathäusern zur leihweisen Überlassung an die Schulen zu beschlagnahmen. Die Durchführung dieser Maßnahmen ist den Polizeibehörden zu übertragen. Dabei ist es selbstverständlich, daß für die Beschlagnahme in erster Linie Apparate in Frage kommen, die sich noch im Besitz ehemaliger Nationalsozialisten befinden.

Es sind nur gute Geräte zu beschaffen; sogenannte Volksempfänger scheiden aus.<<

Stalin protestierte am 13. März 1946 in der Prawda gegen Churchills antisowjetische Politik

und Churchills Rede vom 5. März 1946 in Fulton (x068/272): >>Es sei doch eigentlich nur ein geringer Unterschied, ob man, wie Hitler, die Hegemonie der Welt für die "arische" Rasse beanspruche oder für die "englischsprechenden" Völker. ...<<

Stalin verglich Churchill nicht nur mit Hitler, sondern er bezeichnete ihn außerdem als "Hetzer des 3. Weltkrieges" (x111/145).

In Bremen wurde am 15. März 1946 der US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt. Alle deutschen Erwachsenen mußten den Film über die Greuel in den NS-Konzentrationslagern ansehen. Es fanden täglich 7 Vorstellungen statt.

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland betrug die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. März 1946 (x111/145): >>Nach Frankreich 155.000 t, nach Belgien 175.000 t, in die Niederlande 98.000 t, nach Dänemark 125.000 t, nach Norwegen 45.000 t und nach Luxemburg 113.000 t.<<

Konrad Adenauer schrieb am 16. März 1946 (x095/42-43): >>... Das deutsche Volk ist seelisch und materiell in einer Tiefe angelangt, die Schrecken erregend ist. Es wird einer sehr langen, sehr mühsamen und sehr planmäßigen Aufbauarbeit bedürfen, die natürlich in erster Linie vom deutschen Volk selbst geleistet werden muß, bei der es aber der Hilfe anderer Nationen bedarf. ...

USA kennt Europa nicht. Ich stand mit den Offizieren der amerikanischen Besatzung hier ganz ausgezeichnet und habe das immer wieder erfahren müssen, daß sie Europa nicht kennen.

Daher ist USA auch geneigt, sich nicht für europäische Angelegenheiten zu interessieren. Und doch ist das ganz falsch. Wenn die europäische Kultur, die seit 30 Jahren schwer gelitten hat, ganz zugrunde geht, so wird das auch für USA von großer Bedeutung sein.

Die Gefahr ist groß. Asien steht an der Elbe. Nur ein wirtschaftlich und geistig gesundes Westeuropa unter Führung Englands und Frankreichs, ein Westeuropa, zu dem als wesentlicher Bestandteil der nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands gehört, kann das weitere geistige und machtmäßige Vordringen Asiens aufhalten. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 17. März 1946 über den Hunger im Westen (x124/144): >>Unter dem Druck des Hungers versuchen Tausende, aus der britischen Zone nach der amerikanischen überzuwechseln, so daß die Amerikaner die Grenzpatrouillen verstärkt haben und eine scharfe Kontrolle des Reiseverkehrs durchführen. ...<<

Theodor Heuss wies am 18. März 1946 in einem Vortrag darauf hin, daß der Nationalsozialismus nicht aus Berlin stammen würde (x116/27): >>... Es ist ein Mißbrauch, dem mancher gerne huldigt. Im Westen und im Süden, auf Berlin, das so schwer gelitten hat, jetzt zu blicken und zu sagen, ja, die haben es ja doch gemacht, von dorthier kam das, was Nationalsozialismus und Militarismus ist.

Ich glaube die Berliner tun ganz recht daran, darauf aufmerksam zu machen, daß die Herren Hitler und Himmler und Goebbels und Ley teils von Bayern und vom Rheinland gekommen sind und in Berlin schließlich nur die Apparate übernommen haben.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 20. März 1946 aus Bayern (x124/146): >>... Ich habe mich in letzter Zeit ein wenig umgesehen. Überall trifft man Menschen, die mit Gelassenheit und gutem Willen unser so wenig aussichtreiches Schicksal auf sich nehmen.

Die Jungen denken immer noch in den Kategorien des Krieges, andere haben sie ja nicht kennen gelernt.

Die Alten gehen den Weg des langatmigen zähen Verhandeln.

Wie wir wieder Herr im eigenen Hause werden, weiß niemand, vielleicht am ehesten dadurch, daß jeder für sich und die Nächsten so weitgehend wie möglich die Probleme zu lösen sucht. Aber wie eng die Schranken uns dabei gesetzt werden, erfahren wir Tag für Tag.<<

In allen Berliner Kinos des US-Sektors wurde am 22. März 1946 der nordamerikanische Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt, um über die NS-Verbrechen in den Konzentrationslagern aufzuklären.

Arno Scholz (Chefredakteur der britisch-deutschen Zeitung "Telegraf") schrieb am 22. März 1946 über die Ziele der neuen Zeitung "Telegraf" (x111/147): >>... Wir erstreben die Wahrung der deutschen Einheit, den Fortfall der Zonengrenzen, eine sozialistische Planwirtschaft, die Erneuerung unseres Volkes im physischen wie im ethischen Sinne, Menschenrechte und Menschlichkeit.<<

Konrad Adenauer erklärte am 24. März 1946 während einer Rede in der Kölner Universität (x111/147-148): >>... Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson. Es hat den Staat zum Götzen gemacht und auf den Altar erhoben. ...

Die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich. ...

Ich bin Deutscher und bleibe Deutscher, aber ich war auch immer Europäer und habe als solcher gefühlt.<<

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 24. März 1946 einen Runderlaß über die Durchführung der Erfassung des ehemals deutschen beweglichen Eigentums (x003/142-154): >>... § 1 Gegenstand der Erfassung ist das ehemals deutsche bewegliche Vermögen, das sich befindet:

- a) in privaten Räumen;
- b) in Dienstwohnungen, ...
- c) in Handels-, Handwerks- und Gewerbeunternehmen, sofern diese von Privatpersonen betrieben werden, ...

In noch von Deutschen benutzten Wohnungen erfolgt die Erfassung des beweglichen Vermögens durch die Liquidationsämter erst nach der Aussiedlung der Deutschen. ...

In Wohnungen, die noch gemeinsam von Deutschen und Polen benutzt werden, gilt der Pole als Besitzer allen beweglichen Vermögens, er ist auch verpflichtet, das Erfassungsformular (für das ehemals deutsche bewegliche Eigentum) auszufüllen. ...

§ 9 Als ehemals deutsches bewegliches Vermögen gelten grundsätzlich alle beweglichen Sachen, die sich gegenwärtig innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete befinden. ...

§ 10 Im Erfassungsformular (Muster Nr. 1) ist grundsätzlich alles in der betreffenden Wohnung vorhandene bewegliche Vermögen aufzuführen. ...

§ 11 In den Formularen brauchen nicht aufgeführt zu werden:

1. Tisch- und Bettwäsche, wenn sie das notwendige Minimum der benutzenden Familie nicht überschreiten,
2. Küchen- und Tischgeschirr, wenn es nicht komplett ist,
3. kleinere Hausratgegenstände ohne größeren Wert,
4. kleinere Dekorationsstücke auf Tischen, in Schränken und an den Wänden,
5. andere Gegenstände, deren Gebrauchswert so unbedeutend ist, daß es unzweckmäßig ist, sie aufzuführen oder in die Magazine der Liquidationsämter zu überführen.

§ 12 In Erfassungsformularen für Unternehmen des Handwerks oder anderer ... Gewerbe sind aufzuführen:

- a) die gesamte Einrichtung der Arbeitsstätte, b) vorhandene Warenbestände mit genauer Bezeichnung, Art, Gewicht oder Maßen der Waren.

§ 17 Um festzustellen, ob die Besitzer von ehemals deutschem beweglichem Vermögen die Formulare dem tatsächlichen Stande entsprechend ausgefüllt haben, führen die Liquidationsämter überraschend Kontrollen durch und stellen dabei fest:

- a) ob alle in der betreffenden Wohnung vorhandenen Gegenstände im Formular aufgeführt

sind,

b) ob der Schätzwert entsprechend den geltenden Richtlinien angegeben wurde,

c) ob der Besitzer nicht wissentlich erfassungspflichtige Gegenstände verheimlicht hat. ...

Die überraschenden Kontrollen müssen von einem verantwortlichen Beamten des Liquidationsamtes im Beisein von 2 Vertretern des öffentlichen Lebens durchgeführt und außer auf die Wohnung selbst auch auf den Dachboden und Keller ausgedehnt werden.

Belehrung:

... Die Nichterfüllung der Erfassungspflicht bewirkt:

1. den Verlust der Berechtigung, das Eigentum an den verheimlichten ehemals deutschen Gegenstände zu erwerben,
2. die Einziehung und den Abtransport der Sachen ins Magazin auf Kosten des (polnischen) Besitzers und
3. die strafrechtliche Verantwortung, die bis zu 5 Jahren Gefängnis und 200.000 Zloty Geldstrafe vorsieht. ...

Bekanntmachung:

... Auf Grund dieser Erfassung wird das Eigentum ... nach Entrichtung der von den Kommissionen bei den Liquidationsämtern festgesetzten Preise übertragen.

Ich fordere daher alle Besitzer von ehemals deutschem beweglichen Vermögen auf, dieses ... durch Einreichung der vom Besitzer wahrheitsgemäß und entsprechend der beigefügten Belehrung ausgefüllten Erfassungsformulare anzumelden. ...

Als einziger Beweis für den legalen Besitz von ehemals deutschen Gegenständen nach Ablauf der für die Durchführung der Erfassung festgesetzten Frist gilt die Kopie des Erfassungsformulars mit der Bescheinigung der Einreichung des Originals. ...<<

In Bremen erhielten die Schulkinder am 25. März 1946 erstmalig ein warmes Mittagessen (Beginn der "Schulspeisung").

Der Alliierte Kontrollrat beschloß am 26. März 1946 den ersten Industrieplan für Deutschland. Die Industrieproduktion soll etwa 50-55 % der Produktionsmenge des Jahres 1938 betragen. Höhere produzierte Mengen sollen als Reparationsgüter an das Ausland verteilt oder vernichtet werden (x101/12).

"The Times" berichtete am 26. März 1946 über die Hungersnot in der französischen Besatzungszone (x043/163): >>Für die Einwohner der französischen Zone in Deutschland ist der Kaloriengehalt in der Normalration um 220 Kalorien beschnitten worden, so daß derselbe heute nur noch 915 Kalorien beträgt. Es ist die kleinste zur Verteilung gelangende Ration in allen 4 Zonen.<<

Laut Untersuchungsberichten von UNRRA-Sachverständigen waren für einen gesunden, arbeitenden Menschen etwa 2.500 Kalorien absolut notwendig (x043/163).

Sir William Strang (politischer Berater der britischen Militärregierung) telegraphierte am 28. März 1946 an das Foreign Office (x028/139): >>... Berichte, die wir von den Kommandanten der Durchgangslager ... erhalten haben, zeigen, daß die mit den Vertretern der polnischen Regierung für die humane Umsiedlung der deutschen Minderheit vereinbarten Bedingungen z.T. nicht respektiert werden.

Besichtigungen dieser Lager ergeben die folgenden Feststellungen:

(A) Die Deportierten kommen ohne die Tagesration an ...

(B) Unverhältnismäßig viele alte und kranke Leute werden hierher geschickt. Es kommen sehr wenige arbeitsfähige Männer.

(C) Schwangere Frauen werden deportiert. Kinder sind in den Zügen geboren worden und mehrere haben die Reise nicht überlebt.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 30. März 1946 in ihrem Tagebuch über die bevorstehende Abstimmung der Berliner SPD

und KPD (x111/149): >>Morgen findet die Urabstimmung statt.

Unser Parteivorstand (sc. der SPD) boykottiert ihre Vorbereitung, wo immer er kann.

In allen Berliner Bezirken herrscht heillose Verwirrung. Hier fehlen die Mitgliedsregister, da fehlen die Stimmzettel, hier fehlen die Wahllisten, dort bleiben die Wahlberechtigten ohne Benachrichtigung. Es mangelt an Urnen, es mangelt an Plakaten, es mangelt an Flugblättern, Wahlzellen, Bleistiften und Umschlägen.

Bis in die Nacht hinein basteln wir an einer Wahlurne, stöbern wir in unseren kargen Textilständen nach einem Vorhang für die Stimmzelle. Das Parteiblatt hat es nicht für nötig gehalten, die Adressen der Wahllokale bekanntzugeben. ... Die einheitsfeindlichen Genossen arbeiten wie Kulis.<<

Der ostpreußische Rechtsanwalt Linus Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) schrieb am 30. März 1946 an den CDU-Vorsitzenden der britischen Zone, Dr. Konrad Adenauer (x024/211-212): >>... Die besondere Lage der Flüchtlinge ist Ihnen ja im wesentlichen bekannt.

Ich darf nur kurz darauf hinweisen, daß sie nicht nur Haus, Hof und Heimat, zum großen Teil auch ihre Familienangehörigen verloren haben, und daß sie z.T. in einem unglaublichen Elend dahinleben.

Soweit dieses Schicksal als unvermeidliche Kriegsfolge angesehen werden muß, muß es ertragen werden.

Was aber unerträglich ist, ist die Tatsache, daß diese vom Schicksal so hart getroffenen Menschen seitens der einheimischen Bevölkerung und vor allem auch der behördlichen Stellen Benachteiligungen und Schikanen ausgesetzt sind, die jeden gerecht denkenden Menschen empören lassen. Hier nur einige Beispiele:

Die Einheimischen können bei den Großbanken über ihre Guthaben in vollem Umfang verfügen. Die Ostdeutschen bekommen keinen Pfennig. Wenn die Commerzbank oder die Dresdner Bank einen Teil ihres Vermögens im Osten verloren haben, so muß sich dieser Verlust auf alle Gläubiger dieser Banken verteilen. Die unterschiedliche Behandlung der Flüchtlinge und Einheimischen ist durch nichts gerechtfertigt.

Typisch ist der Fall eines ostpreußischen Gutsbesitzers, der über ein großes Guthaben bei der Commerzbank verfügte und einen Teil davon nach dem Westen überweisen wollte. Damals erklärten ihm die Königsberger Angestellten, das sei nicht nötig, er könne im Reich bei jeder Filiale über sein Guthaben verfügen. Heute erklärt die Commerzbank, diese Auskunft sei zwar damals richtig gewesen, aber heute treffe das nicht mehr zu, und verweigert jeden Pfennig.

Ähnliche Unterschiede machen Versicherungsgesellschaften. Die einheimischen Pensionäre bekommen ihre volle Pension, die Pensionäre aus dem Osten bekommen nichts.

In Hamburg besteht ein Verbot des Bürgermeisters, Ostflüchtlinge in die Verwaltung einzustellen, in Schleswig-Holstein besteht das gleiche Verbot. ...

In Hannover hat der Oberpräsident einen Erlaß herausgegeben, wonach Flüchtlinge Grundstücke weder erwerben noch pachten und sich auch als Handwerker nicht selbständig machen durften. ...

Und dann wirft man den Flüchtlingen öffentlich vor, sie wollten sich nicht eingliedern, wollten nicht aufgehen im neuen Heimatkreis, sondern verschärften bewußt den politischen, sozialen und allgemein menschlichen Gegensatz.

In Wirklichkeit kämpfen die Flüchtlinge gerade um ihre Eingliederung. Die Flüchtlingsverbände erstreben nichts anderes als die Gleichstellung der Flüchtlinge mit der angesessenen Bevölkerung. Sie wollen nicht zulassen, daß der Osten allein den Krieg verloren hat, wie es bis jetzt tatsächlich der Fall ist.

Was ich hier oben aufgeführt habe, sind nur die schlimmsten Beispiele der Benachteiligung. Die systematische Hintanstellung der Flüchtlinge ist überall festzustellen.<<

In den Westsektoren Berlins ergab die Abstimmung der SPD-Mitglieder über den Zusammenschluss mit der KPD folgendes Ergebnis (x111/149): >>Von 33.247 berechtigten Parteimitgliedern stimmen 23.755 ab. 19.529 (82 %) stimmen gegen und 2.937 (12 %) für die Parteivereinigung.<<

In den Ostsektoren Berlins wurde die Abstimmung durch SMAD und KPD am 31. März 1946 verhindert.

In der US-Zone wurden am 31. März 1946 die täglichen Lebensmittelrationen von 1.550 auf 1.270 Kalorien gekürzt.

Seit dem Frühjahr 1946 ergriff die allgemeine Hungersnot in wachsendem Maße auch die ostpreußische Landbevölkerung, weil man fast das gesamte Getreide für die Versorgung der sowjetischen Besatzungstruppen beschlagnahmte (x001/92E).

Bischof Clemens August Graf von Galen erklärte während seiner Rede "Rechtsbewußtsein und Rechtsunsicherheit" im März 1946 (x358/10): >>Die Alliierten setzten in Deutschland eine Militärpolizei ein, die außerhalb des Bereichs aller ordentlichen Gerichte steht und keinem Gericht verantwortlich ist. ... Sie verhaftet, genau wie die Gestapo, die Männer nachts, holt sie ohne Angabe des Grundes der Verhaftung aus den Häusern, schafft sie weg, ohne der Familie Mitteilung zu machen, wohin sie gebracht werden, schneidet jede Verbindung zwischen der Familie und den Häftlingen ab, hält sie monatelang im Lager, ohne sie zu verhören, kurz, sie hat die Methoden der Gestapo übernommen.<<

Ab Frühjahr 1946 wurden die mißliebigen Deutschen vielfach nicht mehr umgesiedelt, sondern kurzerhand ausgewiesen (x008/57E).

Ein Delegierter des Internationalen Roten Kreuzes berichtete im März 1946 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, die im Gebiet von Wimereux Minen räumen mußten (x130/175): >>Von insgesamt 3.500 Kriegsgefangenen wurden 150 getötet und 259 schwer verletzt. ...<<

Ein gefangener Wehrmachtssoldat berichtete später der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte über die Zusammensetzung eines Minensuchkommandos im französischen Departement Seine (x130/173): >>Es handelt sich zu 80 Prozent um Leute unter 25 Jahren. Es waren in der Hauptsache Schüler, Abiturienten, Studenten und Angehörige von Angestelltenberufen. Unter uns befand sich nur ein einziger ehemaliger Pionier. ...<<

Ein gefangener Wehrmachtssoldat berichtete später der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte über das tragische Ende einer Minenräumung in Frankreich (x130/174): >>Nach getaner Arbeit gingen wir in Reihen hintereinander von dem geräumten Gelände. Dabei trat der letzte Gefangene auf eine Schützmine, die wir übersehen hatten. Sie riß ihm beide Beine ab, und er starb noch auf dem Transport in das Lager. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das internationale Verbot der Minenräumung durch Kriegsgefangene (x026/89): >>Besonders die Frage der Minenräumung gab dem IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) Anlaß, bei den französischen Behörden zu intervenieren. Die Beseitigung von Minen und anderem Explosivmaterial während der Dauer der Feindseligkeiten ist nach Artikel 31 verboten. Auch nach deren Beendigung bleibt die Minenräumung laut Artikel 32 verboten. Wie dem auch sei, nach der Kapitulation der deutsch-italienischen Truppen in Nordafrika im März 1943 beschloß man, die Gefangenen zur Minenräumung einzusetzen. ...

Dieses Problem tauchte Anfang 1945 verschärft wieder in Frankreich auf. Die Presse nahm sich seiner an und schrieb, daß die Aufgabe der Minenbeseitigung denen zukäme, die sie gelegt hätten. Das IKRK vermied es, getreu seiner rein humanitären Aufgabe, zu polemisieren oder eine rein juristische These über die Anwendung der Verträge zu verfechten. Es wies die

französische Verwaltung auf die Gefahren hin, die eine durch Nicht-Spezialisten ausgeführte Minenräumung mit sich brächte.

Der Kriegsminister selbst schätzte im September 1945 die Zahl der zu beseitigenden Minen auf etwa 10 Millionen. Unter den deutschen Kriegsgefangenen, die mit diesen Arbeiten beschäftigt waren, gab es jeden Monat 2.000 bei tödlichen Unfällen ums Leben gekommene Opfer. Dies entspricht dem Verhältnis: ein Todesfall auf 5.000 Minen.

Man konnte leicht daraus schließen, daß eine unter diesen Umständen durchgeführte Minenräumung das Leben von 20.000 Gefangenen kosten würde. Das IKRK bestand auf der Notwendigkeit von Vorsichtsmaßnahmen und zählte diese auf. Dann beauftragte er seine Delegierten vor allem auf die Durchführung zu achten. ...<<

"The Reader's Digest" berichtete im März 1946 über die nordamerikanischen Besatzungssoldaten in Westdeutschland (x114/2.96): >>Warum die GIs die Deutschen so gern haben!

Annähernd 4 von 5 zurückgekehrte Soldaten ziehen Deutschland allen alliierten Ländern vor, die sie gesehen hatten. Die zu Hause gebliebenen Amerikaner mag dies verblüffen, wird aber keinen Soldaten überraschen, der auf dem europäischen Kriegsschauplatz war.

Man hört oft GIs die Engländer kritisieren und die Franzosen verdammen. Aber es war eine Seltenheit, Amerikaner in Deutschland den Feind verwünschen zu hören. Die wenigen, die dies taten, hatten ihre Freunde in der Schlacht sterben sehen oder stießen auf Körper von erschossenen gefangenen Kameraden oder hatten die Leichen von Buchenwald und Dachau gerochen. Gewiß, diese blieben unversöhnlich, aber die Ersatzleute, die sie ablösten, kannten die Deutschen nur als friedvolle, freundliche Gastgeber.

Die "Krauts", ein freundschaftlich gebrauchter Ausdruck der GIs für die Deutschen, zu hasen, wurde mit der Zeit direkt ungehörig. In Deutschland stationierte Soldaten, die einen Urlaub nach Paris oder die französische Riviera erhielten, kamen nicht selten zurück, bevor ihr Urlaub zu Ende ging, sie kehrten "heim" nach Deutschland.

Was ist die Ursache dieser Gefühlswelle, die unseren Sieg bedroht?

Der amerikanische Soldat fühlt sich vor allem in "Übersee" einsam und heimwehkrank. Die Deutschen scheinen ihm nun weniger fremd als irgendein anderes Volk, ja sogar als die Engländer. Er kam mit der Idee nach England, daß er dort Leute finde, die ähnlich wie er seien. Das Ergebnis war aber überraschend, denn über die bestehenden Differenzen zwischen dem amerikanischen und britischen Charakter war er verärgert.

In Deutschland dagegen erwartete er erhebliche Wesensverschiedenheiten, und dann konstatierte er mit Vergnügen so viele Ähnlichkeiten.

Und jetzt kommen wir zu einer der Hauptursachen für die Haltung der GIs Deutschland gegenüber. Nachdem er die ersten Hemmungen überwunden hatte, sah er sich einer Flut williger Mädchen gegenüber. Er fand sie in den engstmöglichen Badeanzügen am Strand der Flüsse, ihre Beine verführerisch zur Schau gestellt, und wollte er ein Mädchen, so hatte er nichts weiter zu tun, als seinen Jeep zu stoppen.

Warum zeigten sich eigentlich deutsche Frauen den amerikanischen Soldaten so mit vollem Herzen zugetan? Einer der Gründe war wahrscheinlich die einfache Tatsache, daß sie ihre Männer seit langem entbehren mußten. Ein anderer Grund ist der Niedergang der Moral, eine der Früchte der Nazi-Propaganda. ...

Das Verblüffende daran ist, wie die GIs die Haltung der deutschen Frauen auslegen. In Frankreich hatten die GIs fast ausschließlich Kontakt zu Prostituierten, und dies machte bei ihnen der Auffassung Platz, daß das französische Volk unmoralisch sei. In Deutschland aber, wo ihnen im allgemeinen jede Frau zur Verfügung stand, sahen sie dies als romantisch an und als Zeichen der Freundschaft und der Großzügigkeit seitens der deutschen Frauen.

Der amerikanische Soldat ist jeden Tag einer kein Ende nehmenden Propaganda seitens der hartnäckig freundlichen deutschen Bevölkerung ausgesetzt. Weil er offen und von Natur aus

nicht mißtrauisch ist, verfehlt diese Propaganda ihren Zweck nicht, ja sie hat sogar tiefen Eindruck auf ihn gemacht.

Kommt der GI heim, so hat er eigentlich das Gefühl, daß ihm der Feind näher steht als seine Alliierten, und er kommt zu Millionen zurück und wird seine Meinung in jeden Winkel der Vereinigten Staaten mitnehmen.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 1. April 1946 in ihrem Tagebuch über das Abstimmungsergebnis der Berliner SPD und KPD (x111/152): >>Die Würfel sind gefallen. Mit zweiundachtzigeinhalb Prozent haben sich die sozialdemokratischen Wähler Berlins gegen die Verschmelzung entschieden. ... Bis zur letzten Wahlminute währte der Widerstand unseres Parteivorstands. Es hat ihm nichts genützt. Wider Gewalt, Bedrohung und Propaganda siegte der Wille zur Selbstbestimmung, wenn auch nur in zwölf unter zwanzig Bezirken.

Im russischen Sektor wurde die Wahlgenehmigung nicht erteilt. "Wegen technischer Schwierigkeiten", wie die Begründung lautet.

Die gleichen "technischen Schwierigkeiten" scheinen veranlaßt zu haben, daß vor einigen Wahllokalen dieses Besatzungsgebiets am Frühnachmittag russische Wachposten aufzogen.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 1. April bis zum 28. April 1946 täglich nur 1.042 bzw. 1.270 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Der Schriftsteller Heinz Piontek (1925-2003) schrieb am 1. April 1946 in der "Neuen Presse" über die Lage der Jugend (x111/151-152): >>... Mit aufgerissenen Augen taumeln Jungen und Mädchen, durch Nöte und Gefahren der Kriegszeit älter und stiller geworden, in ein neues, unbekanntes Leben.

Verständnislos hören und lesen sie über Ränke und Intrigen einer schamlosen Politik, über Blutgier, Brutalität und Größenwahnsinn ihrer Führer und glauben zu träumen, wenn man ihnen Zug um Zug beweist, daß alle Ideale, die man ihnen einst gegeben, einem überheblichen und gewissenlosen Hirn entsprungen, nicht einen Pfifferling wert sind. Wir stehen nun in einer neuen Welt. Die alten Götzen haben wir zum Teufel gejagt. Wir möchten arbeiten, schaffen, um das Versäumte nachzuholen, unsere Schuld zu tilgen. ...

Noch ist Gut und Böse nicht in uns gefestigt, noch sind wir nicht fähig, klar unser Ziel zu sehen.<<

Bomber der Royal Air Force zerstörten am 5. April 1946 die letzten Festungsanlagen der Insel Helgoland.

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 5. April 1946 aus Bayern (x124/153): >>... Nun sollen wir das Land Bayern nicht nur von den Evakuierten der britischen und französischen Zone räumen, sondern auch die halbe Million Schlesier umsiedeln, die hier im Januar 1945 Zuflucht gefunden haben!

Aber Jugoslawen, Polen und Griechen dürfen zur Rückkehr in ihre Ursprungsländer nicht gezwungen werden, zu schweigen von den Juden; die wieder in Massen aus Polen einströmen, wo nach ihrer Aussage die Pogrome nicht aufhören. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 5. April 1946 über den Schwarzmarkt in Hamburg (x299/137): >>... In einer Toreinfahrt tuscheln vier Männer, Bohnenkaffee geht von Hand zu Hand, die Güte wird geprüft und kleine Geldscheine werden gezählt, ein ganzes Bündel.

Ein Soldat sammelt Kippen, seine viel zu großen Stiefel werden durch Bindfäden gehalten, zwei Sicherheitsnadeln zwingen die Uniformjacke zusammen.

Ein Bursche ruft keck: "Feuersteine gefällig, vier Stück 18 Mark". ...<<

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 6. April 1946 eine Verordnung über das Verfahren zur Feststellung der polnischen nationalen Zugehörigkeit (x003/-158-168): >>... § 2. Diese Verordnung betrifft Personen, die vor dem 1. Januar 1945 als deut-

sche Staatsangehörige ihren ständigen Wohnsitz in den Wiedergewonnenen Gebieten hatten.

§ 3. Als im Besitz der polnischen nationalen Zugehörigkeit werden Personen anerkannt, die einen entsprechenden Antrag stellen, ihre polnische Abstammung oder ihre Verbundenheit mit dem polnischen Volke nachweisen und darüber hinaus eine Treuerklärung gegenüber dem polnischen Volk und Staat abgeben.

§ 4. Interessierte Personen können die polnische nationale Zugehörigkeit mit allen Beweismitteln nachweisen, insbesondere:

a) kann die polnische Abstammung nachgewiesen werden durch Personalausweise oder standesamtliche Urkunden, sie kann auch aus der Form des Namens oder aus der Verwandtschaft mit Polen hervorgehen,

b) kann die Verbundenheit mit dem polnischen Volk nachgewiesen werden durch die Zugehörigkeit zu polnischen Organisationen oder durch die Beteiligung am Kampf um polnische Interessen, ...

§ 5. Nicht anerkannt als zum polnischen Volk gehörig werden Personen polnischer Abstammung:

a) die durch ihr fortdauerndes und notorisches Verhalten ihre Verbundenheit mit dem deutschen Volk oder ihre feindliche Einstellung gegenüber dem Polentum kundgetan haben. ...

§ 6. Die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihren Unterabteilungen allein ist grundsätzlich noch kein Grund, die Feststellung der polnischen nationalen Zugehörigkeit abzulehnen, da die Parteizugehörigkeit oftmals erzwungen war.

Eine Stellung in der Parteihierarchie dagegen, die aktive Haltung eines Parteimitglieds oder seine feindliche Haltung gegenüber dem Polentum können als Beurteilungsgrundlage dafür dienen, in welchem Maße die betreffende Person mit dem deutschen Volk verbunden war. ...

Antrag auf Bestätigung der polnischen nationalen Zugehörigkeit:

... Ich bitte um Bestätigung meiner Zugehörigkeit zum polnischen Volk und um Ausstellung einer vorläufigen Bescheinigung der polnischen nationalen Zugehörigkeit.

Gleichzeitig bitte ich um die Bestätigung der polnischen nationalen Zugehörigkeit für meine minderjährigen Kinder (unter 14 Jahren): ...

Meinen Antrag begründe ich folgendermaßen:

(Aufzählung aller den Antrag begründenden Umstände, wie: Herkunft, Abstammung, Verwandtschaft, Zugehörigkeit zu polnischen Organisationen, Erziehung im polnischen Sinne, Freundschaftsbeziehungen usw.). ...

Die Glaubwürdigkeit meiner Erklärungen können folgende Zeugen bestätigen: ...

Treueerklärung:

Ich ... gelobe eingedenk meiner polnischen nationalen Zugehörigkeit feierlich, dem polnischen Volk und Staat die Treue zu wahren und gewissenhaft meine Pflichten gegenüber dem polnischen Volk und Staat zu erfüllen. ...<<

Der sowjetische Oberst Sokolow besuchte am 7. April 1946 Gerhart Hauptmann (1862-1946, schlesischer Schriftsteller, erhielt 1912 den Literatur-Nobelpreis) in Agnetendorf, Kreis Hirschberg/Niederschlesien (x035/223): >>... Diesmal komme ich in amtlicher Mission.

Ich überbringe Ihnen das letzte Angebot der sowjetischen Militär-Administration. Die Deutschen aus dem Kreise Hirschberg werden nunmehr restlos evakuiert. Die polnische Regierung besteht darauf. Auch Sie, verehrter Doktor, können nicht länger bleiben, ohne sich in Gefahr zu bringen.

(Hauptmann antwortet daraufhin fast tonlos): "Nun, dann fahren wir eben ..."

(Später fragt Hauptmann seine Frau Margarete): "Gretchen, darf ich mein Schlesien allein lassen?! ... (Margarete Hauptmann beruhigt ihren aufgeregten Ehemann): "Bald wird das ganze Land allein gelassen sein. Den Ausgetriebenen kannst du nicht mehr helfen." ...<<

Der Zahnarzt Dr. B. berichtete am 8. April 1946 aus dem Eichsfeld in Thüringen (x124/154-

155): >>... Jetzt geht man zur Erholung in den Wald und sammelt Holz, damit der Weg nicht umsonst war. Allerdings ist unser Wald schon ganz licht geworden. Beim Forsthaus, wo die hohen Buchen standen, gewinnt man den Eindruck, es wäre ein englischer Park. ...

Die Zonengrenze ist hermetisch abgeschlossen. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 9. April 1946 über "Revolution oder Aufbau?" (x111/155): >>... Wir stehen nicht nur an einem Ende, wir stehen an einem Anfang, einem dunklen, mühseligen und beladenen Anfang.

Wir spielen nicht Revolution, da wir nur zusammengebrochen sind. Das war 1918 anders. Damals haben wir den Zusammenbruch getarnt. Wir entfesselten einen Sturm im Wasserglas und meinten, das Ganze sei eine Revolution.

Heute sind wir nüchterner, realistischer, illusionsloser. ... Es scheint, als suche Deutschland etwas anderes als eine neue Revolution.

Wir brauchen den Frieden, den wirklichen und vollen Frieden. Wir hoffen auf eine Zukunft, in der ein Platz in irgendeiner Ecke der Welt für ein einfaches und gesichertes Leben zu finden ist.

Unter den Trümmern der Großstädte graben wir nach dem verschütteten Bild des Menschen. Bange fragen wir uns, ob nach der vergangenen Epoche des Hasses noch eine politische Ordnung gefunden werden kann, die auf dem Gedanken der Freiheit, der Würde und der Liebe unter den Menschen aufbaut.<<

Nach Interventionen der Nordamerikaner fanden am 9. April 1946 erneut tschechisch-nordamerikanische "Ausweisungsverhandlungen" statt.

Obgleich der "tschechische Transfer" viel zu wünschen übrig ließ, schrieb die tschechische Presse später (x004/121): >>Grundsätzlich wurde festgestellt, daß der Abschub human und geordnet verläuft. ...<<

Im Durchgangslager Furth informierte ein deutscher Grenzkommissar am 10. April 1946 den nordamerikanischen Verbindungsoffizier über die Iglauer Vertreibungstransporte (x005/490):

>>... Personalpapiere fehlten ebenfalls wieder fast bei sämtlichen Transportangehörigen, wie Trau-, Erb- und Gewerbescheine, sowie Versicherungspolice und dergleichen, die den Leuten im Lager abgenommen wurden mit dem Hinweis, daß sie vor Ausweisung wieder zurückgegeben werden. Dies geschah jedoch nicht, obwohl die Flüchtlinge ihre Papiere anforderten. Sogar Eheringe sollen abgenommen worden sein.

Die Ausstattung mit Gepäck war derart ungenügend, daß es der schlechteste Transport in dieser Hinsicht bisher überhaupt war. Zum Teil besaßen die Leute nur das, was sie am Leibe trugen. In Einzelfällen war es ihnen nur möglich, ein bis 2 Wäschegarnituren und evtl. ein sonstiges Bekleidungsstück beim Verlassen des Hauses mitzunehmen, so daß sie ihr ganzes Hab und Gut mit höchstens 10 kg in einem kleinen Rucksack bei sich führten. Der überwiegende Teil des Transportes verfügte nur über Gepäck bis höchstens 30 kg.

Dieser Übelstand kam in der Hauptsache daher, daß die Flüchtlinge förmlich von den eingesetzten Verwaltern von ihrem Hof vertrieben wurden, so daß ihnen keine Zeit zur Verfügung stand, die Gegenstände herauszusuchen und 50 kg zusammenzubringen.

Ein Teil der Männer, die aus der Gefangenschaft oder Haft entlassen wurden, kamen nicht erst nach Hause, um sich ihr Gepäck zu holen, sondern sie wurden sofort in ein Aussiedlungslager gebracht, wo sie in ganz kurzer Zeit dem Transport angegliedert wurden. Ein großer Teil der Frauen wurde wieder ohne Männer ausgesiedelt, da diese in Arbeitslagern zurückgehalten wurden oder sonstwie inhaftiert wurden. Die Frauen bzw. sonstige Familienangehörige waren in derart vielen Fällen vorstellig geworden, so daß sie im Einzelnen wegen der Kürze der Zeit gar nicht alle festgehalten werden konnten.

... Franz Z., geboren 19.1.1938, wurde ohne Eltern ausgewiesen, die sich im Kreisgericht in Iglau befinden, angeblich wegen Block- oder Zellenleitertätigkeit.

Es wird gebeten, vorstehend aufgeführte Beanstandungen zur Kenntnis zu nehmen und für Abstellung zu sorgen.<<

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Walter Kolbenhoff (1908-1993) berichtete am 10. April 1946 über die damaligen Zustände im Münchener Bahnhof (x111/156): >>Im Bahnhof und in dem ganzen umliegenden Gebiet wimmelt es von Gaunern, Geldwechslern, Betrügnern und Wegelagerern. Dazwischen Flüchtlinge, die Einsamen, Verlorenen, Verlassenen, die nicht wußten, wohin.

Jede Mauernische war ein Bordell, jeder türlose Hauseingang eine Markthalle für alles, was der Mensch brauchte.

Diese Ansammlung von Krüppeln, Huren, Strichjungen, von Heimatlosen, Suchenden und Gehetzten war die Masse, in der ich mich bewegte. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Thaddäus Troll (1914-1980, eigentlich Hans Bayer) schrieb am 10. April 1946 über die Verhältnisse in Tübingen (x111/152): >>Es roch in den Straßen von Tübingen nach schlechtem Tabak, nach Chanel Nr. 5 und nach markenfreiem Weißkohl.

Die Studenten waren dankbar, daß sie dem Krieg und dem politischen Terrorismus entronnen waren, sie waren fleißig und sahen eher wie pünktliche Buchhalter aus, die sich das Wohlwollen des Chefs verdienen wollten. ... Skeptiker, die zu den Krücken des Glaubens greifen, um sich in den Trümmern unserer geistigen Welt bewegen zu können.<<

Das Foreign Office wies den britischen Botschafter in Warschau am 10. April 1946 nochmals an, gegen die polnischen Umsiedlungsmethoden zu protestieren (x028/139): >>Der Zustand der Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in der britischen Zone gibt uns Anlaß zu sehr großer Sorge.

...

Bitte betonen Sie gegenüber der polnischen Regierung diesen Sachverhalt mit größtem Nachdruck und machen Sie ihr klar, ... daß wir gezwungen wären, weitere Umsiedler von Polen in die britische Zone abzulehnen, es sei denn, diese Transporte werden in geregelter und humaner Weise abgewickelt, wie es den Bedingungen der Potsdamer Konferenz entspricht.<<

Die tschechoslowakische Nationalversammlung beschloß am 11. April 1946 ein Gesetz über die Arbeits- und Lehrverhältnisse der Deutschen, der Madjaren, der Verräter und ihrer Helfershelfer (x004/288-289): >>... § 1 Die Arbeits- und Lehrverhältnisse der Personen, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nach dem Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik vom 2. August 1945 ... verloren haben, erlöschen an dem Tage, an dem dieses Gesetz in Kraft tritt, soweit darin nichts anderes bestimmt wird. ...

§ 2 Personen, deren Arbeits- und Lehrverhältnisse nach den Vorschriften des § 1 erloschen sind, sind verpflichtet, falls dies im öffentlichen Interesse notwendig ist, die Arbeit an ihrem bisherigen Arbeitsplatz ... unter den Bedingungen fortzusetzen, die ... nach dem Dekret ... vom 19. September 1945 ... (festgesetzt wurden). Darüber, ob die Fortsetzung der Arbeit im öffentlichen Interesse liegt, entscheidet die Bezirksbehörde für Arbeitsschutz ...

§ 5 Der Arbeitnehmer, dessen Arbeits- und Lehrverhältnis nach den vorstehenden Bestimmungen erloschen ist, hat keinen Anspruch auf die Leistung, welche ihm sonst nach Gesetz oder Vertrag für den Fall einer vorzeitigen Beendigung des Arbeits- und Lehrverhältnisses zustehen würde. ...<<

Gerhart Hauptmann war am 12. April 1946 erstmalig wieder fieberfrei (x035/224): >>Mein letztes Werk soll eine große Rede an das deutsche Volk sein. Mag sie ein anderer für mich halten!

Ich will noch einmal sagen, worum es geht: Furchtlosigkeit, Zuversicht und - Einigkeit ...<<

In der Aussiedlungsaufforderung vom 13. April 1946 für die Deutschen in Mährisch Trübau/Sudetenland hieß es (x004/338-339): >>... Sie werden hiermit verständigt, daß Sie ... in die amerikanische Okkupationszone nach Deutschland ausgesiedelt werden.

Gemeinsam mit Ihnen werden folgende Ihrer Familienmitglieder ausgesiedelt. ...

Ich fordere Sie daher auf, sich zu diesem Zwecke am 16. April, um 7 Uhr, mit allen oben bezeichneten Personen auf dem Sammelplatz in M. ... einzufinden.

Vor dem Abgang zur Sammelstelle sind sie verpflichtet, alle Eingänge (Türen) ... abzusperrern und das Schlüsselloch mit einem Papierstreifen, welcher mit Ihrem Namen versehen sein muß, so zu überkleben, daß die Schlösser der Türen nicht ohne Beschädigung der Papierstreifen geöffnet werden können.

Die Schlüssel Ihrer bisherigen Wohn- und Betriebsräume sind ordentlich zu einem Bund zusammenzubinden, mit Ihrem Namen und ihrer bisherigen Anschrift zu versehen und zum Sammelplatz mitzubringen.

Jede Person kann sich Gepäck im Höchstgewicht von 30 kg einschließlich nicht leicht verderbliche Lebensmittel für 7 Tage mitnehmen.

Es ist jedoch gänzlich unzulässig, solche Gegenstände mitzunehmen, deren Ablieferung ... angeordnet worden ist.

Ferner dürfen nicht mitgenommen werden:

a) Bargeld in tschechischen Kronen und anderen Währungen außer Reichsmark, jedoch höchstens nur 1.000 RM je Familie,

b) Einlagebücher,

c) wertvolle Uhren, Fotoapparate, Radiogeräte und Schreibmaschinen,

d) wertvolle Teppiche und wertvolle Pelze.

Jede Person muß ordentlich bekleidet und beschuht sein und eine der Jahreszeit entsprechende Zudecke mithaben, ferner eine Eßschale und Eßzeug und alle persönlichen Urkunden, wie Tauf- und Geburtsschein, Heimatschein, die Evidenzkarte (Registrierte Karte), Kennkarte und die Haushaltskarte, welche dem Vertreter des Mistni Narodni Vybor abzuliefern ist.

Gegenstände, welche nicht ausgeführt werden dürfen und welche auf Grund der gültigen Vorschriften bereits hätten abgeliefert sollen, bringen die zur Aussiedlung bestimmten Personen in Päckchen und dessen Inhaltsverzeichnis auf den Sammelplatz mit. Die Päckchen sind mit dem vollen Namen und der bisherigen Anschrift des Besitzers zu versehen.

Die Nichtbefolgung dieser Aussiedlungsvorschriften, besonders die Beschädigung und Zerstörung oder das Verstecken des hinterlassenen Vermögens, welches abgeliefert werden soll, als auch die Beihilfe zu solchen Handlungen, wird streng bestraft.<<

Fritz Opitz (Präsident der Rheinländischen Volkspartei) forderte am 14. April 1946 während einer Kundgebung in Mönchengladbach (x111/157): >>... Nur ein freier rheinischer Staat wird in der Lage sein, eine Wiederaufrüstung eines deutschen Reiches zu verhüten, das von einem Mittelpunkt aus regiert wird. Ein unabhängiges Rheinland wäre ein Bollwerk des Friedens gegen die seelenlose, aggressive Massenzivilisation.<<

In einem offenen Brief wurde am 15. April 1946 in der Provinz Sachsen die geplante Zwangsvereinigung von SPD und KPD in den fünf Ländern der sowjetischen Zone kritisiert (x111/157): >>... Sinn und Zweck der Vereinigung der Arbeiterparteien ist, die Arbeiterschaft mehr und sicherer unter kommunistischen Einfluß zu bringen und der bolschewistischen Aggression zugänglicher zu machen ...

Wir deutschen Arbeiter im abgetrennten Osten und in der Mitte des Reiches dürfen unsere Stimme nicht erheben wegen der Nähe der GPU (früher war es die Gestapo!).

Wir rufen Euch, Brüder im Westen, werdet die Sprecher für uns!<<

Konrad Adenauer schrieb am 16. April 1946 (x095/44-45): >>... Köln ist in seinen Hauptteilen zerstört. Es zählt wieder zur Zeit 500.000 Einwohner. Aber schätzungsweise wohnen 1/3 davon in Kellern oder mehr oder weniger zerstörten Gebäudeteilen. ...

Es sieht sehr ernst aus hier! Größte Arbeitslosigkeit, eine sehr schwere Ernährungskatastrophe. Keine Aussicht auf Besserung. ...

Bild von der Lage in Köln:

Geburtenziffer monatlich rd. 250.

Sterblichkeitsziffer monatlich rd. 650.

Ansteckende Krankheiten herrschen nicht in besonderem Maße. Die Menschen sterben an Schwäche. Was aus allem werden soll, ist noch völlig unübersichtlich. Ich glaube aber, daß noch viele Millionen in Deutschland sterben werden. Die Menschen sind meistens apathisch und hoffnungslos, die Jugend verwildert und verkommt. Die Verhältnisse von 1918 lassen sich auch nicht im entferntesten mit den Verhältnissen von heute vergleichen.

... Es gibt sehr wenige tüchtige Leute. Die beiden Kriege haben sehr große Lücken gerissen, und Nachwuchs ist infolge des verheerenden Einflusses der NSDAP nicht da. ...

Wir brauchen alle sehr viel Geduld! Es ist unsere einzige Stärke. ...<<

Der neue Rektor der Frankfurter Universität, Walter Hallstein (1901-1982, deutscher Jurist und CDU-Politiker), erklärte am 16. April 1946 (x111/158): >>Wir dürfen von der Gewißheit ausgehen, daß eine Wiederherstellung unserer Kultur nicht möglich ist, ohne daß der ursprüngliche Eigenwert der Persönlichkeit mit einzelnen Menschen wieder anerkannt wird. ... Soziale Tendenzen und Zweckgedanken haben zu einer Entmachtung des Individuums geführt, die eine Schmälerung des Privatgedankens zur Folge hatte.<<

In Den Haag trat am 18. April 1946 erstmalig der neue Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen (UNO, später UN) zusammen. Die UNO-Mitglieder verpflichteten sich zum Verzicht auf Gewaltanwendung. Eingriffe in die jeweilige Landesgerichtsbarkeit sah der UNO-Gerichtshof nicht vor.

Die sowjetische Besatzungsmacht und die Führung der KPD vollzogen am 20. April 1946 die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED.

Die SED berichtete am 19./20. April 1946 über die Vereinigung von SPD und KPD (x156/22-24): >>Am 19. und 20. April 1946 haben der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands übereinstimmend die Vereinigung beider Arbeiterparteien beschlossen. Beide Parteien treten daher am 21./22. April 1946 zu ihrem Vereinigungsparteitag in Berlin zusammen und beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituieren sich als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. ...

Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einen. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft und der entschiedenste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück überwinden wird. ...

Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien, unteilbaren deutschen Republik haben wird, und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt.

Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands ist daher das unaufschiebbare Gebot der Stunde!

Von diesen Erwägungen ausgehend wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf dem Boden folgender Grundsätze und Ziele gebildet:

I. Gegenwartsforderungen

1. Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes in Gesetzgebung und Verwaltung. Völlige Säuberung des gesamten öffentlichen Lebens, aller Ämter und Wirtschaftsleitungen von Faschisten und Reaktionären.
2. Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.
3. Vernichtung des reaktionären Militarismus, Entmachtung der Großgrundbesitzer und

Durchführung der demokratischen Bodenreform.

4. Ausbau der Selbstverwaltung auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen. Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch ehrliche Demokraten und bewährte Antifaschisten. Systematische Ausbildung befähigter Werktätiger als Beamte der Selbstverwaltungsorgane, als Lehrer, Volksrichter und Betriebsleiter unter besonderer Förderung der Frauen.

5. Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmen in die Hände der Gemeinden, Provinzen und Länder oder der gesamtdeutschen Regierung. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Unternehmungen in Wirtschaftskammern unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Stärkste Förderung des Genossenschaftswesens. Begrenzung der Unternehmergewinne und Schutz der Werktätigen vor kapitalistischer Ausbeutung.

6. Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung auf Grund von Wirtschaftsplänen. ...

12. Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik, Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien.

13. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden. Sicherung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards für das deutsche Volk im Sinne der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte.

14. Schärfster Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen andere Völker. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Nationen.

II. Der Kampf um den Sozialismus

Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert.

Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands: die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwaltung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die ausgebeutete und unterdrückte Klasse.

Sie kann sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur befreien, indem sie zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung befreit und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Der Sozialismus sichert allen Nationen, allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Erst mit dem Sozialismus tritt die Menschheit in das Reich der Freiheit und des allgemeinen Wohlergehens ein.

Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik.

Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerschlagung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus, sie wird aber zu revolutionären Mitteln

greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.<<

Am 21. April 1946 kamen die Delegierten des Vereinigungsparteitages im Berliner Admiralspalast zusammen, um die SED zu gründen.

Wilhelm Pieck (1876-1960, ab 1945 KPD-Vorsitzender, von 1946-54 Vorsitzender der SED) und Otto Grotewohl (1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ, von 1946-54 SED-Vorsitzender) reichten sich damals feierlich die Hände.

Grotewohl erklärte während des Vereinigungsparteitages (x073/231): >>... "30 Jahre Bruderkampf finden in diesem Augenblick ihr Ende.

An deinem 70. Geburtstag, Wilhelm Pieck, reichten wir uns die Hände für hunderttausende von Sozialdemokraten und Kommunisten.

Ich wünschte den Tag herbei, an dem sich unsere Hände nicht mehr zu trennen brauchten. Dieser Tag ist heute da.

Wer heute einen geschichtlichen Blick hat, der sieht heute Millionen von Sozialisten hinter uns stehen. Ein alter Traum ist Wirklichkeit geworden - die Einheit der deutschen Arbeiterklasse."

Die Antwort von Wilhelm Pieck: "Ja, lieber Otto Grotewohl, wir tragen beide, die wir zu Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei ausersehen sind, die besondere Verantwortung dafür, daß das Vertrauen der werktätigen Massen, das sie in die Sozialistische Einheitspartei setzen, gerechtfertigt wird.

Es ist eine große Aufgabe, ein neues antifaschistisches, demokratisches Deutschland zu schaffen, unserem Volk aus seiner Not herauszuhelfen und Frieden und Demokratie in diesem Deutschland zu sichern.

Wir werden es schaffen. Wir werden unsere Sozialistische Einheitspartei zu der Millionenpartei des deutschen werktätigen Volkes machen, um damit zu schlagen alle inneren Feinde und das große Werk zu vollenden, das wir uns gestellt haben – den Sozialismus."<<

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014, kehrte am 30.04.1945 als Mitglied der Gruppe "Walter Ulbricht" aus Moskau nach Deutschland zurück), der damals an dem Vereinigungsparteitag im Berliner Admiralspalast teilnahm, berichtete später (x156/24-25): >>...

Am 21. April, vormittags 10 Uhr, begann im Admirals-Palast zu Berlin der Vereinigungsparteitag. Mehr als tausend Delegierte und Hunderte von Gästen strömten in das Gebäude – der erste gemeinsame Parteitag der Kommunisten und Sozialdemokraten! ...

Den größten Beifall des gesamten Parteitages erntete Grotewohl mit seiner Erklärung: "Ich glaube nicht, daß es vermessen ist, und ich glaube auch nicht, daß die sowjetischen Besatzungsbehörden es mir etwa übelnehmen werden, wenn ich an dieser Stelle erkläre, daß die heute geschaffene Sozialistische Einheitspartei mindestens in der sowjetischen Besatzungszone durch ihre riesengroße politische Stärke eine so große Sicherheit für unseren Bestand in der sowjetischen Zone darstellt, daß wir auf die Bajonette der Russen nicht mehr angewiesen sind."

Der tosende, minutenlange Beifall und die begeisterten Zurufe waren ein Ausdruck der Hoffnung, daß mit der Gründung der SED die deutschen Sozialisten bald Herren im eigenen Haus sein würden, um dann auf Grund eigener Tradition einen selbständigen Weg zum Sozialismus zu beschreiten.

Grotewohl betonte besonders die Notwendigkeit der persönlichen Freiheit in der neuen Partei. Die Partei, so sagte er, habe die Aufgabe, "die freie Persönlichkeit zu entwickeln und zu entfalten. ... In keiner deutschen Partei lebt wohl die Achtung vor den Lebensrechten der Menschen heißer und stärker als in der Sozialistischen Einheitspartei".

Dann kam der Höhepunkt: Die Abstimmung über das Programm, das Statut und über den Beschluß zur Schaffung der SED. ...

Die SED war gegründet.

Abends kamen alle Delegierte und viele Funktionäre zu einem "frohen Ausklang" im Friedrichstadt-Palast zusammen. Bis auf den letzten Platz war das dreitausend Menschen fassende Gebäude besetzt, und vor den Eingängen standen noch Hunderte von Genossen. Hoffnungsvoll war dieser für uns ereignisreiche Tag zu Ende gegangen.

Alles schien für die Verwirklichung unserer Wünsche zu sprechen: die paritätische Besetzung der Leitungen, die mahnenden Worte über Kameradschaft und Vertrauen, die Pieck an die Kommunisten gerichtet hatte, die Beteuerungen Grotewohls über die Freiheit der Persönlichkeit in der neuen Partei, die erste Abstimmung, die einen Bruch mit der üblichen Einstimmigkeit gebracht hatte und von niemandem übel vermerkt worden war; die These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, die nur im Programm der SED ihren Niederschlag gefunden hatte; die Andeutungen Grotewohls über das vielleicht nahe Ende der sowjetischen Besetzung

...

An diesem Abend konnte ich nicht ahnen, daß von den Teilnehmern des Vereinigungsparteitages innerhalb weniger Jahre fast die Hälfte aus ihren Funktionen verdrängt, abgesetzt, verleumdet oder einer Säuberung zum Opfer gefallen sein würde. Auch die aktivsten Mitglieder der SED blieben von diesem Schicksal nicht verschont. ...<<

Die britische Militärregierung und die UNRRA errichteten am 22. April 1946 in Hamburg eine "Baltische Universität" für Esten, Letten und Litauer".

In Berlin erschien am 23. April 1946 erstmals das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland".

Die SED-Tageszeitung "Neues Deutschland" berichtete am 23. April 1946 über die SED-Gründung (x111/160): >>Die unheilvolle Zeit der Spaltung der Arbeiterbewegung ist beendet. Die beiden Arbeiterparteien haben sich auf der Basis gemeinsamer Grundsätze und Ziele eines einheitlichen Status vereinheitlicht. ...

Was heute getan und was heute unterlassen wird, ist für Generationen entscheidend. Einen ganz neuen Weg gilt es zu beschreiten, wenn Deutschland eine Zukunft gewinnen will. ...

Die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung wird die stärkste Garantie der Einheit Deutschlands sein. ...

Das neue Deutschland muß eine unteilbare, freie Republik sein; allen separatistischen Bewegungen sagen wir den schärfsten Kampf an.

Nur der Sozialismus, dessen Lehre von Marx und Engels begründet wurde, kann alle Lebensfragen unseres Volkes endgültig lösen, alle Quellen des gesellschaftlichen Reichtums erschließen und ein Reich wahrer Freiheit und Menschlichkeit schaffen. Die SED betrachtet sich als die Vollstreckerin dieses höchsten geschichtlichen Erfordernisses. Sie ist die Partei des Sozialismus.<<

Konrad Adenauer schrieb am 23. April 1946 (x095/47): >>... Die politische Tätigkeit, die ich habe auf mich nehmen müssen, weil schlechthin kein anderer da war, ist sehr aufreibend, körperlich anstrengend und sehr undankbar. Ich suche ihr zu entgehen, sobald ich es irgendwie verantworten kann.

Das ist ja überhaupt das Verhängnis für Deutschland, daß die alte Generation überall an die Spitze muß.

Die mittlere Generation fällt nahezu vollständig aus, weil sie in der Partei war.

Die junge Generation ist nicht urteilsfähig weder in politischer noch einer sonstigen Hinsicht. Sie muß völlig umerzogen werden. ...<<

Vertreter der nordamerikanischen Militärregierung in Deutschland und der CSR vereinbarten am 23. April 1946 weitere Modalitäten für die Ausweisung der Sudetendeutschen (x004/334-336): >>Betr.: Umsiedlung von Sudetendeutschen.

... Über folgende Punkte wurde ein Übereinkommen erzielt:

1. a) Beginnend mit 1.5.1946 werden die täglichen Flüchtlingszüge auf 6 vermehrt. 3 werden jeweils über Eger - Wiesau und 3 über Taus - Furth gehen. ...

b) Die Züge setzen sich aus Güterwagen zusammen. ... UNRRA- und polnische DP-Garnituren sollen und müssen soviel als möglich herangezogen werden. ...

e) Nach der Ankunft der Züge in Wiesau und Furth erlischt die tschechische Verantwortung für die Flüchtlinge. ...

2. Die Tschechen händigen dem Repatriierungsausschuß eine vollständige Liste von Krankenhaus- und Irrenfällen unter den Sudetendeutschen aus. ...

3. ... Es wird vereinbart, daß die Amerikaner Reichsdeutsche aufnehmen, die nach ihrer Aussage in der amerikanischen Besatzungszone wohnten. ... Die Amerikaner verpflichten sich, den britischen und französischen Vertretern des Repatriierungsausschusses nahezulegen, die Reichsdeutschen in ihrer Zone aufzunehmen. ...

5. Die Tschechen gestatten jedem Flüchtling, 500 RM mitzunehmen. ... Die Tschechen verpflichten sich, den Flüchtlingen jene Sparguthaben und Scheckbücher zu belassen, die auf reichsdeutsche Banken ausgestellt sind. ...

6. Es wird vereinbart, daß Familien, die nicht vollzählig sind, vorläufig nicht ausgewiesen werden. ...

7. Die Tschechen stimmen zu, Transportführer und Wagenälteste zu ernennen. ... Der Transportführer hat sich beim amerikanischen Offizier und den verantwortlichen Beamten zu melden. ...<<

Die "Schwäbische Donau-Zeitung" veröffentlichte am 27. April 1946 eine Rede des Ministerialdirektors Bäuerle anlässlich der Eröffnung der Ulmer Volkshochschule (x115/164-165):

>>... Die Ulmer Volkshochschule hat den Ehrgeiz, eine süddeutsche Angelegenheit zu werden. Sie will Grenzen aufstoßen und den Geist hin- und widerströmen lassen. Den Geist, der das Leben bejaht in allen seinen Erscheinungsformen, und der aus der Liebe zu allen Dingen kommt. Wir haben damit eine große Verpflichtung übernommen und sind uns dessen klar bewußt. Aber diese Arbeit muß getan werden, wenn anders wir nicht versanden wollen. Es geht einfach darum, den Anschluß an den Weltgeist wiederzugewinnen.

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg wurde die Volkshochschule ins Leben gerufen. Wir hofften damals, durch freie Bildungsstätten mithelfen zu können an dem Aufbau eines wahrhaft demokratischen Deutschlands, denn Demokratie setzt verantwortungsvolle Mitarbeit aller voraus. Verantwortung kann aber nur ein urteilsfähiger Mensch übernehmen. Es gibt aber keine Urteilsfähigkeit ohne Einsicht. Einsicht aber verlangt Wissen und Charakter.

Die heutige Aufgabe aller echten Bildungsarbeit ist, dem Menschen zu helfen, daß er den Weg zu sich selbst, zur Gemeinschaft findet, daß er imstande ist, den Lebenskreis auszufüllen, in den er gestellt ist. Bildung ist also nicht in erster Linie ein "Haben", sondern ein "Sein". Auch das größte Wissen und Können vermag nicht den Mangel an Charakter und Haltung zu ersetzen. ... Volksbildung wurde "Bildung zum Volk", Entfaltung der Kräfte des einzelnen zum Dienst in der Gemeinschaft. ... Entscheidend ist der Mensch, der im Leben verantwortlich tätige Mensch, der weiß, was er soll und kann, was er will. ...

Jede menschliche Gemeinschaft ist eine Streitbindung. Daß der Streit die Bindung nicht zerstört, daß die Bindung stärker ist als der Streit, daß das Gemeinsame stärker werde als das Trennende, darauf kommt es an. Zwei Dinge sind des Menschen not: Bindung und Freiheit, Bindung aus Freiheit, Freiheit in der Bindung. Das ist wahre Demokratie.

Demokratie versteht sich nicht von selbst, sie ist eine allseitige Erziehungsaufgabe. Was wir nicht wollen: Keine ungezügelter Freiheit, denn sie führt zum Kampf alle gegen alle. Keine Diktatur, weder einer Gruppe gegen alle anderen noch eines Volkes über die andern, denn das zerstört jede Gemeinschaft. Wir wollen weder Nationalismus noch Militarismus, weder Selbstverhimmelung noch Massendressur und Uniformierung. Wir sagen ab der Lüge, dem Haß, dem Unrecht, der Verleumdung und dem schlimmsten Feind aller Gemeinschaft, dem hinterhältigen Denunziantentum.

Was wir wollen und brauchen: Eine neue gültige Weltordnung. Anerkennung der sittlichen Werte, Achtung vor der Menschenwürde. Sie ist das Fundament aller Erneuerung, auch aller Gemeinschaft. Wir müssen wieder lernen aufeinander zu hören. Wir brauchen dringend geistige und seelische Erneuerung. ...

Mit Albert Schweizer wollen wir es halten: "Anfang alles wertvollen, geistigen Lebens ist der unerschrockene Glaube an die Wahrheit, das offene Bekenntnis zu ihr."<<

Am 1. Befreiungstag des Konzentrationslagers Dachau wurde am 28. April 1946 auf dem Dachauer Waldfriedhof ein Gedenkstein für die NS-Opfer enthüllt.

Der Stettiner Stadtkommandant Zaremba forderte am 29. April 1946 von den Sowjets die Übergabe der Insel Usedom (pommersche Insel vor dem Stettiner Haff, 445 qkm) und eine Gebiet entlang des Rendow-Flusses an Polen (x111/161).

Die US-Militärregierung begründete am 29. April 1946 in einem Rundschreiben die Notwendigkeit des "Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" (x114/2.141):

>>Für das deutsche Volk stellt dieses Gesetz die Möglichkeit dar, zu beweisen, daß es auf dem Wege zum Aufbau eines friedliebenden Deutschland Fortschritte macht und daß man bald größere Verantwortung in seiner Selbstregierung übertragen kann.

Sollte sich das Gesetz als ein Fehlschlag erweisen, so würde das bedeuten, daß das deutsche Volk noch nicht reif ist, die Scherben seiner politischen Vergangenheit selbst zu beseitigen.

...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 30. April 1946 über den "1. Mai" (x111/162):

>>... Allzu leichtfertig hat die deutsche Arbeiterschaft selbst ihre so teuer erkauften Errungenschaften im Jahre 1933 preisgegeben. Niemals hätte Hitler an die Macht kommen können, wenn die Arbeiterschaft den festen, einheitlichen Willen gehabt hätte, es zu verhindern ... Zum ersten Male darf das deutsche Volk den 1. Mai feiern im Zeichen einer politischen Neuordnung, die noch kaum begonnen hat, die uns allen aber als unausweichliche Aufgabe gesetzt ist.

Was haben wir aus dem nationalsozialistischen Experiment gelernt? Haben wir verstanden, was Demokratie, was Menschenrecht, was Völkerfriede für jeden einzelnen von uns bedeutet?<<

Konrad Adenauer erklärte im April 1946 (x243/218): >>Ich verstehe das Verlangen Frankreichs und der übrigen westlichen Welt nach Sicherheit. Ich bin auch für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. ...

(Eine) konstruktive Lösung erblicke ich allein in der Gründung der Vereinigten Staaten Europas unter Führung von England und Frankreich. (Dazu) muß auch Deutschland gehören. ...

Eine Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Englands und Deutschlands (ist) notwendig.<<

Der deutsche Historiker Hans-Peter Schwarz schrieb später über Adenauers außenpolitische Konzeption (x128/204): >>... Auch für manche Mitglieder des engeren Gründerkreises der CDU überraschend, räumte er prinzipiellen außenpolitischen Erklärungen einen relativ breiten Raum ein.

Realistisch meinte er zwar: "Außenpolitik wird Deutschland für lange Zeit nur in beschränktem Umfang treiben können", beeilte sich aber hinzuzufügen: "Sein Ziel muß sein, zu gegebener Zeit in die Vereinigung der Nationen gleichberechtigt aufgenommen zu werden."

Das deutsche Volk habe trotz der Untaten des Nationalsozialismus einen Anspruch darauf, nicht allein nach dieser Epoche seiner Geschichte beurteilt zu werden.

Nun dasselbe wurde zu dieser Zeit auch von Kurt Schumacher proklamiert. Bemerkenswert aber und für ... 1946 nicht alltäglich war es, wenn Adenauer die Hoffnung formulierte, "daß in nicht ferner Zukunft die Vereinigten Staaten von Europa, zu denen Deutschland gehören würde, geschaffen werden und daß dann Europa, dieser von Kriegen durchtobte Erdteil, die Seg-

nungen eines dauernden Friedens genießen wird." ...

Bei den meisten größeren Reden während der folgenden Monate stellte Adenauer seinen Gedanken einer "organischen Lösung" des deutschen Problems durch Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen in den Mittelpunkt seiner außenpolitischen Ausführungen. ...

Die Europaidee begegnet während der Jahre bis zur Schaffung der Bundesrepublik in allen seinen Überlegungen stets als Zauberformel zur Entwirrung schwieriger Probleme. Sie sollte gleichermaßen gegenüber den französischen Forderungen nach Internationalisierung des Ruhrgebietes wie gegenüber belgischen und holländischen Gebietsansprüchen helfen, sollte die Saarfrage lösen und die Einschnürung Deutschlands durch auferlegte Kontrollen überflüssig machen.

Energische Verwahrungen gegen Ansprüche der Siegermächte folgten mit steter Regelmäßigkeit der Hinweis auf kooperative Möglichkeiten im Rahmen der Vereinten Staaten von Europa.<<

Im April 1946 erschien in Frankfurt die erste Ausgabe der Frankfurter Hefte.

Das Internetportal "Wikipedia" berichtete später über die Frankfurter Hefte (x1.003/...): >>...

Die nach ihrem Verlagsort benannten *Frankfurter Hefte* wurden im 1946 als monatlich erscheinende *Zeitschrift für Kultur und Politik* (so der Untertitel) gegründet. Gründer waren der Sozialwissenschaftler Eugen Kogon und der Publizist Walter Dirks, die auch als Herausgeber auftraten, sowie der spätere Fernsehdirektor des Bayerischen Rundfunks und Präsident der Hochschule für Fernsehen und Film München Clemens Münster und der Journalist und Übersetzer Walter Maria Guggenheimer.

Politisch orientierte sich die Zeitschrift am Ideal des christlich-demokratischen Sozialismus, das sie in der deutschen Nachkriegsgesellschaft einbringen wollten. Kogon und Dirks hatten 1945 die "Frankfurter Leitsätze" verfaßt, auf denen das Gründungsprogramm der hessischen CDU basierte, das - ähnlich wie das bekanntere Ahlener Programm in Nordrhein-Westfalen - unter Berufung auf die katholische Soziallehre eine Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und weitgehende Mitbestimmung forderte.

Nachdem sich diese Ideen innerhalb der CDU jedoch nicht durchsetzten, wandten Kogon und Dirks sich bald wieder von der Partei ab. Statt dessen verfolgten die Herausgeber mit den *Frankfurter Heften* fortan das Ziel einer kritischen Kulturzeitschrift, die auch breitere Leserkreise ansprechen und u.a. für die Ideen des christlichen Sozialismus gewinnen sollte.

Im Laufe der Zeit entwickelte die Zeitschrift jedoch ein breiteres Profil und wurde einer der wichtigsten Zeitschriften der frühen Bundesrepublik; Ernst-Otto Czempiel bezeichnete sie als "intellektuelle Agora der Bundesrepublik", in der jeder schrieb, der "Rang und Namen hatte".

Die erste Ausgabe erschien im April 1946, die letzte 1984. Der Preis betrug am Anfang 2 Reichsmark (RM), am Ende 9 Deutsche Mark (DM). Die Zeitschrift war mit einer *Military Government Information Control License Nummer* ausgestattet, der US-W-2010. Die stärkste Verbreitung fand die Zeitschrift zwischen 1946 und 1950, als sie eine Auflage von 50.000 bis 75.000 Exemplaren erreichte.

Thematische Schwerpunkte waren:

- Rolle, Aufgabe und Probleme von Publizisten
- Christentum, Kirche und Leben
- Sozialismus und Marxismus (Vereinbarkeit von Freiheit und Christentum, Idee des christlichen Sozialismus)
- Betrachtungen theoretischer/politischer Natur zu Rußland und den USA (Modell und System)
- Schule, Bildung, Hochschule
- Literatur: Neubetrachtungen von Belletristik, Sachbücher, Neuerscheinungen ...

Bei der zweiten Bundestagswahl 1953 hatte die SPD eine schwere Niederlage hinnehmen

müssen; während das rechte bzw. "bürgerliche" Lager über 60 % der Stimmen erhielt, kam die SPD lediglich auf 28,8 %.

Insbesondere die von Kanzler Konrad Adenauer geführte CDU/CSU konnte sich mit 45,5 % stark von der 1949 noch fast gleich starken SPD absetzen und verfehlte die absolute Mehrheit nur um einen Sitz.

In dieser Situation gründeten sozialdemokratische bzw. der SPD nahestehende Intellektuelle eine Zeitschrift, in der u.a. theoretisch-programmatische Vorschläge diskutiert werden sollten, um die noch primär als traditionelle Arbeiterpartei wahrgenommene Partei stärker in die Mitte der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft zu rücken und für bürgerliche Wählerschichten attraktiver zu machen; dazu gehörte u.a. die Annäherung an die Kirchen. Gründungsherausgeber der im zweimonatlichen Rhythmus erscheinenden *Neuen Gesellschaft* waren der Staatsanwalt Fritz Bauer, der später die ab 1963 stattfindenden Ausschwitzprozesse organisierte, der spätere Initiator des Godesberger Programms Willi Eichler, der zu den "Vätern des Grundgesetzes" zählende Staatsrechtler Carlo Schmid sowie der Soziologe Otto Stammer.

Erster Chefredakteur ab 1954 war der spätere SPD-Bundestagsabgeordnete und Politikwissenschaftler Ulrich Lohmar, zu dieser Zeit Assistent des Soziologen Helmut Schelsky und Bundesvorsitzender des damals noch SPD-nahen SDS. 1968 folgte ihm der Stern-Redakteur Leo Bauer, der - ebenfalls SPD-Mitglied - Berater Willy Brandts bei der neuen Ostpolitik war. Bauers Nachfolger von 1972 bis 1982 war Herbert Wehner sowie ab 1983 Peter Glotz, in dessen Anfangszeit die Übernahme der *Frankfurter Hefte* fiel (1985).

Glotz blieb bis zu seinem Tod 2005 Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung läßt die alten der Ausgaben der *Neuen Gesellschaft* digitalisieren; die bisher erfaßten Exemplare sind momentan (Stand Januar 2014) nur aus dem Intranet der Stiftung erreichbar. ...<<

Im April 1946 waren von den 17.999 deutschen Häftlingen des Internierungslagers Rudolfs-gnad etwa 46 % Jungen und Mädchen im Alter bis 14 Jahre (x006/505).

Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes berichteten im April 1946 über die Arbeit der deutschen Kriegsgefangenen in französischen Bergwerken (x130/181): >>Die Suche nach Werkzeugen ist häufig langwierig. Sie dient den Aufsehern als Vorwand, die Gefangenen des Spazierengehens zu beschuldigen und sie zu schlagen. ...

Manchmal sind die Gefangenen für mehrere Tage arbeitsunfähig, gewöhnlich leiden die schwächeren Gefangenen am meisten. ...

Häufig sind kranke Gefangene gezwungen, eine Doppelschicht zu machen, wenn sie das Pech haben, auf einen Aufseher zu stoßen, der ihre Krankheit als Ausdruck von Arbeitsunwillen auffaßt. Einige Gefangene wurden gezwungen, 19 Stunden ununterbrochen zu arbeiten, ohne Nahrungsaufnahme und ohne Ruhepausen. ...<<

Der sudetendeutsche Politiker Wenzel Jaksch berichtete im April 1946 aus London (x124/150-151): >>Noch ist die Atmosphäre sehr vergiftet und die Gutgesinnten drüben sind in schwacher Position. Man sollte zunächst das Mögliche und Unaufschiebbares anstreben. ...

Die britischen Tageszeitungen berichten leider über die Vorgänge in der Sowjetunion sehr unkritisch und werden außerdem oft von Reisenden bedient, die ihre unbezahlten Hotelrechnungen in Prag durch die Wiedergabe von Propaganda-Märchen begleichen. In der Kunst der Täuschung sind unsere ehemaligen Landsleute wahrlich groß.

Aber in maßgeblichen britischen Kreisen zirkuliert sehr viel mehr Material als in der Presse erscheint. Langsam wird ein Stimmungsumschwung erkennbar. Er kommt aber für die Rettung unserer Heimat zu spät.

In der nächsten Zeit liegt der Schlüssel für eine neue Einstellung der Westmächte uns gegenüber in Amerika. Dort macht das Vertreibungsproblem mehr Eindruck als auf das müde, durch Kriegsgreuel abgestumpfte Europa. Am besten erscheinen die Aussichten in Kanada.

Dort kämen 400.000 Deutschstämmige und die Hilfsbereitschaft katholischer und lutherischer Kreise dafür in Frage.

In den USA könnte mehr getan werden. Die Steuben-Gesellschaft wird wieder aktiv. Der Vorstoß von 33 Senatoren zur Bekämpfung des Hungers in Deutschland und Österreich hängt zweifellos mit der Einflußnahme deutschamerikanischer und christlicher Kreise zusammen.

... Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, um den Opfern des östlichen Rassismus zu helfen.

Wenn es in Europa nicht noch weiter bergab gehen soll, dann müßte in Jahresfrist das Flüchtlingsproblem ein zentrales Thema der Friedensgestaltung werden. ...<<

Feldmarschall Montgomery berichtete am 1. Mai 1946 in einer Denkschrift für den britischen Premierminister (x114/1.152): >>Morgen verlasse ich Deutschland. ... Ich bin nicht zufrieden. Ich glaube, das Gesamtbild ist eher trüb, wenn nicht sogar schwarz. Wir müssen jetzt die Entscheidung darüber treffen, ob wir die Deutschen ernähren wollen oder sie verhungern lassen sollen. Grundsätzlich dürfen wir das letztere nicht tun. Wenn wir so dächten, dann hätten alle unsere übrigen Anstrengungen keinen Sinn mehr.

Wir müssen mit dem Wiederaufbau beginnen. Und vor allen Dingen müssen wir dem deutschen Volk erklären, was mit ihm und seinem Land geschehen soll. Wenn wir das nicht tun, dann gehen wir möglicherweise einem Scheitern entgegen. Es wird dadurch gekennzeichnet sein, daß eine feindliche Haltung in der Bevölkerung heranwächst, die sich dann vielleicht nach Osten wendet. Solch ein Deutschland wäre eine Bedrohung für die Sicherheit des britischen Empire. Andererseits könnte ein zufriedenes Deutschland mit einer gesunden politischen Basis ein großer Vorteil für die Sicherheit des Empire und für den Frieden der Welt darstellen. ...<<

Die "Schwäbische Donau-Zeitung" veröffentlichte am 1. Mai 1946 eine Rede des Kultusministers Theodor Heuss über "Die nationale Idee im Wandel der Geschichte" (x115/165): >>... Unser nationales Gefühl ist im Laufe unserer Geschichte öfters stark erschüttert worden, und es dauerte lange, bis es sich gestaltete. Eine Revision unseres Geschichtsbildes ist dringend notwendig. Das geschieht aber nicht dadurch, daß man nur die braune Farbe abwischt, sondern sich offenen Herzens sich zu den Idealen einer wahren Demokratie bekennt. Wir müssen die Vergangenheit wieder wahrhaftig sehen.

Das vergangene Regime hat sich ... durch sein übersteigertes Nationalgefühl den Haß und den Spott der ganzen Welt zugezogen. Wir müssen lernen, auch die Mentalität der anderen Völker wieder zu achten und zu verstehen.

Das Ringen um die Reichseinheit geht durch die ganze Geschichte. Auf dem Wiener Kongreß wurde die Einheit Deutschlands ... durch das Übergewicht der europäischen Mächte verhindert. Auch das Bismarckreich konnte kein Einheitsstaat werden, weil das Gefühl der Selbständigkeit der Einzelstaaten noch zu stark war. Seit 1914 hat die reichstreue Gesinnung im deutschen Volke ständig zugenommen, wenn die parteipolitische Zersplitterung auch darüber hinwegzutäuschen scheint. Der Partikularismus (Sonderbestrebungen staatlicher Teilgebiete) trat nach der Revolution von 1918 wieder auf.

Heute, nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg, müssen wir alles tun, um jede politische Zersplitterung zu verhindern. Unser Streben muß auf die Förderung des Reichsgedankens und des kulturellen Aufstieges unseres Gesamtvolkes gerichtet sein. Eine Resignation dürfen wir jetzt nicht aufkommen lassen, das Leben geht weiter. Die Welt wird arm sein ohne den deutschen Geist, wie wir arm sein würden ohne den Kontakt mit der übrigen Welt.

Wir müssen wieder zur abendländischen Ordnung zurückfinden, zu einem echten und wahren Sinn unseres Volkes, von Antike und Christentum geformt, die das Elementare unserer Volksgeschichte waren und wieder werden sollen.<<

Feldmarschall Montgomery forderte am 2. Mai 1946, Deutschland als wirtschaftliche Einheit

zu behandeln (x114/1.143): >>Wir müssen uns entscheiden, was es heißt, ein neues Deutschland aufzubauen. Seine Ostgrenze wurde in Potsdam vereinbart. Die Festlegung seiner Westgrenze steht jedoch noch aus; dieses Problem läßt sich kurz mit dem Namen Saar-, Ruhrgebiet und Rheinland umreißen. Wir müssen aber dem deutschen Volk endlich sagen, was zu seinem Lande gehören soll und was nicht.

Den Menschen, die in diesem Deutschland wohnen, müssen wir einen erträglichen Lebensstandard geben und die Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft. Ein solcher Lebensstandard läßt sich auch mit der vereinbarten Industrieleistung vereinbaren, aber nur unter bestimmten Bedingungen.

Die wichtigste ist, daß Deutschland als wirtschaftliches Ganzes behandelt wird. Das geschieht zur Zeit nicht, einmal weil die Franzosen dagegen sind und zweitens wegen der Haltung der Russen. Ich bin nicht sicher, ob die Russen überhaupt jemals Deutschland als wirtschaftliches Ganzes behandeln werden, so wie wir das verstehen. Ja, ich bin sogar überzeugt, daß sie es nicht tun werden, es sei denn, wir setzen sie zusammen mit den anderen Alliierten unter Druck. Das ganze Land liegt so im argen, daß es nur in Ordnung kommen kann, wenn wir die Deutschen selbst darauf ansetzen.<<

Der Zahnarzt Dr. B. berichtete am 3. Mai 1946 aus dem Eichsfeld in Thüringen (x124/169): >>Viele bringen sich hier mit dem sogenannten "Handwagenschein" durch, d.h. sie transportieren mit ihrem Wägelchen das Gepäck derjenigen, die ins Durchgangslager Friedland wollen. Bis zum Zielort sind es 25 km und man kann ganz schön verdienen dabei.

Den Schein gibt es beim Arbeitsamt, das Betriebskapital ist ein Handwagen und die eigene Muskelkraft. Natürlich nehmen die Autobesitzer ein Vielfaches ein. Sie kassieren pro Kopf 20 RM, eine runde Sache bei 30 Fahrgästen und 40 km Fahrt.

Der Flüchtlingsstrom reißt nicht ab. Bei Duderstadt liegt die Einschleuse zur russischen Zone. Man kann sich nur wundern, wieviel Menschen in beiden Richtungen unterwegs sind. ...<<

Die "Arbeitsgemeinschaft deutscher Flüchtlinge e.V." wurde am 4. Mai 1946 durch die britische Militärregierung aufgelöst (x024/213).

Der Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 4. Mai 1946 eine Verordnung über die Organisation, den Dienst, die Schulung sowie die Disziplinarvorschriften der Bürgerwehr (x003/198): >>... § 1. Die Bürgerwehr untersteht unmittelbar dem örtlich zuständigen Kommandanten der Bürgermiliz.

§ 2. Kommandant der Bürgerwehr ist der örtlich zuständige Gemeindevorsteher ...

§ 3. Die Bürgerwehr übt ihren Dienst auf Grund von Instruktionen und Anordnungen der Organe der Bürgermiliz aus.

§ 4. Die Mitglieder der Bürgerwehr tragen im Dienst auf dem linken Arm eine weiß-rote Binde. ...

§ 5. Die Bürgermiliz verteilt an die Mitglieder der Bürgerwehr Waffen.

§ 6. Die Waffen und die in § 4 genannten Armbinden sind nach dem Dienst bei den Gemeindepunkten der Bürgermiliz abzugeben; in Dörfern, in welchen die Miliz keine Posten unterhält, sind die Waffen beim Schulzen oder beim Ortsvorsteher abzugeben.

§ 7. Der Schulze oder Ortsvorsteher ist verantwortlich für die bei ihm abgegebenen Waffen sowie für ihre Instandhaltung. ...<<

Die bayerische Heimat- und Königsparthei forderte am 4. Mai 1946 die Wiederherstellung der Monarchie.

Diese Partei wurde 3 Tage später durch die US-Militärregierung verboten.

Die Zeitung "NEUE ZÜRICHER NACHRICHTEN" veröffentlichte am 6. Mai 1946 den gemeinsamen deutschen Hirtenbrief vom 27.3.46.

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1989 berichtete später über diesen verbotenen Deutsche Hirtenbrief vom 27.3.46 (x853/...): >>... Die NZZ läßt dem Text

folgende Bemerkung vorausgehen: "Wir veröffentlichen den letzten Hirtenbrief der westdeutschen Bischöfe, welcher zu den jüngsten Schwierigkeiten Anlaß gegeben hat. Wie vom Korrespondenten des amerikanischen katholischen N.C.W.C., ... Herrn Dr. M. Jordan, mitgeteilt wird, ist der Hirtenbrief in der englischen Zone verlesen, in der amerikanischen und französischen auf Grund gütlicher Vereinbarung mit den betreffenden Bischöfen zurückgezogen worden."

Geliebte Diözesanen!

... Das Nationalsozialistische Reich hat zum sittlichen Niedergang des Volkes vielleicht am meisten dadurch beigetragen, daß es das Rechtsempfinden systematisch niedergetreten hat. Es hat alles Recht einseitig aus dem Nutzen des eigenen Volkes und aus dem Willen eines Menschen abgeleitet und kein objektives, letztlich in Gott begründetes Recht anerkannt.

So hat es eine Willkürherrschaft geschaffen, die jedes Recht der Einzelpersonen, der Familie, der Völker untereinander mit Füßen trat. Der Mensch aber, der sich rechtlos weiß, der durch Terror, Bespitzelung, polizeiliche Allgewalt in beständiger Unsicherheit und Angst gehalten wird, verliert den inneren Halt. Er verfällt leicht der Unaufrichtigkeit und Heuchelei und gerät in Gefahr, selber mit List und Gewalt seine Vorteile durchzusetzen, sobald er dazu in der Lage ist.

Wir hatten gehofft, daß nach dem Sturz des Nationalsozialismus einerseits eine strenge Bestrafung derjenigen erfolgen werde, die an den Verbrechen schuldig sind, die sowohl am eigenen Volk wie gegenüber den Angehörigen fremder Völker und Rassen in entsetzlichem Ausmaß geschehen sind.

Andererseits hofften wir, daß die neuen Machthaber alles daran setzen würden, um das Rechtsbewußtsein im deutschen Volke und die Rechte der Einzelperson wieder neu zu begründen und so einer inneren Gesundung des deutschen Volkes vorzuarbeiten.

Bei aller Anerkennung der Bemühungen um die Einführung demokratischer Verwaltungsformen und um die Wiederbelebung des Erziehungswesens müssen wir doch gestehen, daß wir aufs tiefste enttäuscht sind durch das Weiterbestehen einer großen Rechtsunsicherheit.

Vor einigen Wochen schon sahen wir uns veranlaßt, Stellung zu nehmen zu den himmel-schreienden Vorgängen im Osten Deutschlands, vor allem in Schlesien und im Sudetenland, wo mehr als 10 Millionen Deutsche aus der angestammten Heimat in brutaler Weise vertrieben werden, ohne daß untersucht wird, ob eine persönliche Schuld vorliegt. Keine Feder kann das namenlose Elend schildern, das dort unter Mißachtung jeglicher Menschlichkeit und Gerechtigkeit sich vollzieht. All diese Menschen werden ohne jede Habe, ohne die Möglichkeit einer Existenzgründung im Restdeutschland zusammengepfercht.

Es ist nicht abzusehen, wie diese aus der Heimat vertriebenen Massen nicht zu friedlosen und friedensstörenden Elementen werden sollten. Das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes erleidet ferner schwere Einbußen dadurch, daß heute fast ein Jahr nach Einstellung der Feindseligkeiten, noch Millionen deutscher Kriegsgefangener auf unbestimmte Zeit vielfach unter erbärmlichen Umständen festgehalten und der Freiheit beraubt sind.

Hunderttausende, wenn nicht Millionen, werden wie Sklaven zu schwerer Zwangsarbeit herangezogen, obwohl das einzige, was man ihnen vorwerfen kann, die Tatsache ist, daß sie Soldat waren. Viele von diesen Ärmsten sind noch immer ohne Nachricht von daheim und haben ihren Lieben auch noch kein Lebenszeichen geben dürfen. Das bittere Gefühl des Unrechts - viele haben ihre Gesundheit, ja das Leben eingebüßt - muß sich bei ihnen und bei ihren Angehörigen unheilbar festsetzen.

Wie ein Alpdruck lastet auf dem deutschen Volke die oft verfehlte Art, wie seine Besieger die Stellen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft von Anhängern des alten Regimes zu säubern suchen. Wir wissen, wie schwer es namentlich für Außenstehende ist, wirkliche Nazisten von bloßen Mitläufern zu unterscheiden; wir wissen, wie geradezu widerlich und würdelos

das Treiben nicht weniger Deutscher ist, die ihre eigenen Landsleute anschwärzen und zu entfernen suchen.

Wir sehen uns aber auch genötigt, zu erklären, daß fristlose und versorgungslose Entlassung Tausender von Beamten und Wirtschaftlern, die Verhaftung weiterer Tausender ohne richterlichen Spruch, ihre Freiheitsberaubung ohne Möglichkeit der eigenen Verteidigung, ohne Möglichkeit, mit den nächsten Angehörigen in Verbindung zu treten, das Rechtsbewußtsein des Volkes empfindlich treffen.

Soll eine innere Gesundung des Volkes angebahnt werden, so muß alles, was an Gestapo, Konzentrationslager und ähnliche Dinge erinnert, aus dem öffentlichen Leben verbannt werden. Sonst greift eine innere Vergiftung Platz, die einen moralischen und religiösen Aufstieg aufs äußerste erschwert, wenn nicht unmöglich macht.

Der heilige Vater hat in seiner bedeutungsvollen Ansprache vom 20. Februar 1946 erklärt, es sei ein Irrtum zu behaupten, daß man einen Menschen schon deshalb als schuldig oder verantwortlich behandeln könne, weil er einer bestimmten Gemeinschaft angehöre, ohne daß man sich die Mühe gebe, im einzelnen Falle zu untersuchen, ob der Betreffende durch sein Handeln oder Unterlassen sich persönlich schuldig gemacht habe. Das bedeutet ein Eingreifen in die Rechte Gottes, der allein in seiner stets liebevollen Weisheit die Geschicke der Schuldigen und der Unschuldigen miteinander verketteten könne.

Mit diesen Worten hat der heilige Vater klar und eindeutig die Theorie von der Kollektivschuld eines ganzen Volkes abgelehnt und das Handeln danach als einen Eingriff in die Rechte Gottes bezeichnet. Er hat es damit aber auch abgelehnt, daß man die Angehörigen irgendwelcher Gemeinschaften einfach ... als Verbrecher behandeln dürfe, ohne im einzelnen Fall eine Schuld nachgewiesen zu haben.

Eine weitere Maßnahme darf nicht stillschweigend übergangen werden, die gegen Gesetz und Recht verstößt und geeignet ist, die christliche Eigentumsordnung zu gefährden. In den östlichen Teilen von Restdeutschland wird unter dem Schlagwort "Bodenreform" eine Enteignung des Grundbesitzes in radikaler Weise vorgenommen.

Wir Bischöfe sind der Überzeugung, daß die ungleiche Verteilung des Besitztums, besonders an Grund und Boden, eine der tiefsten Quellen sozialer Mißstände ist. Wir halten es für eine vordringliche Aufgabe der Staatsgewalt, für eine angemessene Verteilung der Erdengüter gerade jetzt zu sorgen, wo der Boden so verknappt ist und Millionen Deutscher bettelarm geworden sind. Wir sehen es als ein ernsthaft zu erstrebendes Ziel an, daß möglichst vielen deutschen Familien ein Stück deutschen Bodens zur Verfügung gestellt wird. Die Kirche ist bereit, auch mit den Ländereien, die ihr gehören, zu diesem Ziele mitzuwirken.

Was aber jetzt im deutschen Osten geschieht, hat mit echter Bodenreform kaum etwas zu tun. Eine Bodenreform muß wohlüberlegt und von Fachleuten gründlich vorbereitet sein, soll nicht ein starker Rückgang der Erzeugung eintreten, der gerade in diesem Augenblick katastrophal wirken muß. Sie muß vor allem das Land erfassen, das bereits der öffentlichen Hand gehört und bisher militärischen und nicht notwendigen verkehrstechnischen Zwecken diente.

Soll das Privateigentum angegriffen werden, so darf unter keinen Umständen eine gänzliche und entschädigungslose Enteignung stattfinden, es sei denn, daß eine Wiedergutmachung schwerer Schuld in Frage käme.

Den bisherigen Eigentümern muß ein angemessener Besitz gewahrt bleiben, der ihnen und ihren Kindern die Fortführung eines landwirtschaftlichen Betriebes sichert. Es ist den Enteigneten gegenüber eine Entschädigung vorzusehen, die nach Maßgabe aller Umstände des Falles und der allgemeinen Lage als angemessen bezeichnet werden muß.

Nur unter Einhaltung dieser Regeln kann eine Bodenreform als gerecht angesehen werden. Nur dann kann man eine neue Verwurzelung der Menschen in heimatlicher Erde und deren heilsame Früchte erhoffen.

"Opus justitiae pax", "Der Friede ist das Werk der Gerechtigkeit", so lautet der Wahlspruch unseres heiligen Vaters. Nach Frieden sehnt sich die ganze Welt. Wie ein Aufschrei geht es vom Osten zum Westen, vom Norden zum Süden: "Dona nobis pacem"! Schenke uns den Frieden. Der wahre, dauerhafte, ganze Friede wird uns nur dann von Gott (gegeben), wenn wir Menschen wieder Recht und Gerechtigkeit als Grundlage aller Gemeinschaft anerkennen.

Möchten Sieger und Besiegte dessen eingedenk sein! Möge ein jeder in seinem Bereich vor jeglichem Rechtsbruch sich hüten und seinen Teil dazu beitragen, daß vor allem die junge Generation von dem verderblichen Irrtum befreit wird, daß Gewalt vor Recht geht!

Möge sie neue Ehrfurcht gewinnen vor der Majestät des in Gott gründenden Rechtes, auch wenn es auf seiten des Schwächeren liegt!

Erst wenn diese Ehrfurcht wieder einzieht, können bessere, wahrhaft friedvollere Zeiten kommen.

Werl, den 27. März 1946

Die Bischöfe der Kölner und Paderborner Kirchenprovinz.<<

Der niederländische Politiker Anton Adriaan Mussert wurde am 7. Mai 1946 in Den Haag hingerichtet.

Am 8. Mai 1946 (1. Jahrestag der deutschen Kapitulation) wurde die erste Leipziger Frühjahrsmesse nach dem Zweiten Weltkrieg eröffnet. 2.746 Firmen (1933 = 6.292 Firmen) stellten auf dem Ausstellungsgelände ihre Produkte (25 % von 1933) aus (x111/167).

Der Münchner Bürgermeister Karl Scharnagl forderte am 8. Mai 1946 während einer Rundfunkrede den Rücktransport der 380.000 Ausländer, die sich noch in Bayern aufhielten (x124/171).

Karl Dönitz erklärte am 8. Mai 1946 vor dem Nürnberger Militärgerichtshof (x111/166): >>...

Ich möchte gerne fragen, welcher Soldat irgendeiner Nation, der einen militärischen Auftrag erhalten hat, das Recht hätte, die Führung um Prüfung der Frage zu ersuchen, ob sich aus diesem Auftrag ein Angriffskrieg entwickeln könnte.

Ich hatte nicht darüber zu befinden, ob die Regierung einen Angriffskrieg vorbereitet oder ob sie lediglich Vorbeugungsmaßnahmen treffe.<<

Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch (1911-1991) berichtete am 8. Mai 1946 in seinem Tagebuch über die damaligen Zustände in Frankfurt (x111/167): >>... Eine Tafel zeigt, wo das Goethe-Haus stand.

Daß man nicht mehr auf dem alten Straßenboden geht, entscheidet der Eindruck: die Ruinen stehen nicht, sondern versinken in ihrem eigenen Schutt, und oft erinnert es mich an die heimatlichen Berge, schmale Ziegenwege führen über die Hügel von Geröll, und was noch steht, sind die bizarren Türme eines verwitterten Grates; einmal eine Abort-Röhre, die in den blauen Himmel ragt, drei Anschlüsse zeigen, wo die Stockwerke waren.

So stapft man umher, die Hände in den Hosentaschen, weiß eigentlich nicht, wohin man schauen soll.<<

Die vorläufige Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik verabschiedete am 8. Mai 1946 ein Gesetz über die Rechtmäßigkeit von Handlungen, die mit dem Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhingen (x004/291):

>>... § 1 Eine Handlung, die in der Zeit vom 30.09.1938 bis zum 28.10.1945 vorgenommen wurde und deren Zweck es war, einen Beitrag zum Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zu leisten, oder die eine gerechte Vergeltung für Taten der Okkupanten oder ihrer Helfershelfer zum Ziele hatte, ist auch dann nicht widerrechtlich, wenn sie sonst nach den geltenden Vorschriften strafbar gewesen wäre. ...<<

Dieses "Gesetz" Nr. 115 gewährte praktisch Straffreiheit für alle Gewaltverbrechen, die sich während der Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken ereigneten (x159/18).

In der Verordnung 32.920 vom 10. Mai 1946 wurde ausdrücklich bestimmt, daß Personen, die als Muttersprache Deutsch, als Nationalität aber Ungarisch angegeben hatten, bis auf weiteres nicht mehr zur Umsiedlung herangezogen werden dürfen (x008/69).

Beim 1. SPD-Parteitag der 3 Westzonen (vom 9. bis 11.05.1946) wurde Dr. Schumacher zum Vorsitzenden gewählt.

Der Prozeß gegen das Bewachungspersonal des KZ Mauthausen wurde am 13. Mai 1946 beendet. 58 Angeklagte wurden zum Tod verurteilt. 3 Angeklagte erhielten lebenslängliche Zuchthausstrafen (x111/168).

Die "Frankfurter Rundschau" berichtete am 14. Mai 1946 über die erste Leipziger Frühjahrsmesse nach dem Zweiten Weltkrieg (x111/167): >>Das Bild, das Leipzig bot, der gewaltige Verkehr in den Straßen, vor allem aber das Leben und Treiben in den Messehäusern der Innenstadt und den Hallen auf dem Messegelände ähnelte dem Bild stark besuchter Vorkriegsmessen.

Die Bedeutung der Leipziger Messe ist aber vor allen Dingen darin zu sehen, daß all den vielen Pessimisten ein Blick hinter den sogenannten "Eisernen Vorhang" ermöglicht wurde und daß sie selbst Dichtung und Wahrheit feststellen konnten und sahen, daß dort noch dieselben Menschen wohnen wie früher, denen es im allgemeinen nicht ungünstiger geht als den Bewohnern der anderen Besatzungszonen.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 14. Mai 1946 auf ihrer Titelseite (x111/168): >>Wir brauchen wirklich mehr Nüchternheit, mehr Tatsachensinn, damit es nicht wieder werde wie nach 1918, wo die Betrachtung der zurückliegenden Jahre in einen zersetzenden Streit hineingezogen und die Frage, wie es zum Zusammenbruch kam, mehr vernebelt als geklärt wurde. ...<<

Außenminister Bidault forderte am 15. Mai 1946 während einer Konferenz in Paris (x111/169): >>Das Grubengebiet der Ruhr mit 5 Millionen Einwohnern soll internationalisiert und zur Überwachung der dauernden Entmilitarisierung von internationalen Truppen besetzt werden. ...

Zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland muß eine Wirtschaftsgrenze errichtet werden. Das Rheinland soll von der Pfalz bis einschließlich Köln von französischen und nördlich davon von belgischen, niederländischen und allenfalls angelsächsischen Truppen besetzt werden und entweder als staatsrechtliche Einheit oder in 2-3 neuzuschaffende Staaten aufgeteilt und organisiert werden.

Im Saargebiet sollen die Bergwerke Frankreich übergeben und der Zuständigkeit der alliierten Kontrollkommission entzogen werden. Es muß durch Frankreich dauernd militärisch besetzt werden. Über sein endgültiges politisches Schicksal ist erst später zu entscheiden.<<

US-Senator Shipstead kritisierte am 15. Mai 1946 die nordamerikanische Besatzungspolitik. In einer Rede vor dem US-Senat bezeichnete er den Morgenthau-Plan als "Amerikas ewiges Schanddenkmal ... für die Vernichtung der deutschsprachigen Menschen" (x028/152).

Der Alliierte Kontrollrat verbot am 16. Mai 1946 weiterhin die Gründung von Sportvereinen.

Der Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 16. Mai 1946 eine Verordnung über die Mitwirkung dritter Personen bei der Erfüllung der Melde- und Registrierpflicht durch Ausländer (x003/204-205): >>... § 1. Als dritte Personen, die für die Erfüllung der Melde- und Registrierpflicht durch Ausländer verantwortlich sind, gelten:

1. die Eigentümer, Pächter, Verwalter und Hausmeister von Häusern und anderen Liegenschaften sowie von beweglichen Wohneinrichtungen (Wagen, Schiffen, Barken usw.) ...
5. die Arbeitgeber, soweit es sich um Benachrichtigungen (§ 2) in bezug auf Arbeitnehmer handelt, die bei ihnen beschäftigt sind.

§ 2. Die Mitwirkungspflicht wird erfüllt:

1. durch die Benachrichtigung der zuständigen Land- bzw. Stadtgemeinde oder anderer Orga-

ne oder Behörden, ...

2. Die Benachrichtigung hat schriftlich oder mündlich innerhalb von 24 Stunden nach Zuzug oder Änderung des Aufenthaltsortes oder des Arbeitsplatzes des Ausländers zu erfolgen. ...

§ 3. Bis zum Abschluß der Repatriierungsaktion der ehemaligen Staatsbürger des Deutschen Reiches deutscher Nationalität besteht die Mitwirkungspflicht ...

§ 4. Personen, welche die Vorschriften dieser Verordnung verletzen, werden ... mit einer Geldstrafe bis zu 30.000 Zloty oder einer Haftstrafe bis zu 6 Wochen oder aber mit beiden Strafen zusammen bestraft, soweit die betreffende Handlung keine Straftat darstellt, die eine strengere Strafe nach sich zieht. ...<<

Der Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 16. Mai 1946 ferner eine Verordnung über die Kontrolle der Bewegungen der deutschen Bevölkerung (x003/206-207):

>>... § 1. Zum Schutze der öffentlichen Ordnung in den Wiedergewonnenen Gebieten sowie zur Sicherung eines ordnungsgemäßen Verlaufes der Repatriierungsaktion der deutschen Bevölkerung wird in diesen Gebieten eine Kontrolle der Bewegungen der deutschen Bevölkerung eingeführt.

§ 2. Ohne vorherige individuelle Erlaubnis sowie ohne Erfüllung der Meldepflicht gemäß den Vorschriften über die Bevölkerungskontrolle und Bevölkerungsbewegung dürfen Personen deutscher Nationalität nicht willkürlich ihren Wohnsitz bzw. vorläufigen oder ständigen Aufenthaltsort verlassen und in eine andere Ortschaft umziehen oder sich entfernen. ...

§ 3. Schriftliche Anträge auf Erteilung individueller Erlaubnisscheine müssen über die Vorsteher der zuständigen Stadt- und Landgemeinden eingereicht werden.

§ 4. Die in § 2 dieser Verordnung genannten Erlaubnisscheine berechtigten Personen deutscher Nationalität zum Verlassen der Ortschaft, in welcher sie wohnen oder sich aufhalten, nur für die im Erlaubnisschein festgesetzte Zeit. ...

§ 5. Wer die Vorschriften dieser Verordnung verletzt, unterliegt der Festnahme durch die Organe der öffentlichen Sicherheit oder der Bürgermiliz bzw. durch andere öffentliche Organe sowie einer Geldstrafe bis zu 30.000 Zloty oder einer Gefängnisstrafe bis 6 Wochen bzw. beiden Strafen zusammen, falls die betreffende Handlung nicht eine mit schwereren Strafen bedrohte Straftat darstellt. ...<<

Die vorläufige Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik beschloß am 16. Mai 1946 ein Gesetz über die Ungültigkeit von vermögensrechtlichen Rechtsgeschäften aus der Zeit der Unfreiheit (x004/292-293):

>>... § 1 ... Vermögensübertragungen und vermögensrechtliche Rechtsgeschäfte jeder Art, ohne Rücksicht darauf, ob sie bewegliches oder unbewegliches, öffentliches oder privates Vermögen betreffen, sind ungültig, sofern sie nach dem 29. September 1938 unter dem Druck der Okkupation oder der nationalen, rassistischen oder politischen Verfolgung vorgenommen wurden ...

§ 5 (1) Unter staatlich unzuverlässigen Personen werden in diesem Gesetz verstanden:

1. Das Deutsche Reich, das Königreich Ungarn, Körperschaften des öffentlichen Rechts nach deutschem und ungarischem Recht, die deutsche nazistische Partei, die madjarischen faschistischen Parteien und andere Formationen, Organisationen, Unternehmungen, Einrichtungen, Personenvereinigungen, Fonds und Zweckvermögen dieser oder mit ihnen zusammenhängender Regime, wie auch andere deutsche oder ungarische juristische Personen.

2. Physische Personen deutscher und madjarischer Nationalität, mit Ausnahme der Personen, die nachweisen, daß sie der Tschechoslowakischen Republik treu geblieben sind, sich niemals gegen das tschechische und das slowakische Volk vergangen haben und sich entweder aktiv am Kampfe für deren Befreiung beteiligt oder unter dem nazistischen oder faschistischen Terror gelitten haben ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete später über die Behandlung der Juden und der sudetendeutschen Antifaschisten in der CSR (x004/100-104):

>>... Dr. J. Rosenberg (Leiter der Repatriierungsabteilung der tschechoslowakischen Regierung) erwähnte in einem Interview mit einer jüdischen Telegrafagentur in Prag, daß die rückkehrenden Juden in der CSR gegen eine große Feindseligkeit zu kämpfen hätten. ...

(Der ehemalige jüdische KZ-Häftling) H. G. Adler erwähnt (in seinem Buch "Theresienstadt 1941-1945", S. 697) als Ausnahme nur den "edlen tschechischen Menschenfreund Premysl Pitter", der Heime für gerettete jüdische Kinder eingerichtet und dann auch deutsche Kinder aus tschechischen Lagern gerettet habe.

Auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit sind die wenigen noch überlebenden Juden aus Böhmen und Mähren, die sich zu irgendeinem Zeitpunkt seit 1929 zum Deutschtum bekannt hatten, als Deutsche behandelt und verfolgt und, eben einem vernichtenden System entronnen, aufs neue Demütigungen und Entrechtungen ausgesetzt worden.

Nach einem Bericht an die Delegierten der jüdischen Religionsgemeinschaften in Böhmen und Mähren vom Oktober 1947 mußten sie die Abzeichen für Deutsche tragen und erhielten die jetzt für die Deutschen bestimmten jüdischen Lebensmittelrationen der NS-Zeit. Eine Reihe von ihnen wurde auch in die Internierungslager für Deutsche geschafft. Auch von finanziellen Restriktionen wird berichtet.

Entscheidend für die Lage des Judentums in der neuen CSR wurde dann die Behandlung, die das Problem der Rückerstattung des jüdischen, unter deutscher Herrschaft eingezogenen Eigentums erfahren hat. Die gesetzliche Grundlage hierfür bildete das Restitutionsgesetz vom 16. Mai 1946. Es enthielt die Bestimmung, daß enteigneter Besitz nur an national zuverlässige Personen zurückzuerstatten sei. ...

Nur diejenigen Juden, die den Nachweis führen konnten, daß sie niemals auf kulturellem Gebiet für das Deutschtum eingetreten waren, noch Deutsche oder Madjaren in führenden Stellungen beschäftigt hatten, und schließlich, daß sie bei einer Flucht ins Ausland in den alliierten Armeen gedient hatten, behielten Wohnrecht und Staatsbürgerschaft in der CSR. Die anderen verloren sowohl Eigentum wie Staatsbürgerrechte und konnten ein Gesuch stellen, aus der Republik auswandern zu dürfen.

Im allgemeinen nicht viel besser als die Lage der deutschen Juden war die Situation der sudetendeutschen Antifaschisten, soweit sie sich nicht vorbehaltlos, wie die führenden Kommunisten, mit der kollektiven Vergeltungspolitik gegen ihre Landsleute identifizierten.

Es waren vorwiegend Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei gewesen, die seit der Eingliederung des Sudetenlandes oder der Errichtung des Protektorats wegen ihrer Ablehnung der nationalsozialistischen Ideologie und ihres Eintretens für die Erhaltung der CSR verfolgt und zurückgesetzt worden waren, daneben auch vom NS-Regime verfolgte Geistliche und Angehörige der ehemaligen Christlichsozialen Partei.

Die gerade für diese Personengruppe gesetzlich vorgesehene Sonderbehandlung, vor allem die Zuerkennung der sog. Antifa-Legitimation mit dem Recht auf Kennzeichnung als Antifaschist (rote Armbinde) und auf die Lebensmittelzuteilung für Tschechen, hing meist von der parteipolitischen Einstellung der Nationalausschüsse oder Verwaltungskommissionen ab. Vielfach mußten auch die Antifaschisten für die Sünden des Regimes, das sie selbst verfolgt hatte, büßen, sie wurden enteignet, willkürlich verhaftet oder auch ausgetrieben. ...

Eine Ausnahmestellung innerhalb des Personenkreises, für den wegen seiner Verfolgung im Dritten Reich eine Sonderbehandlung vorgesehen war, hatten zunächst die sudetendeutschen Kommunisten. ...

Entsprechend der Devise der Parteileitung setzten sich die deutschen Kommunisten meist vorbehaltlos für die kollektive Bestrafung ihrer Landsleute ein, beteiligten sich an den Vergeltungsaktionen und trugen durch Denunzierung deutscher Familien dazu bei, deren Lage zu verschlechtern. Es blieb allerdings nicht aus, daß der in der kommunistischen Partei sich durchsetzende tschechische Nationalismus sich schließlich auch gegen ihre deutschen Mit-

glieder wandte und diese vielerorts nicht besser behandelt wurden als die übrigen Sudetendeutschen auch. Einzelne von ihnen suchten dem zu begegnen, indem sie ihr Deutschtum verleugneten und möglichst rasch im Tschechentum aufzugehen sich bemühten. ...<<

In Potsdam-Babelsberg übernahm die staatliche "Deutsche Film AG" (DEFA) am 17. Mai 1946 sämtliche verfügbaren Vermögenswerte des Ostberliner Unternehmens (Ufa-Ateliers in Babelsberg etc.) und begann mit Filmproduktionen in der sowjetischen Zone.

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 17. Mai 1946 über die erste Leipziger Frühjahrsmesse nach dem Zweiten Weltkrieg und die Eisenbahnfahrt nach Leipzig (x111/167): >>Die Leipziger Bevölkerung hat aus Anlaß der Messe Zuteilungen bekommen, auf die sie seit Wochen, manchmal Monaten wartete. ...

Längs der Bahn stehen hunderte von riesigen Kisten, in denen die Maschinen und Werkzeuge auf den Abtransport (in die Sowjetunion) warten ... Alles, was nur irgendeinen Wert hat, wird abmontiert. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 17. Mai 1946 (x111/170): >>Wir bekämpfen den Nationalismus. Aber wir bekennen uns zur Nation. ... Die Trennung des echten Begriffs der Nation vom Nationalismus ist für ein sich erneuerndes Deutschland lebenswichtig. ...

Bei uns haben sich in der Stunde der tiefsten Not alle Parteien zu Deutschland bekannt. Aber es muß klar sein, daß es von diesem echten Bekenntnis zur Nation keine Brücke zu einem von dämonischen Kräften getragenen Nationalismus gibt. ...<<

Der CDU-Politiker Hans Schlange-Schöningen (1886-1960) berichtete am 17. Mai 1946 über eine Reise durch die Länder der sowjetischen Zone (x111/170): >>... So schmerzlich das für einen Ostmenschen ist, der seine Heimat verloren hat, muß ich ... doch die klaren Schlußfolgerungen für den Rest meines Vaterlandes ziehen: Es scheint mir keinen Zweck zu haben, sich von den Russen in endlosen Verhandlungen hinhalten und währenddessen die westlichen Zonen immer mehr schwächen zu lassen.

Vielmehr habe ich die Überzeugung gewonnen, daß es vielleicht nach einem letzten kurzfristig begrenzten Verhandlungsversuch mit der Sowjetregierung, um die Schuldfrage zu klären, unbedingt notwendig ist, die drei Zonen im Sinne einer zielklaren Westpolitik zu organisieren.<<

Der LDP-Politiker Rudolf Mueller (1904-1997) berichtete am 17. Mai 1946 ebenfalls über eine Reise durch die Länder der sowjetischen Zone (x111/170): >>Mein beherrschender Eindruck auf dieser Reise war, daß die politische Führung in der Ostzone mehr Angst vor dem Gift des Westens (Demokratie) hat als der Westen vor der sogenannten unvermeidlichen Entwicklung zum Kommunismus. ...

Die nackte Lebensfrage und Rettung des organischen deutschen Körpers müßte die letzte Energie eines jeden deutschen Politikers beanspruchen. Sosehr es wichtig ist, zuerst im eigenen Hause Ordnung zu schaffen, so vital und prädominierend (vorherrschend) ist unsere Existenzfrage. ...

Wir müssen das Letzte preisgeben, um das Ganze zu retten.<<

In der britischen Zone wurden am 18. Mai 1946 alle Vereinigungen der Vertriebenen verboten.

Die US-Militärregierung untersagte später ebenfalls sämtliche Vertriebenenverbände.

Linus Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) schrieb später in seinem Buch "Die Entmachtung der Vertriebenen" über das Verbot aller Vereinigungen der deutschen Vertriebenen (x024/213-214): >>Eine Volksgruppe wurde unter Ausnahmerecht gestellt.

Diese Rechtlosstellung fand weder im deutschen noch im Besatzungsrecht eine Grundlage. Sie war um so verwerflicher, als sie sich gegen Millionen von Menschen richtete, die unverschuldet in eine einzigartige Notlage geraten waren und den Zusammenschluß zu gegenseitig-

ger Hilfe noch nötiger hatten als alle anderen Volksteile.

Die selben Leute, die sich rühmten, das deutsche Volk zur Demokratie erziehen zu wollen, mißachteten eines der Grundprinzipien jeder wahren Demokratie.

Mehr noch als das Verhalten dieser Generäle interessiert die Rolle, welche die deutschen Parteien und ihre Prominenz bei diesem traurigem Geschehen gespielt haben. ...

Ich bin der Auffassung, daß die Auswirkungen dieses Verbots nicht hoch genug gewertet werden können. Die Vertriebenenbewegung und Vertriebenenpolitik wären in ganz anderen Bahnen verlaufen, wenn sie nicht gewaltsam gestoppt worden wären. Es wäre im Jahre 1946 fraglos gelungen, was später nicht mehr möglich war. Diese Jahre von 1946 bis 1948 ließen sich nicht mehr nachholen.

Der Elan des ersten Schocks wurde uns genommen und dafür landsmannschaftliche und parteipolitische Zersplitterung beschert. Es blieb uns ja nicht anderes übrig, als in die Parteien zu gehen, es gab keinen anderen Weg, wenn wir irgendwie an unsere Schicksalsgefährten herankommen wollten.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Unterdrückung der Vertriebenen durch die Besatzungsmächte im Westen (x024/204-205): >>... Im Vordergrund stand dabei die begründete Besorgnis, daß sich die Vertriebenen zu einem militanten Potential von Unzufriedenen im Westen entwickeln könnten, das eine Revision der Vertreibung fordern würde. ...

Den Vertriebenen traute man jedenfalls nicht über den Weg. Das beantwortet auch die Frage, warum ihnen die Alliierten untersagten, sich in Organisationen zusammenzuschließen und warum über das Geschehene der Vertreibung in den USA und in Großbritannien offiziell fast nichts berichtet wurde.

Ein weiterer Beweis für die internationale Ächtung der deutschen Vertriebenen war deren Ausschluß aus der internationalen Flüchtlingsfürsorge durch die Vereinten Nationen, was ausdrücklich in der Charta der UNO-Flüchtlingsorganisation herausgestellt wurde. ...<<

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 18. Mai 1946 einen Rund-erlaß betreffend die Übertragung der ehemals deutschen Kreditinstitute auf das Ministerium für Finanzen (x003/210): >>... 1. Die Vermögen aller verlassenen und ehemals deutschen Kreditinstitute werden vom Ministerium für Finanzen übernommen ...

2. Gegenstand der Übernahme ist das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der verlassenen und ehemals deutschen Kreditinstitute einschl. der Kreditgenossenschaften ...<<

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß ferner am 18. Mai 1946 einen Runderlaß betreffend die Erlaubnis, einige ehemals deutsche bewegliche Sachen zu verkaufen oder unentgeltlich zu übertragen (x003/213-215): >>... 1. Möbel in nichtgebrauchsfähigem Zustand. Der Verkauf darf ausschließlich zu kommerziellen Preisen ... erfolgen.

Die Entscheidung über den Verkauf und über die Festsetzung des kommerziellen Preises obliegt einer Kommission. ...

2. Lebensmittel, die an Kontrollpunkten, auf der Post oder Eisenbahn beschlagnahmt wurden. Nach Abschätzung zu den Handelspreisen sind sie ... zum Verkauf auf dem freien Markt zu überweisen. Lebensmittel in kleineren Mengen (Inhalt eines Pakets oder des Handgepäcks) können ... der Werksküche des nächsten Liquidationsamtes überwiesen werden.

3. Landwirtschaftliche Geräte und Werkzeuge aller Art, soweit sie unmittelbar der landwirtschaftlichen Produktion dienen. ...

4. ... Gegenstände, soweit sie dem persönlichen Bedarf dienen, wie Kleidung, Leib- und Bettwäsche, Töpfe und Küchengeräte, ... sind unentgeltlich Repatriierten, insbesondere landwirtschaftlichen Ansiedlern zu übergeben, falls diese ein Gesuch einreichen und ... sie solche Gegenstände nicht besitzen; Überschüsse an beweglichen Sachen dieser Art dürfen auch zu festen Preisen verkauft werden. ...

Darüber, wem, wieviel und was verkauft wird, entscheidet eine Kommission. ... Die Kommission amtiert im Liquidationsamt ...<<

Die britische Wochenzeitung "The New Stateman and Nation" berichtete am 18. Mai 1946 (x124/191-192): >>... Die Deutschen in unserer Zone befinden sich in einer bedauernswerten Unwissenheit über unsere Absichten, unsere Schwierigkeiten und über die Welt, in der auch sie wieder eine Rolle spielen sollen.

Die Nachrichtenversorgung in der britischen Zone ist kläglich unzureichend und kontrastiert scharf mit der Flut russischer Propagandaschriften oder dem modernen Zeitungsdienst der Amerikaner, die keine Dollarsorgen kennen und es mit dem Nachschub so viel leichter haben. Auch fürchten wir Briten eine deutsche Aktivität auf breitester Grundlage. Mit größtem Widerstreben haben wir Gewerkschaften zugelassen, obwohl diese die einzige wirklich anti-nationalistische Großorganisation waren.

Viele Parteigenossen sitzen im Ruhrgebiet noch auf wichtigen Posten, angeblich weil sie unersetzbar sind. So kommt es vor, daß aus dem KZ Zurückgekehrte diejenigen, die sie hineingebracht haben, als ihre Vorgesetzten wiederfinden. ...

Wiederum ist es seltsam aber wahr, daß die Gewerkschaftsbewegung, die Basis jeder demokratischen Erneuerung, nur unter größten Schwierigkeiten Boden gewinnt und sie die Briten nur auf lokaler Ebene operieren lassen.<<

General König (französischer Oberbefehlshaber in Deutschland) forderte am 19. Mai 1946 erneut die Eingliederung des Saargebietes in das französische Wirtschaftssystem (x111/171). Sämtliche mitteldeutschen Vereine (einschließlich Sportvereine) wurden am 22. Mai 1946 aufgelöst, ihr Vermögen wurde beschlagnahmt.

Karl Hermann Frank (1898 in Karlsbad geboren, stellvertretender Gauleiter des Sudetenlandes und stellvertretender Reichsprotektor) wurde am 22. Mai 1946 in Prag öffentlich hingerichtet. Frank (seit 1943 unbegrenzter Machthaber im Protektorat Böhmen und Mähren) wurde vor einer großen Zuschauermenge gehängt.

Frank, der mit seiner Familie am 9.05.1945 nach Pilsen geflüchtet war, war dort von den Nordamerikanern inhaftiert und später an die Tschechen ausgeliefert worden.

Die westlichen Alliierten und die Schweizer Regierung schlossen am 23. Mai 1946 ein Abkommen über die beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte. Das gesamte beschlagnahmte NS-Vermögen sollte aufgrund dieses Abkommens zwischen der Schweiz und den Alliierten aufgeteilt werden (x111/172).

Baldur von Schirach erklärte am 24. Mai 1946 vor dem Nürnberger Militärgerichtshof (x111/172): >>... Es ist meine Schuld, und ich trage sie vor Gott und der deutschen Nation, daß ich die Jugend für den Mann erzogen habe, den ich während langer Jahre als makellosen Führer angesehen habe.

Es ist meine Schuld, daß ich die deutsche Jugend für einen Mann erzogen habe, der tausendfache Morde begangen hat.

Ich kann zur Erklärung meiner Haltung nur sagen, daß ich an diesen Mann geglaubt habe. ...

Die Rassenpolitik Hitlers war ein Verbrechen. Diese Politik führte den Untergang von 5 Millionen Juden und aller Deutschen herbei. Wer nach Auschwitz noch die Rassenpolitik befürwortet, macht sich schuldig.<<

Theophil Wurm (1868-1953, Landesbischof von Württemberg) kritisierte am 24. Mai 1946 die Entnazifizierungspraxis und erhob Einspruch gegen die Mißachtung der deutschen Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit (x111/172).

Die antifaschistisch-demokratischen Parteien und der FDGB in Sachsen forderten am 25. Mai 1946 die "Übergabe von Betrieben der Kriegs- und Naziverbrecher in das Eigentum des Volkes".

In dem beantragten Volksentscheid hieß es (x111/172): >>Das ganze Vermögen der Nazipar-

tei und ihrer Gliederungen und die Betriebe und Unternehmen der Kriegsverbrecher, Führer und aktiven Verfechter der Nazi-Partei und des Nazistaates, wie auch die Betriebe und Unternehmen, die aktiv den Kriegsverbrechern gedient haben und die der Landesverwaltung Sachsen übergeben wurden, werden als enteignet erklärt und in das Eigentum des Volkes überführt.<<

Die nordamerikanische Militärregierung stoppte am 25. Mai 1946 vorübergehend sämtliche westdeutschen Reparationslieferungen an die UdSSR, weil die sowjetischen Gegenleistungen ausblieben (x101/13).

Die tschechische Zeitung "Svobodné Slovo" warf der kommunistischen Partei am 25. Mai 1946 vor, internierte deutsche NS-Propagandafachleute für ihre Wahlagitation zu verwenden (x004/83).

Bei den Wahlen für die tschechische "Verfassungsgebende Nationalversammlung" am 26. Mai 1946 erhielten die Kommunisten 114 der insgesamt 300 Mandate (x005/137). Der Kommunist Gottwald wurde Ministerpräsident und übernahm bis zum 25.02.1948 die Führung der Regierung (x004/68).

Der Londoner "Observer" warnte am 26. Mai 1946 vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der britischen Zone (x111/173): >>... Deutschland ist heute ein Land, wo alle fünf großen Übel – Mangel, Furcht, Schmutz, Untätigkeit, Unwissenheit – überhand nehmen.

Aber das Letztgenannte bringt die schwersten unmittelbaren Gefahren unter politischem Gesichtspunkt, und man empfindet, daß eine Umstellung der britischen Nachrichtenpolitik für Deutschland sogar dem so dringend erforderlichen Wechsel in der Wirtschaftspolitik noch vorangehen müsse.<<

William E. Rappard (1883-1958, Mitglied der "Schweizer Reparationsdelegation") schrieb am 27. Mai 1946 über die Verhandlungen mit den westlichen Alliierten (x136/218-219): >>Ich weiß nicht, wie zukünftige Historiker unsere Verhandlungen, die wir nach ihren Instruktionen geführt haben, beurteilen werden.

Ich habe das Gefühl, sie werden versucht sein, uns zu gratulieren, daß wir uns, was das Gold anbetrifft, so gut aus der Affäre gezogen haben.

Dagegen glaube ich, sie werden weniger nachsichtig mit uns sein in der Sache der deutschen Guthaben, die wir mit den Siegern zu teilen uns bereit erklärt haben.

Um eine derartige Verletzung unserer Neutralitätstradition zu rechtfertigen und eine solche Mißachtung der bisherigen Völkerrechtsprinzipien, sollten sie der materiellen und moralischen Umstürze, die durch Hitler in der Welt provoziert worden sind, Rechnung tragen. ...

Bei ihrer Jagd auf die deutschen Guthaben in der Schweiz sind die Amerikaner manchmal von einem Geist beseelt, der nichts mehr zu tun hat mit ihrem Willen, Reparationen einzustecken, mit ihrer Angst vor dem militärischen Potential eines wiederauferstandenen Feindes, mit ihrer Antipathie für die Neutralen, mit ihrem Berufsstolz oder gar mit ihrem sportlichen Ehrgeiz, das letzte Wort zu behalten in ihrem Konflikt mit dem helvetisch-germanischen Arsène Lupin. Was wollen sie eigentlich?

Wollten sie nicht einfach einen störenden Konkurrenten schwächen oder gar ausschalten, ihn ersetzen?

Sie geben vor, den Tod des deutschen Sünders und seines schweizerischen Komplizen wegen deren vergangener Missetaten zu suchen.

Tatsächlich aber wollen sie deren Geheimnis entdecken und deren Erbschaft einstecken.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" warnte am 28. Mai 1946 vor einer "Renazifizierung" (x111/173-174): >>... Wir leben heute in einer Periode des steigenden Mißmutes, die zu einer Renazifizierung, will sagen, zu einer Rückkehr zum nationalsozialistischen Denken führt. ...

Das Tausendjährige Reich war eine Illusion, und überspannte Erwartungen an die Nachkriegszeit waren eine Illusion.

Fallen wir nicht in eine neue, in die Renazifizierung. Werden wir endlich Realisten.<<

Das polnische Ministerium veröffentlichte am 28. Mai 1946 ein Rundschreiben betreffend die Berichterstattung über die Verifikationsaktion (x003/223-224): >>Die mit der polnischen Autochthonen-Bevölkerung der Wiedergewonnenen Gebiete verbundenen Probleme gehören zu den wichtigsten der Politik dieser Gebiete. ...

Trotz der Bedeutung dieser Frage begegnet das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete leider noch Anzeichen ihrer Unterschätzung, ... wenn es sich um den hier noch notwendigen Kampf um die Seelen derjenigen Polen handelt, die sich ihrer polnischen nationalen Zugehörigkeit noch nicht bewußt sind. ...

Ich ersuche daher die Wojewoden, persönlich die Arbeitsweise der für diesen Zweck geschaffenen Abteilung zu überwachen und die Übersendung der erforderlichen Berichte in aller kürzester Zeit anzuordnen. Ferner ersuche ich die Wojewoden, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß die monatlichen Situationsberichte ... über organisatorische Fragen des Verifikationsverfahrens und der Anerkennung der Staatsbürgerschaft, über die Stärke der ansässigen Bevölkerung, über die zahlenmäßigen Ergebnisse der Verifikationsaktion und der Anerkennung der Staatsbürgerschaft sowie über die Statistik der polnischen Autochthonen-Bevölkerung enthalten.<<

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schrieb später über die Verifikationsaktion in den schlesischen Gebieten (x294/98): >>... Zwischen April 1946 und Ende 1948 wurden knapp 870.000 Personen (also etwa 56 Prozent der Bevölkerung der Vorkriegszeit im Oppelner Schlesien) als Polen anerkannt.

Damit war aus Sicht der kommunistischen Partei das nationale Problem weitgehend gelöst. Hingegen stellt sich das soziale Problem einer weiterhin benachteiligten Unterschicht, die man nun für das System zu gewinnen versuchte. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 31. Mai 1946 (x111/174): >>... Deutschland hat seit jeher zwischen dem Osten und Westen gestanden.

Auch in seiner lebensgefährlich geschwächten Position nach dem Zweiten Weltkrieg ist diese Mittlerstellung der einzige Richtpunkt eines neuen außenpolitischen Willens. Deutschland kann sich nicht mit einer Macht oder einer Machtgruppe verbinden, es muß aus seiner Lage und seinem Schicksal heraus den Ausgleich nach beiden Seiten suchen.

Gerade wenn Deutschland an einer europäischen Aufgabe festhalten will, kann die Entscheidung nicht heißen: Westen oder Osten? Sie lautet: Westen und Osten.<<

In der US-Zone hungerten die Deutschen weiterhin. Die Rationen sanken im Mai 1946 auf weniger als 1.200 Kalorien.

Im Mai 1946 machte vielerorts folgendes Gerücht die Runde (x114/2.166): >>Die Amerikaner beabsichtigen, die Deutschen auszuhungern. ...<<

Nach weiteren Interventionen der Nordamerikaner bemühte sich die tschechoslowakische Regierung, die Ausweisungsbedingungen ab Mai 1946 zu verbessern. Vielen Sudetendeutschen wurde jedoch weiterhin wertloses Zeug zugeteilt, damit sie wenigstens das vereinbarte Mindestgewicht vorweisen konnten.

Die Internierungslager Valpovo und Krndija wurden im Mai 1946 geschlossen.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über die Internierungslager und Zwangsarbeit in Jugoslawien (x006/100E-101E,112E-116E):

>>... Im Mai 1946 wurden auch die Lager Valpovo und Krndija aufgelöst und ca. 90 % der Internierten entlassen; dabei wurden die vielen kroatisierten Deutschen und Angehörigen von Mischehen bevorzugt. Der Rest der Lagerbelegschaften wurde in die Lager Podunavlje (Baranja) und Tenje (bei Esseg) überführt, wo sie bis zu ihrer Entlassung in der Landwirtschaft arbeiten mußten.

Seit November 1946 wurde Einzelnen und kleinen Gruppen die Ausreise nach Österreich gestattet, sofern sie dort Verwandte nachweisen konnten; Anträge auf Familienzusammenführung, die in dieser Zeit aus Österreich an die jugoslawischen Behörden gerichtet wurden, mögen zu dieser Milderung mit beigetragen haben. Das letzte Häuflein Überlebender aus Tenje wurde im Januar 1947 ins Lager Rudolfsgnad in der südlichen Woiwodina eingeliefert.

Es fällt auf, daß der Rest der Slowenien- und Slawoniendeutschen, der nicht evakuiert worden war, völlig anders behandelt wurde, als die Banater- und Batschkaer Donauschwaben. Während diese jahrelang in Lagern festgehalten wurden, waren jene bereits bis Ende des Jahres 1946 aus Jugoslawien vertrieben oder, zum kleineren Teil, in ihre Heimatsorte entlassen worden. Die Gründe dieser unterschiedlichen Behandlung sind unbekannt. ...<<

>>... Da die Internierungslager der Jugoslawiendeutschen keineswegs eigens zu diesem Zweck errichtete und umzäunte Gebäudekomplexe waren, boten sich aller scharfen und auch oft rücksichtslos durchgreifenden Bewachung zum Trotz immer wieder Gelegenheiten zur Flucht. ... Seit der ersten, wenn auch sehr begrenzten Auflockerung der Verhältnisse in manchen Lagern der Batschka und des Banats im Frühjahr 1946 kam es auch häufiger vor, daß ganzen Gruppen die Flucht über die ungarische oder rumänische Grenze gelang.

Wem es glückte, in eines dieser Länder zu entkommen, konnte sich auf die zahlreichen verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Verbindungen verlassen, die das jugoslawische Deutschtum trotz Grenzziehung von 1918 immer noch mit der deutschen Bevölkerung des rumänischen Banats und der ungarischen Batschka und der Schwäbischen Türkei besaß, jedoch war auch das Mitleid und die Hilfsbereitschaft der andersnationalen Bevölkerung in ungezählten Fällen so stark, daß den Flüchtlingen, gleich wo sie um Unterstützung baten, fast ausnahmslos weitergeholfen wurde.

Zu Beginn des Jahres 1947 besserten sich die Verhältnisse in den Internierungslagern erneut etwas. Regelmäßiger Post- und Paketempfang wurde gestattet, amerikanische Lebensmittelspenden konnten verteilt werden, DDT-Pulver wurde bereits seit dem Frühjahr 1946 mit spürbarem Erfolg gegen das Ungeziefer der verwahrlosten Lagerräume verwendet.

Die Ablösung der aus Partisanen bestehenden Wachmannschaften durch Miliz oder reguläres Militär trug auch zur Einschränkung der größten Willkür der Internierten bei, zumal da die physische Mißhandlung der Internierten zu dieser Zeit offiziell verboten wurde. ... Dennoch blieb der Entscheidungsfreiheit und dem persönlichen Wohl- oder Übelwollen der Lagerleiter und Wachmannschaften noch immer ein weiter Spielraum; die systematische Quälerei von Deutschen war auch zu dieser Zeit keineswegs ausgeschlossen.

Seit der Besetzung des Landes durch die Russen und Partisanen im Oktober 1944 ließ sich jedoch eine deutliche Besserung feststellen, zu der auch die Familienzusammenführung innerhalb des Systems der Internierungslager erheblich beitrug. Allmählich wirkten sich auch die Anstrengungen des amerikanischen Hilfskomitees von P. Wagner, des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Stuttgart und der päpstlichen Aktion zugunsten der Donauschwaben aus.

2 Jahre nach dem Kriege begannen die Wiederherstellungs- und Aufräumarbeiten an Straßen und Eisenbahnen, zu denen man die internierten Volksdeutschen herangezogen hatte, auszulaufen. Die Neusiedler hatten die Besitzungen der Donauschwaben übernommen, auf Kolchosen und Staatsgütern wurde der Stamm der Landarbeiter aus den verschiedenen Völkerschaften Jugoslawiens gewonnen.

Tausende von Deutschen waren über die Landesgrenze abgeschoben worden und geflohen, Zehntausende durch Mißhandlungen, Lagerentbehrungen und Exekutionen umgekommen. Den jugoslawischen Behörden und Lagerverwaltungen mußte sich die Frage aufdrängen, was man mit den Überlebenden, die auf mehr als 100.000 Volksdeutsche geschätzt werden müssen, tun sollte.

Da man sich zu dieser Zeit offensichtlich nicht dazu entschließen konnte, das System der Dis-

kriminierungen der Deutschen abzubauen, wurde seit den ersten Monaten des Jahres 1947 stillschweigend die Flucht aus den Lagern gefördert. Wie bisher flohen Einzelne und Gruppen "schwarz" über die Grenze, vornehmlich nach Ungarn.

Daneben aber bildete sich nun ein System offiziell geduldeter Gruppenflucht aus, die von den eingeschüchternen und durch den jahrelangen Lageraufenthalt geschwächten Volksdeutschen bevorzugt wurde. Führer boten sich gegen hohes Entgelt dazu an, Gruppen von 10 bis 100 Volksdeutschen durch das Grenzgebiet mit seinen schwer zu kontrollierenden Wäldern und Kukuruzfeldern auf ungarischen Boden zu führen. Manchmal steckten diese Führer mit der Lagerleitung und den Wachmannschaften oder auch den Grenzpolizisten unter einer Decke und beteiligten diese an dem Gewinn des Menschenschmuggels.

Aus dem großen Sammellager Gakovo in der nördlichen Batschka ebenso wie aus dem benachbarten Lager Krusevlje war wegen der Nähe zur ungarischen Grenze der Weg zur Flucht besonders verlockend. In Gakovo kam es bereits im Dezember 1946 schon einmal zu einer Massenflucht, und in den letzten März- und ersten Aprilwochen des folgenden Jahres soll die Zahl der Geflohenen auf ca. 3.000 gestiegen sein.

Ziffern von bisweilen 100 Flüchtlingen in einer Nacht werden aus verschiedenen Lagern berichtet. Eine Fluchtbewegung von solchem Ausmaß wäre ohne Wissen und Willen der Lagerleitung undenkbar gewesen, deren mindestens passive Mitwirkung von einer indirekten Form des Abschubs sprechen läßt.

... Wer sich zur Flucht in einer Gruppe entschlossen hatte, nahm Kontakt mit einem der Führer auf und mußte den geforderten Kopfpfeis in Bargeld entrichten. Häufig kostete dies die Internierten ihr gesamtes bisher verstecktes oder während der Zwangsarbeit von Freunden zugestecktes und erbetteltes Geld oder ihre letzten verborgenen Wertgegenstände, so daß sie anschließend völlig mittellos auf die Hilfe anderer in Ungarn angewiesen waren.

Wer von jugoslawischen Posten auf der Flucht gestellt oder von ungarischen Grenzwachern zurückgewiesen wurde, hatte zu dieser Zeit nur noch mit einigen Tagen Freiheitsentzug, kaum aber mehr wie bisher mit Mißhandlung oder Erschießung zu rechnen. Jede günstige Situation ausnutzend versuchten es auch diese beim ersten Fluchtversuch gefaßten Volksdeutschen bald wieder, dem Lager zu entinnen.

Schätzungen beziffern die Zahl der Flüchtlinge bis zu einem erneuten Umschwung in der Behandlung der Lagerinsassen gegen Ende des Jahres 1947 auf etwa 30.000-40.000.

Jenseits der Grenze sahen sich die Flüchtlinge, waren sie auf eigene Faust oder von einem Führer geleitet entkommen, sich selber überlassen. Manche blieben z.T. noch jahrelang, in Ungarn; die meisten schlugen sich in wochenlangen Fußmärschen bis zur österreichischen Grenze durch oder benutzten, nachdem sie von Verwandten und Bekannten Geld erhalten hatten oder dies auch oft genug hatten erbetteln müssen, die Eisenbahn bis zu einer Grenzstation. Hier angelangt, passierten sie erneut "schwarz" mit Führern die Grenze und fanden schließlich in Österreich oder Deutschland ein Unterkommen, nicht ohne daß sie oft auch vielfältige Schwierigkeiten in den Durchgangslagern zu bestehen hatten.

Seit dem Ende des Jahres 1947 begann eine neue Phase in der Behandlung der internierten Volksdeutschen. Die (von Dezember 1946) bis zum Dezember 1947 geduldete Fluchtbewegung aus den Lagern wurde unterbunden, die Grenze wieder scharf bewacht. Viele jüngere Volksdeutsche wurden seither zur Arbeit in den Bergwerken verpflichtet, wo man sie anstelle der deutschen Kriegsgefangenen, deren Zahl sich durch Entlassungen stark vermindert hatte, unter Tage einsetzte.

Gleichzeitig wurden die Lager in der Woiwodina bis Ende März 1948 in mehreren Stufen aufgelöst. Zuerst wurden die noch Arbeitsfähigen gesondert erfaßt, den Staatsgütern und staatlichen Industriebetrieben zugewiesen und von diesen in der Regel für zunächst 3 Jahre in ein sog. vertragliches Arbeitsverhältnis übernommen, das aber noch keineswegs volle Freiheit

brachte. Ausgangsbeschränkungen, Meldepflicht und Polizeikontrollen gehörten zum Alltag der Entlassenen.

Auf den Staatsgütern brachte man die Volksdeutschen in provisorisch errichteten Baracken, in Scheunen oder sogar in Ställen unter. Die Verpflegung war spürbar besser als in den Lagern. Dafür wurde allerdings auch von der Entlohnung in Bargeld ein hohes Kostgeld abgezogen. Allmählich erhielten dann auch diese in der Landwirtschaft eingesetzten Deutschen Lebensmittel- und Textilkarten.

Das durchweg freundliche Verhalten der andersnationalen Bevölkerung und die sich schrittweise verbessernden Lebensbedingungen erlaubten ihnen, sich ihr Leben erträglicher zu machen und die Vorteile der neuen Arbeitsverfassung auszunutzen.

Schwierigeren Aufgaben sahen sich die Volksdeutschen gegenüber, die Industriebetrieben oder Bergwerken - z.B. dem Kupferbergbau Bor oder den Kohlengruben in Serbien - zur Verfügung gestellt worden waren. Wohnräume waren in den Städten ungleich schwerer zu finden als auf dem Lande. Oft mußten die Volksdeutschen bei entfernten Verwandten oder Bekannten monatelang unterschlüpfen, ehe sie ein Zimmer fanden.

Die Arbeitsbedingungen, vor allem die nach sowjetrussischem Vorbild ausgebildeten Normen und das Stoßarbeitersystem, verlangten äußerste Anstrengung. Unter primitiven Lebensbedingungen suchten sich diese deutschen Arbeiter, z.T. mit ihren Angehörigen durchzuschlagen und zu einer kleinen Wohnung zu kommen. ...

Während die Transporte der Arbeitsfähigen die Lager verließen, wurden die Arbeitsunfähigen nach Rudolfsgnad überführt. Dort strömten bis zur Auflösung des Lagers im März 1948 noch einmal Tausende von neuen Insassen zusammen; zumeist arbeitsunfähige Deutsche aus kleineren Ortslagern. Die Belegschaft von Rudolfsgnad wurde dann wieder aufgeteilt.

Die als arbeitsfähig Erklärten wurden zu neuer Tätigkeit auf Staatsgütern und in Fabriken verpflichtet, die Alten und Arbeitsunfähigen in das Lager Karlsdorf transportiert, das sich seit dem April 1948 zu einem großen Alters- und Krankenhaus für Volksdeutsche entwickelte. Die zahlreichen elternlosen Kinder verbrachte man in staatliche Kinderheime. Außer in Karlsdorf wurde im Oktober 1948 noch in St. Georgen im Banat ein zweites Altersheim für Volksdeutsche eingerichtet. Die pflegebedürftigen Alten und Kranken wurden dort im allgemeinen recht human behandelt und genossen ausreichende ärztliche Fürsorge.

Nach der Entlassung aus den Internierungslagern erhielten viele Volksdeutsche in der Woiwodina die Aufforderung, ihre Staatsbürgerschaft bei den jugoslawischen Behörden registrieren zu lassen. Bisweilen wurde sogar die Entlassung von einer solchen Eingabe abhängig gemacht. In manchen Fällen aber übergang man stillschweigend die Vorschriften des Staatsangehörigkeitsgesetzes und behandelte die entlassenen Volksdeutschen ohne weitere Formalitäten als jugoslawische Staatsbürger. Für die jungen Männer bedeutete das auch, daß sie von ihren Arbeitsstellen weg zum jugoslawischen Wehrdienst einberufen wurden und zum Teil ihre Dienstzeit voll ableisten mußten.<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Internierungslager und Zwangsarbeit in Jugoslawien (x010/51-52): >>... Besonders hohe Todesquoten sind für die Konzentrationslager, die sog. Vernichtungs- oder "Endlager", überliefert, in die alte Menschen, Kranke und Kinder verbracht worden waren. Das größte Lager dieser Art Knicanin (Rudolfsgnad) passierten ca. 33.000 Menschen, von denen nach geretteten Aufzeichnungen eines Lagerarztes 9.503 verstorben sind, davon 8.012 Erwachsene und 1.491 Kinder unter 14 Jahren. Als weitere Beispiele seien genannt: Gakovo mit 18.000 Insassen, davon ca. 8.800 Todesfälle, Backi Jarek mit 18.000 Insassen und 6.400 Todesfällen, Krusevlje mit 10.000 Insassen, davon rd. 3.000 Todesfälle. ...

Für 49 der größten Lager, unter denen die sog. Vernichtungslager mit den höchsten Sterberaten mit einbegriffen sind, ergibt sich aus dem vorhandenen Material eine Gesamtzahl von

67.000 Toten. Ca. 8.000 Personen bzw. 12 % dürften gewaltsam getötet worden sein, während alle übrigen Opfer der unmenschlichen Verhältnisse in den Lagern, vor allem von Hunger, Seuchen und Mißhandlungen geworden sind. ...

Es wird ferner von Tausenden von Kriegsgefangenen in Jugoslawien berichtet, die von Partisanen erschossen wurden. Auch unter ihnen befanden sich Angehörige der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien. ...<<

Am 1. Juni 1946 wurden die Ausweisungstransporte der Ungarn-Deutschen von den Nordamerikanern gestoppt, weil Ungarn das beschlagnahmte Vermögen der Volksdeutschen auf seine Reparationsforderungen anrechnen wollte (x008/63E-64E).

Die "Bayerische Landeszeitung" gab am 1. Juni 1946 folgende Warnung der US-Militärregierung bekannt (x114/2.92): >>Die Militärregierung weist die Zivilbevölkerung darauf hin, daß alle Personen, in deren Besitz sich Eigentum der alliierten Streitkräfte befindet, strengstens bestraft werden. ...

Geplünderte oder widerrechtlich erworbene und übermäßig verteilte Lebensmittel ... sind sofort zurückzufordern und sicherzustellen. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 1. Juni 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/47): >>Neue, sehr willkommene Helfer sind in Friedland tätig. ...

Es sind Ordensschwwestern und Caritas-Helferinnen, geschickt vom Bischof in Hildesheim mit dem Auftrag, Not zu lindern, Elend zu mildern, wo immer es vorgefunden wird. Mit dem gleichen Anliegen hat die Innere Mission Diakone, Diakonissen und viele andere Gehilfen ... gesandt. Von diesen vielen Frauen und Männern, dazu der "Internationalen Gesellschaft für Frieden", der Heilsarmee und manchen anderen wurde und wird eine Arbeit geleistet, die bewundernswert ist.

... Sie schleppen die Kisten und Koffer, mühen sich ab mit den Kindern, trocknen Kleider und Schuhe für die Kranken, kümmern sich um die Schwachen, trösten die, die ohne Mut sind, scheuen weder Morast noch Regen – und wissen selbst kaum, wohin sie nachts ihr müdes Haupt betten sollen.

Es sind gute Menschen, die sich ihrer gequälten Brüder und Schwestern hier in Friedland annehmen.

In der Nissenhütte B 18 wird auch Gottesdienst gehalten. Für jeden, der daran teilnehmen möchte.<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) kritisierte am 2. Juni 1946 während einer Rundfunkrede die Entnazifizierungsmaßnahmen für deutsche Jugendliche und die föderative Zergliederung Deutschlands (x101/13, x111/175): >>... Das ganz überwältigende Gros der jungen Menschen, die mehr oder weniger gezwungen in der Hitler-Jugend waren, die als Soldaten das taten, was ihnen befohlen war, und was sie als ihre Pflicht ansahen, sind im tiefsten Sinn nicht verantwortlich. Sie haben die Knochen hingehalten für ein vermeintliches Ideal. ...<<

>>... Wir wollen kein "Gasthaus zum bayerischen Löwen", ... keine "Herberge zum springenden Ross", ... sondern wir wollen ein Deutschland, bei dem der Träger der Reichsgewalt das deutsche Reichsvolk ist.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 2. Juni 1946 über das Grenzdurchgangslager Bremke (x123/33): >>Das Nebenlager Bremke, eine Auffangstelle mit Zubringerdienst für Friedland wurde am 31. Mai aufgelöst. Nur Friedland soll bestehen bleiben.

Der Transport der Menschen von Bremke nach Friedland wird zu kostspielig. ... Benzin und Autoreifen sind Dinge von ausgesprochenem Luxuswert. ...

Mehr als 200.000 Menschen sind in Bremke registriert worden. Flüchtlinge, Versprengte, Evakuierte, Kriegsgefangene, Wanderer zwischen West und Ost, Schwarzhändler und solche, die es werden wollen.<<

Der Papst wies am 2. Juni 1946 "etwas verspätet" auf die Not der deutschen Kriegsgefangenen und Vertriebenen hin. Er forderte die sofortige Auflösung der Konzentrationslager (x039/-230).

Der schwerkranke Schriftsteller Gerhart Hauptmann kämpfte am 3. Juni 1946 in Agnetendorf, Kreis Hirschberg/Niederschlesien, schon seit Tagen mit dem Tod.

Ein Schulgesetz wurde am 4. Juni 1946 erlassen, um die "Demokratisierung in den mitteldeutschen Schulen" durchzusetzen.

Durch den SMAD-Befehl 167 vom 5. Juni 1946 gingen die SAG-Betriebe "auf Grund der Reparationsansprüche der Sowjetunion" in sowjetisches Eigentum über. Infolge der Eingliederung in die Organisation der SAG wurden die wichtigsten Schlüsselindustrien im mitteldeutschen Raum sowjetischer Besitz.

In Mitteldeutschland waren damals folgende Industriebetriebe betroffen (x111/289): >>Die Agfa-Filmfabrik in Wolfen (Kreis Bitterfeld); das Leuna-Werk (Ammoniakwerk Merseburg); die Buna-Werke in Schkopau (Kreis Merseburg); die Braunkohlen und Benzin AG (Brabag) in Zeitz; I.-G. Farben, Wolfen; I.-G. Farben Bitterfeld, Werk Nord, Süd und Kraftwerke; Kupfer- und Messingwerk in Hettstedt (Mansfelder Gebirgskreis); Eisen- und Hüttenwerk Thale (Harz); Dessauer Waggonfabrik AG in Dessau; Gottfried Lindner AG (Waggonfabrik) in Ammendorf bei Halle; Friedrich Krupp-Gruson Werke AG in Magdeburg; Halbwalzwerk, Klöcknerwerk in Ilseburg; Stickstoffwerke Piesteritz (Kreis Bitterfeld).<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Sowjetischen Aktiengesellschaften" (SAG) in der SBZ (x009/396): >>1946 in der SBZ gegründete sowjetische Staatskonzerne, denen die nach dem SMAD-Befehl Nr. 167 beschlagnahmten deutschen Industriebetriebe angegliedert wurden. Ursprünglich gab es etwa 25 SAG mit 213 Einzelbetrieben. ...<<

Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldete am 5. Juni 1946 aus Nürnberg (x043/209): >>... Das Kommando der amerikanischen ersten Division veröffentlichte ... einen Befehl an die Mannschaften, wonach den amerikanischen Soldaten untersagt sei, "öffentlich deutsche Mädchen zu umarmen und zu liebkosen". ...

Im Befehl heißt es u.a.: "Es ist einem Soldaten unwürdig, auf den Straßen mit Mädchen im Arm herumzuspazieren, sowie die Mädchen zu küssen, zu liebkosen und zärtlich zu werden."<<

Gerhart Hauptmann starb am 6. Juni 1946, um 15.10 Uhr, in Agnetendorf, Kreis Hirschberg/Niederschlesien. Hauptmanns letzte Worte waren angeblich (x035/225): >>Bin - ich - noch - in - meinem - Hause?<<

Die Nachricht von Hauptmanns Tod verbreitete sich in Windeseile im Riesengebirge.

Der deutsche Schriftsteller Bernhard Kellermann (1879-1951) schrieb später über den Tod des schlesischen Schriftstellers Gerhart Hauptmann (x111/177): >>... Eine Säule der deutschen Dichtkunst, der deutschen Kultur ist gefallen, deren Größe erst spätere Zeiten und spätere Geschlechter erkennen werden.<<

Der US-Militärgouverneur unterzeichnete am 6. Juni 1946 den "CARE-Vertrag" (CARE = "Cooperative for American Remittances to Europe"), so daß endlich Hilfslieferungen der privaten CARE-Hilfsorganisation erfolgen konnten (x175/425).

In den ersten 12 Monaten nach Aufnahme des Postverkehrs schickte man fast 11 Millionen CARE-Pakete aus Amerika, um die Nachkriegsnot in Europa und vor allem in Deutschland zu lindern. Die CARE-Pakete wurden durch den "Deutschen Zentralausschuß für die Vereinigung ausländischer Liebesgaben" verteilt. Diese Hilfsmaßnahmen konnten die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Zivilbevölkerung zwar nicht entscheidend verändern, aber jedes CARE-Paket brachte den verzweifelten Menschen wenigstens etwas Hoffnung und Zuversicht.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die CARE-Hilfe für Deutschland (x051/99): >>CARE (englisch Fürsorge), Akronym für Cooperative for American Remittances to Europe (Vereinigung für amerikanische Hilfslieferungen nach Europa), 1946 in den USA gegründete Hilfsorganisation, die auf privater Basis zur Linderung der Nachkriegsnot in Europa, insbesondere in Deutschland beitrug.

Inbegriff der Hilfe waren die CARE-Pakete, die Angehörige, Freunde und Unbekannte für notleidende Europäer bei der CARE-Zentrale in New York in verschiedenen Ausführungen bestellen konnten (Baby-Ausstattungspaket, Kinder-Nahrungspaket, Fettpaket u.a.).

Die CARE-Sendungen für die Bundesrepublik wurden 1960 eingestellt; geschätzter Gesamtwert der CARE-Hilfe für Deutschland über 300 Millionen DM.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 7. Juni 1946 über deutschlandpolitische Bekundungen des britischen Außenministers Ernest Bevin (x111/177): >>Bevin hat über Deutschland Worte gefunden, die uns freudig aufhorchen lassen.

Er hält daran fest, Deutschland als Ganzes zu behandeln, er behält das Ruhrgebiet als möglichen Föderativstaat Deutschlands im Auge, und vor allen Dingen sieht er im Ruhrgebiet nicht nur ein Potential des Krieges, sondern ein Potential des Friedens. ...

Bevin hat Worte des gesunden Menschenverstandes gesprochen, und wir können nur hoffen, daß seine Bemühungen um den Ausgleich des Westens mit dem slawischen Osten von Erfolg gekrönt sind.<<

Ein FDJ-Funktionär rechtfertigte am 8. Juni 1946 während einer Veranstaltung in Brandenburg an der Havel die Einbeziehung von christlichen Jugendlichen in die FDJ (x111/177):

>>... Ihr seid ja dumm, wir müssen die Kirchen erst an uns ziehen, um so leichter können wir ihnen den Schnorchel umdrehen!<<

Der Zahnarzt Dr. B. berichtete am 9. Juni 1946 aus dem Eichsfeld in Thüringen (x124/188-189): >>Mich wundert immer der Egoismus, der bei der älteren Generation durchbricht. Die Kinder verzichten eher als die Alten. Das ist völlig ungewohnt. Das Ideal der alten Generation hieß doch: Alles für die Kinder.

Man kann jetzt Studien treiben über die Entwicklung des menschlichen Charakters in Notzeiten. Bei den meisten geht die Politur ab.

... In den meisten Großstädten heißt es, soll es risikoreich sein, sich abends auf die Straße zu begeben, ohne Gefahr zu laufen, daß man ausgezogen wird oder ähnliches Ungemach über sich ergehen lassen muß. ...

Kein Mensch will heute etwas über den Krieg, KZs, Flucht und Vertreibung hören. Ich habe mir nicht einmal die Geschichte des letzten Jahres von meiner Mutter erzählen lassen. Mir wird physisch übel, wenn ich das Ungemach nochmals mündlich über mich ergehen lassen muß und nicht helfen kann (hinterher schon gar nicht).

Nach dem ersten Weltkrieg war das erste Buch darüber, das einschlug, Remarques "Im Westen nichts Neues". Aber da war dieser Krieg Gott sei Dank 11 Jahre vorbei.

Warum regt man sich über die KZs auf?

Ganz Deutschland ist heute ein KZ und an Scheußlichkeiten herrscht fürwahr nicht Mangel.

Man frage nur die Flüchtlinge. Man braucht sie nicht zu fragen, nur anzusehen. Himmelschreiend, was sie erdulden mußten. Sehr viele sterben. ...

Mich kann kein Partei- und Zeitungsgeschwätz mehr rühren. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.02.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x025/79) = Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3</u> . Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. <u>Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. <u>Das Schicksal der Deutschen in Rumänien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. Mün-

	chen 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. <u>Das Schicksal der Deutschen in Ungarn</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948</u> . Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987.
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertrieben. ...</u> Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Flucht und Vertreibung</u> . Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2</u> . Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x062	Mann, Golo u.a.: Unser Jahrhundert im Bild. Gütersloh 1964.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x092	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik der Deutschen</u> . 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945</u> . Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: <u>Stunde Null in Deutschland</u> . Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: <u>Kultur, Pajoks und CARE-Pakete</u> . Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.

x117	Priamus, Heinz-Jürgen: <u>Die Ruinenkinder</u> . Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2</u> . 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x130	Carell, Paul, und Günter Böddeker: <u>Die Gefangenen</u> . Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x131	Bacque, James: <u>Der geplante Tod</u> . Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x136	Ziegler, Jean: <u>Die Schweiz, das Gold und die Toten</u> . 3. Auflage. München 1997.
x170	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): <u>Menschen wie wir ... Teil I</u> . Erinnerungen an geliebte Menschen. Kassel 2000/2001.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): <u>Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert</u> . Dortmund 1997.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): <u>Grosse illustrierte Weltgeschichte</u> . Wien/München/Zürich 1996.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x294	Arburg, Adrian von u.a.: <u>Als die Deutschen weg waren</u> . Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland. 6. Auflage. Hamburg 2007.
x299	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 4</u> . In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015
x1.003	https://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Gesellschaft/Frankfurter_Hefte#Frankfurter_Hefte_(1946%E2%80%931984) - März 2021